

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen 2021

1. Januar 21

Luckenwalde im brandenburgischen Landkreis Teltow-Fläming. Kurz nach dem Jahreswechsel gegen 0.15 Uhr werden ein 23 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan und sein Begleiter im Nuthepark, nahe der Straße Haag, aus einer Gruppe von fünf Personen heraus rassistisch beschimpft und beleidigt. Dann wird ihm ein flaschenähnlicher Gegenstand so stark auf den Kopf geschlagen, dass er das Bewusstsein verliert. Sein Freund ruft den Rettungsdienst, der die Platzwunde oberhalb des linken Auges erstversorgt – dann wird er zur weiteren medizinischen Versorgung ins Krankenhaus gebracht.

Als die Polizei eintrifft, sind die Täter:innen verschwunden. Der Staatsschutz übernimmt die Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung. Im Fokus sind ein 25 Jahre alter und ein 40-jähriger Mann.

*Polizei Teltow-Fläming 4.1.21;
MAZ 5.1.21; LT DS Brbg 7/3304;
BT DS 19/29478*

1. Januar 21

Zossen – Brandenburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/29478

1. Januar 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Am Dänenstein gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

2. Januar 21

Pinneberg – Schleswig-Holstein. In der Richard-Köhn-Straße wird ein Geflüchteter von einem Mann rassistisch beleidigt und körperlich attackiert. Der Angegriffene wehrt sich und bei der körperlichen Auseinandersetzung stürzen beide Männer hin und verletzen sich dabei leicht.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*LT DS SH 19/3530;
BT DS 19/29478;
BT DS 20/2008*

2. Januar 21

Abensberg im bayerischen Landkreis Kelheim. Mitten in der Nacht springt der 22-jährige Afghane Taher I. aus einem Fenster der zweiten Etage seiner Gemeinschaftsunterkunft. Er stirbt noch vor Ort.

SZ 9.1.21

3. Januar 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Achterdwar gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

4. Januar 21

Bad Driburg – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete, bei dem eine Person verletzt wird.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NRW 17/16657;
LT DS NRW 17/16658;
BT DS 19/32189*

5. Januar 21

Mühlhausen im thüringischen Unstrut-Hainich-Kreis. Gegen 16.15 Uhr werden vier iranische Jugendliche zwischen 11 und 19 Jahren in der Kilianstraße von zwei Unbekannten zunächst rassistisch beschimpft; eine 19-jährige Jugendliche wird von einem der Täter ins Gesicht geschlagen. Daraufhin ergreifen die beiden Täter die Flucht.

Laut Angaben der Polizei wird das Alter des einen Täters auf 18 bis 20 geschätzt, der andere sei noch ein Kind gewesen. Ermittlungen werden eingeleitet.

*Polizei Nordhausen 5.1.21;
SZ 5.1.21*

6. Januar 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 24 Jahre alter Bewohner aus Pakistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

8. Januar 21

Bundesland Rheinland-Pfalz. In einer Abschiebungseinrichtung verletzt sich eine gefangene Person selbst, indem sie sich Schnittwunden zufügt.

BT DS 19/31669

9. Januar 21

Hansestadt Hamburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/29478

9. Januar 21

Düsseldorf – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete durch einen 55 Jahre alten Mann.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS NRW 17/16657;
LT DS NRW 17/16658;
BT DS 19/32189*

10. Januar 21

Bundesland Niedersachsen. Am Standort Bramsche unternimmt ein 18 Jahre alter Geflüchteter aus dem Libanon einen Suizidversuch.

LT DS 18/8966

15. Januar 21

Gera – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/29478

18. Januar 21

Asylunterkunft der Gemeinde Löwenberger Land im brandenburgischen Landkreis Oberhavel. Drei Personen dringen in die Wohnung eines afghanischen Geflüchteten ein, beleidigen ihn rassistisch, werfen Bierflaschen herum, beschädigen die Scheibe der Eingangstür und ein Angreifer tritt ihm gegen die Schulter.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/3304;
BT DS 19/29478*

18. Januar 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 43 Jahre alter Bewohner aus Äthiopien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

18. Januar 21

Bitterfeld-Wolfen im Landkreis Anhalt-Bitterfeld – Bundesland Sachsen-Anhalt. Gegen 16.30 Uhr verlässt eine hochschwangere Geflüchtete aus Kamerun einen Supermarkt und erkennt schon auf dem Parkplatz zwei ihr unbekannte Männer wieder, die ihr schon beim Einkaufen durch deren bedrohliche Blicke aufgefallen waren.

Auf ihrem Nachhauseweg wird sie verfolgt, rassistisch beleidigt und bedroht. Dann werfen die Provokateure mehrere Steine in ihre Richtung – einer trifft die 21-Jährige am Bein. Daraufhin entfernen sich die Täter – die Betroffene erstattet Anzeige.

*Mobile Beratung SaAnh;
LT DS SaAnh 7/7710;
BT DS 19/32189*

19. Januar 21

Neuruppin im brandenburgischen Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Eine 30 Jahre alte Geflüchtete aus Eritrea wird von einem ihr unbekanntem Mann offensichtlich aus rassistischen Motiven angespuckt und am Brustkorb getroffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/3304;
BT DS 19/29478*

19. Januar 21

Heidenau im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – Bundesland Sachsen. Zwei Männer beleidigen gegen 17.40 Uhr auf der Emil-Schemmel-Straße einen 45 Jahre alten Geflüchteten aus Libyen zunächst rassistisch und greifen ihn dann körperlich an. Anschließend schütten sie den Inhalt seiner Tasche auf der Straße aus. Der Betroffene erleidet leichte Verletzungen.

Die Polizei beginnt mit den Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung und Sachbeschädigung und kann einen 33-jährigen Deutschen als einen der beiden Tatverdächtigen identifizieren.

*Polizei Dresden 20.1.21;
SäZ 20.1.21; Zeit 20.1.21;
BT DS 19/32189;
LT DS Sachsen 7/8729*

19. Januar 21

Kellinghusen – Schleswig-Holstein. An der Stör wird ein Geflüchteter von einem Mann tätlich angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

LT DS SH 19/3530

22. Januar 21

Landkreis Vorpommern-Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern. Gegen 14.15 Uhr werden in der Kreisstadt Greifswald am Dubnaring zwei Geflüchtete aus Afghanistan – 21 und 22 Jahre alt – zunächst von einem Mann rassistisch beleidigt und mit einem Messer bedroht. Es kommen zwei weitere Deutsche hinzu, und sie schlagen dann alle gemeinsam die beiden Betroffenen zu Boden – treten dann noch auf sie ein. Als ein Passant auf sich aufmerksam macht und die Polizei ruft, laufen die Täter in Richtung Anklamer Straße davon. Eine Viertelstunde später kommt einer von ihnen zurück – der 21-Jährige hält ein Jagdmesser in der Hand und beginnt erneut mit Beleidigungen. Er kann kurz danach von der eintreffenden Polizei auf einem Hinterhof festgesetzt werden. Auch ein zweiter Täter – 17 Jahre alt – kann nahe des Tatortes festgesetzt und identifiziert werden. Nach Aufnahme der Personalien können sie wieder gehen. Der dritte Täter ist flüchtig.

Polizeiliche Ermittlungen werden eingeleitet: Die Gewalttäter müssen sich u.a. wegen Bedrohung, gefährlicher Körperverletzung und Verstoßes gegen das Waffengesetz verantworten.

*Polizei Neubrandenburg 23.1.21;
OZ 25.1.21;
BT DS 19/29478*

22. Januar 21

Meißen – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird versucht auf eine geflüchtete Person aus dem Kosovo mit einer Stichwaffe einzustechen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/5952;
LT DS Sachsen 7/8729;
BT DS 19/32189*

22. Januar 21

Dresden-Friedrichstadt im Bundesland Sachsen. Ein 30 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien stellt gegen 14.45 Uhr auf der Seminarstraße in der Nähe des Friedrichstädter Krankenhauses ein Paket zu. Kurz danach verfolgt ihn ein 31-jähriger Deutscher. Dann beleidigt der Provokateur den Paketboten rassistisch und schlägt diesen mit der Faust.

Der polizeiliche Staatsschutz beginnt mit den Ermittlungen wegen des Verdachts auf Beleidigung und Körperverletzung.

*Polizei Dresden 24.1.21;
DNN 25.1.21;
SäZ 25.1.21*

22. Januar 21

Lehrte – Niedersachsen. Laut Auskunft der Landesregierung wird eine geflüchtete Person gegen 20.00 Uhr angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

LT DS NieSa 18/10682

24. Januar 21

Hansestadt Hamburg. Um 17.44 Uhr geht ein Notruf in der Rettungsstelle der Feuerwehr ein, weil es in der Flüchtlingsunterkunft in der Straße Mattkamp (Stadtteil Billstedt) brennt.

Die Meldung, dass das zweigeschossige Gebäude in Holzbauweise in voller Ausdehnung brennt und dass eine Person vermisst wird, bedingt einen Großeinsatz.

Noch vor dem Eintreffen der Feuerwehren können sich 17 Bewohner:innen aus höchster Gefahr unverletzt retten. Erst nach dem Löschen der Flammen wird in einer Wohneinheit im Erdgeschoss ein 27 Jahre alter Afghane gefunden, der noch vor Ort seinen schweren Brandverletzungen erliegt. Es wird vermutet, dass in seinem Zimmer das Feuer ausbrach und sich dann rasant im Holzhaus ausbreitete. Das Haus ist nicht mehr bewohnbar.

Vor Ort waren zwei Hamburger Löschgruppen der Berufsfeuerwehr, fünf Freiwillige Feuerwehren, zwei Rettungswagen, ein Notarzteinsetzfahrzeug und andere Kräfte – insgesamt 70 Personen, die bis 0.15 Uhr im Einsatz waren.

Ermittlungen nach der Brandursache und der Todesursache des Bewohners werden vom Landeskriminalamt (LKA) übernommen. Aufgrund der Analyse der Aussage von Zeug:innen und der Spurenlage vor Ort wird letztlich von einer "vorsätzlichen oder fahrlässigen Brandverursachung durch die verstorbene Person" ausgegangen.

*Welt 24.1.21; HM 24.1.21;
Eckernförder Ztg 25.1.21;
Feuerwehr HH 25.1.21;
Polizei Hamburg 25.1.21;
jW 26.1.21;
StA HH 5.1.22*

25. Januar 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt eine 50 Jahre alte Bewohnerin aus Venezuela einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

26. Januar 21

Bernburg im Landkreis Harz – Sachsen-Anhalt. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung unternimmt eine 26 Jahre alte Bewohnerin aus dem Irak einen Suizidversuch. Die Frau kommt mit einer Notarzt-Einweisung ins Krankenhaus Bernburg. Danach wird sie noch vier Monate lang – bis zu ihrer Umverteilung – vom psychologischen Dienst intensiv betreut.

LT DS SaAnh 8/772

29. Januar 21

Schleiden im nordrhein-westfälischen Landkreis Euskirchen. In den frühen Morgenstunden wird die Feuerwehr dreimal alarmiert, weil es Brände an der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) Schelde auf dem Vogelsang-Gelände gibt.

Zweimal brennen Mülltonnen und beim dritten Alarm steht das Haus Nummer 21 in hohen Flammen, als die Feuerwehr gegen 5.00 Uhr eintrifft. Auch Strohballen brennen lichterloh, Bewohner:innen von insgesamt sechs Häusern müssen evakuiert und mindestens 94 von ihnen müssen verlegt werden.

Eine Mitarbeiterin des Sicherheitsdienstes erleidet eine Rauchgasvergiftung und kommt vorsorglich in ein Krankenhaus.

Es wird schnell klar, dass in den Morgenstunden ein Sofa in der alten Holzbaracke angezündet worden war. Das Feuer hatte sich rasend schnell verbreitet und die zwölf Bewohner:innen mussten – vom Sicherheitsdienst aus dem Schlaf gerissen – kriechend aus dem Gebäude gebracht werden. Alle bleiben unverletzt.

Eine Mordkommission unter der Federführung des Polizeipräsidiums Bonn und der Staatsanwaltschaft Aachen übernehmen die Ermittlungen. Es wird nach zwei Männern gefahndet.

Zehn Tage nach dem Brand wird ein 29 Jahre alter Bewohner festgenommen und wegen schwerer Brandstiftung und

versuchten Mordes angeklagt. Er habe den Tod seiner elf Mitbewohner in Kauf genommen, lautet der Vorwurf.

Am 29. September spricht ihn allerdings das Aachener Schwurgericht frei, weil ihm die Brandstiftung nicht nachgewiesen werden kann.

Die Suche nach dem oder die Täter:innen geht weiter.

*Bild 29.1.21; KR 29.1.21;
jW 31.1.21;
Polizei Euskirchen 29.1.21;
wdr 29.9.21*

30. Januar 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) August-Kirch-Straße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

30. Januar 21

Amberg – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann zwei geflüchtete Personen an und verletzt eine von ihnen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/21880;
BT DS 19/29478*

31. Januar 21

Bundesautobahn (BAB) 44 in Nordrhein-Westfalen. Eine Person aus Algerien wird bei einer polizeilichen Kontrolle wegen Fahrverbot und Fahndungsausschreibung von Polizeibeamt:innen festgesetzt. Die Person flüchtet, gerät auf die Gegenfahrbahn, wird von einem Kraftfahrzeug erfasst und erleidet tödliche Verletzungen.

BT DS 20/6318

Januar 21

Ilm-Kreis in Thüringen. Eine Geflüchtete aus Afghanistan (30–49 Jahre alt) unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Thüringen 7/5607

Januar 21

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen. Die Abschiebung eines Geflüchteten aus dem Irak (18–29 Jahre alt) muss wegen eines Suizidversuches abgebrochen werden.

LT DS Thüringen 7/5607

Januar 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus dem Irak einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

Januar 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus Algerien einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

Januar 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus Georgien einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

Januar 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus Äthiopien – während einer Abschiebung bzw. Überstellung – einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

Januar 21

Baden-Württemberg. Im Ankunftscenter Heidelberg für Asylbewerber:innen unternimmt eine 19 Jahre alte Frau aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Januar 21

Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahmeeinrichtung Karlsruhe für Asylbewerber:innen (Durlacher Allee) unternimmt ein 20 Jahre alter Mann aus Guinea einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Januar 21

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In der Erstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber:innen Schwetzingen unternimmt ein 41 Jahre alter Mann aus Tunesien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Januar 21

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen (VU) unternimmt ein 48 Jahre alter Mann aus der Türkei einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Januar 21

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 22 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Januar 21

Sigmaringen in Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 26 Jahre alter Mann aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Januar 21

Baden-Württemberg. In einer Erstaufnahme-Einrichtung in Freiburg unternimmt eine Person einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Januar 21

Ortenaukreis in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen bzw. Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 22 Jahre alter Mann aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Januar 21

Ingolstadt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Januar 21

Steingaden im bayerischen Landkreis Weilheim-Schongau. In

einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Senegal einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Januar 21

Landkreis Bad Kissingen im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Hammelburg unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/21825

Anfang Februar 21

Gemeinde Pfarrweisach im bayerischen Landkreis Haßberge. Im Ortsteil Lohr legt sich ein 22-jähriger Somalier auf die Bahngleise und lässt sich überrollen. Er war Patient im Bezirkskrankenhaus Unterfranken und ursprünglich Bewohner des AnKER-Zentrums Schweinfurt.

Der Suizid wird von der Polizei bestätigt.

*Main-Post 3.3.21;
Irene Spiegel - Journalistin*

1. Februar 21

Pirna im sächsischen Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Gegen 18.00 Uhr wird die sechsköpfige Familie G. aus ihrer Wohnung von der Polizei abgeholt und am nächsten Morgen über den Flughafen Frankfurt am Main in das als Corona-Hochinzidenz-Gebiet eingestufte Albanien abgehoben.

Die 35 Jahre alte Frau G., Mutter von vier kleinen Kindern im Alter von ein bis neun Jahren und ihre älteste Tochter sind schwer krank. Durch die Abschiebung sind ihre Therapien unmittelbar abgebrochen.

Die Neunjährige, die in Albanien schwere Gewalt erleben musste, wurde bisher wegen des Verdachts auf Anpassungsstörungen und posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) in Dresden regelmäßig behandelt.

Frau G. selbst leidet unter schweren Depressionen und posttraumatischen Belastungsstörungen, wodurch auch ihr Körper in Mitleidenschaft gezogen und sehr erschöpft ist und sie Schwierigkeiten bei der Bewältigung des Alltags hat.

Engagierte Unterstützer:innen, Ärzt:innen und die Rechtsanwältin versuchten, eine Familienhilfe zu organisieren.

Anträge auf Feststellung von Abschiebehindernissen sowie Aufenthaltserlaubnisse aus humanitären Gründen waren gestellt, doch die Abschiebung machte alle Hoffnungen der Familie zunichte.

Nach der Abschiebung kommen sie beim Bruder von Herrn G. in Fushe Kruje, nördlich von Tirana, unter. Die Wohnsituation für jetzt zwei Familien mit zusammen elf Personen in zwei Räumen ist für alle sehr schwierig.

Es ist Winter und Pandemie und der 43-jährige Herr G. findet keine Arbeit. Die Familie ist auf Geld-Leihgaben und Spenden von Lebensmitteln und Kleidung – auch aus Deutschland – angewiesen.

Frau G. und ihrer kranken Tochter geht es sehr schlecht.

*FRat Sachsen 3.2.21;
SäZ 8.5.21;
AG Asylsuchende SOE;
Carolin Helmecke – Rechtsanwältin*

3. Februar 21

Gadebusch im Landkreis Nordwestmecklenburg – Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Ein Mann öffnet seine Autotür derart gezielt, dass sie das Fahrrad einer Geflüchteten trifft. Auf dem Rad befindet sich die einjährige Tochter der Betroffenen.

Der Autofahrer hatte die Frau und ihre Familie in der Vergangenheit mehrfach rassistisch beleidigt. Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

LOBBI (Polizei); BT DS 19/29478

4. Februar 21

Kiel – Schleswig-Holstein. Im Königsweg wird ein Geflüchteter nach rassistischen Beleidigungen von einem Mann von diesem ins Gesicht gespuckt. Dann verschwindet der Täter wieder.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

LT DS SH 19/3530

4. Februar 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstversorgung für minderjährige Geflüchtete (UmA) Tannenweg gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

5. Februar 21

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt eine 22 Jahre alte Bewohnerin aus Marokko einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

5. Februar 21

Hemer – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete, bei dem eine Person verletzt wird.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NRW 17/16657;
LT DS NRW 17/16658;
BT DS 19/32189*

6. Februar 21

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Gewährswohnung unternimmt ein 45 Jahre alter Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

6. Februar 21

Bundesland Rheinland-Pfalz. In einer Abschiebungseinrichtung verletzt sich eine gefangene Person selbst, indem sie sich Schnittwunden zufügt.

BT DS 19/31669

6. Februar 21

Aachen im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt wird eine geflüchtete Person aus Marokko von Bundespolizist:innen kontrolliert und durchsucht. Die Person wehrt sich gegen die Maßnahme und erleidet eine Verletzung über dem Auge. Ein Notarzt wird gerufen.

BT DS 20/6318

7. Februar 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Butterbauernstieg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/3897

8. Februar 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Harburger Poststraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

9. Februar 21

Zossen im brandenburgischen Landkreis Teltow-Fläming. Der 31 Jahre alte Ahmad N., Geflüchteter aus Afghanistan, wird gegen 6.00 Uhr in der Erstaufnahme-Einrichtung Wünsdorf abgeholt.

Er ist völlig überrascht, denn weder sein Anwalt noch er selbst haben mit der Abschiebung gerechnet.

Als er sich am Flughafen Schönefeld einem Corona-Test unterziehen soll, lehnt er das ab. Da greifen ihn drei Personen, fixieren ihn und machen den Nasenabstrich – nach der Abnahme hat er starkes Nasenbluten. Er steht unter Schock und wird – nach eigener Angabe – auch geschlagen.

Von Berlin wird er nach München geflogen von wo ein Sammelcharter mit 25 weiteren Personen nach Afghanistan startet.

Obwohl es offiziell heißt, dass Gefährder, Straftäter und Identitätsverweigerer aktuell abgeschoben werden, ist es zumindest bei Herrn N. so, dass keinerlei Strafverfahren gegen ihn vorliegen. Ein Verfahren wegen illegaler Einreise war vom Gericht eingestellt worden.

FRat Brbg 18.2.21

10. Februar 21

Wittlich im rheinland-pfälzischen Landkreis Bernkastel-Kues. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt werden in einem LKW sechs afghanische Geflüchtete festgestellt, die alle unterkühlt sind.

BT DS 20/6318

12. Februar 21

Dresden im Bundesland Sachsen. Ein 49 Jahre alter Geflüchteter aus der Türkei nimmt sich das Leben.

LT DS Sachsen 7/7017

13. Februar 21

München im Bundesland Bayern. Gegen 10.00 Uhr springen mehrere Personen am Güterbahnhof Ost von einem aus Mailand kommenden Güterzug. Drei von ihnen werden von Mitarbeiter:innen der Deutschen Bahn aufgenommen. Die anderen entkommen trotz Fahndung unter Einsatz eines Polizeihundes und eines Helikopters der Bundespolizeifliegerstaffel in Oberschleißheim.

Eine 53-jährige Irakerin kommt mit einer Platzwunde und Unterkühlung in ein Münchener Klinikum. Nach ambulanter Behandlung wird sie mit ihren zwei Verwandten, einem 24 Jahre alten Mann und einem 12-jährigen Kind, zur nächsten Behörde gebracht, um Asyl zu beantragen.

BPol München 14.2.21

Mitte Februar 21

Schweinfurt im Bundesland Bayern. "kurze Zeit später" wird ein 25 Jahre alter Mann aus Marokko vor einem Wohnblock des Anker-Zentrums tot aufgefunden.

Um Weihnachten nach Deutschland eingereist und seit Anfang Januar im Anker-Zentrum

*Main-Post 3.3.21;
Irene Spiegel - Journalistin*

14. Februar 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Harburger Poststraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

15. Februar 21

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Auf dem Balkon der Wohnung einer syrischen Flüchtlingsfamilie im Stadtteil Sandow findet eine heftige Detonation statt und es bricht ein Feuer aus. Die drei Erwachsenen – eine von ihnen hochschwanger – und die zwei Kinder können sich in Sicherheit bringen und dann das Feuer löschen.

Da sie seit längerem durch einen rassistischen Nachbarn belästigt und beleidigt werden, vermuten sie, dass dieser hinter dem Anschlag steckt.

Die polizeilichen Ermittlungen ergeben, dass offensichtlich kein rechtes Tatmotiv vorliegt, so dass die Staatsanwaltschaft Cottbus das Verfahren einstellt.

OPP

15. Februar 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Harburger Poststraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

16. Februar 21

Potsdam im Bundesland Brandenburg. Der 43 Jahre alte A. H. aus Afghanistan tötet sich selbst in seiner Unterkunft mit einer vermuteten Überdosis an Medikamenten. Vier Jahre zuvor hatte er bereits einen Suizidversuch unternommen.

In seiner Zeit in Deutschland war er zunehmend kränker geworden. Er hatte eine Niere verloren und litt unter starken Schmerzen aufgrund dreier Brüche in der Wirbelsäule. Pandemie-bedingt trafen ihn die Kontakt-Beschränkungen, wie allen psychisch Erkrankten besonders hart und für Internet-Angebote fehlte ihm die Kompetenz, diese in Anspruch zu nehmen.

Seit neun Jahren hat er um die Zusammenführung mit seiner Frau gekämpft – ohne Erfolg. Dazu zermürbten ihn die lange drohende Abschiebungsfahr, die Unsicherheit über den Aufenthaltstitel und die Hilflosigkeit gegenüber der Arbeitssuche, die für ihn aufgrund körperlicher Einschränkungen erfolglos blieb.

Eine psychotherapeutische Behandlung, Gesundheitsberatungen und die Beteiligung in einer Selbsthilfegruppe konnten seine Verzweiflung nicht mindern.

Erst vor einem halben Jahr war ihm der Flüchtlingsstatus zuerkannt worden.

XENION 12.4.21;

Jala El Jazairi – Migrantenbeirat Potsdam

19. Februar 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Schmiedekoppel gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

21. Februar 21

Griechenland – Insel Lesbos. Im Flüchtlingslager Kara Tepe bringt eine hochschwangere 27-jährige Afghanin ihre Familie

in Sicherheit. Dann geht sie zurück in das Zelt und zündet sich selbst an. Sie erleidet schwere Brandverletzungen und kommt ins Krankenhaus der Insel-Hauptstadt Mytilini.

Nachbar:innen löschen gemeinsam mit Feuerwehr und Polizei die Flammen – weitere Personen werden nicht verletzt.

Die Frau lebt seit 14 Monaten mit ihren drei kleinen Kindern und ihrem Mann in dem Zeltlager.

Ihre Familie gehört zu jenen Geflüchteten, denen internationaler Schutz gewährt worden war und sie war auserwählt worden, nach Deutschland geflogen zu werden.

Zur Selbstverbrennung entschloss sich die Frau, nachdem ihr mitgeteilt wurde oder sie es so verstanden hatte, dass sie mit ihrer Familie nicht mehr für die Evakuierung nach Deutschland in Frage käme. Sie sagt ihrer Anwältin, dass sie lieber sterben wolle, als noch ein weiteres Kind ins Camp zu bringen.

Das Mitarbeiter:innen des Innenministerium allerdings, die sprechen von Missverständnissen – die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen die Frau wegen vorsätzlicher Brandstiftung. Im Falle einer Schuldsprechung droht ihr eine bis zu zehnjährige Haftstrafe.

Das Lager Kara Tepe ist eine provisorische Zeltstadt, in der 6000 Menschen leben müssen. Es wurde erst nach dem großen Brand im Elendslager Moria im letzten Sommer errichtet – auch hier sind die Zustände katastrophal. In den Wintermonaten gingen Hagel und Schneeregen nieder und Sturmböen fegten über die Insel. Im Lager staute sich das Wasser und Zelte versanken im Schlamm. Viele Bewohner:innen sind krank und verzweifelt, Hilfsorganisationen warnen vor dauerhaften psychischen und physischen Erkrankungen und einer steigenden Zahl an Suiziden.

ND 24.2.21;

Spiegel 25.2.21;

Spiegel 26.2.21

23. Februar 21

Bundesland Sachsen. In einer Abschiebungseinrichtung verletzt sich eine gefangene Person selbst.

BT DS 19/31669

23. Februar 21

Landeshauptstadt Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Im Hausflur eines Mehrfamilienhauses am Neustädter Platz werden eine 39 Jahre alte Geflüchtete aus dem Iran und eine zweite, 35-jährige Person gegen 11.00 Uhr von einer Mieterin tätlich angegriffen. Dies geschah nach rassistischen Provokationen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung, sodass später Anklage wegen Körperverletzung gegen die 35-jährige Nachbarin erhoben wird.

Polizei Magdeburg 24.2.21;

Sachsen im Netz 24.2.21;

LT DS SaAnh 7/7710;

LT DS SaAnh 8/1506;

BT DS 19/32189

23. Februar 21

Kreisstadt Forchheim im Bundesland Bayern. Polizeibeamt:innen kommen um 3.00 Uhr nachts, um Herrn H. (45), Frau H. (41) und ihren Sohn (14), abzuholen und sie nach Armenien abzuschicken. Aus Verzweiflung schüttet Herr H. zwei Flaschen Benzin auf den Boden des Raums und droht, die Flüssigkeit anzuzünden. Die Abholung wird abgebrochen, Herr H. wird gegen 8.30 Uhr in eine psychiatrische Klinik gebracht.

Gegen ihn wird nun wegen Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten, versuchter gefährliche Körperverletzung, Bedrohung, Nötigung und ein Verstoß nach dem Aufenthaltsgesetz ermittelt.

Die Familie lebt seit acht Jahren in Deutschland. Die Eltern waren 2013 aus Armenien geflüchtet, weil sie gehofft hatten, dass ihrem 14-jährigen, jüngsten Sohn, der gehörlos ist und unter einer massiven autistischen Störung leidet, durch eine Operation und eine medizinische und verhaltenstherapeutische Begleitung in Deutschland geholfen werden kann. Ihr Asylantrag wurde jedoch abgelehnt. Seitdem versucht die Familie mithilfe ihrer Anwältin, eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu erhalten.

NK 23.2.21

23. Februar 21

Flughafen München. Bei einer Sammelabschiebung nach Armenien sind neben vielen Familien auch mehrere schwerkranke Personen betroffen.

Ein 60-jähriger Mann aus Erlangen, multimorbid, am Rollator gehend, der unter anderem an einer Parese, Rheuma, thorakaler Neuropathie, Pankreatitis und Adipositas leidet, soll gemeinsam mit seiner Frau abgeschoben werden. Am Flughafen erleidet er vor den Augen seiner Frau einen Herzinfarkt. Die Abschiebung des Ehepaars wird abgebrochen, er wird im Herzzentrum München notoperiert. Zuvor hatte der Rechtsanwalt des Ehepaars bei der Zentralen Ausländerbehörde Mittelfranken (ZAB-Mfr) mindestens vier Anträge auf dauerhafte Reiseunfähigkeit gestellt und zahlreiche fachärztliche Atteste eingereicht. Alle Anträge waren abgelehnt worden.

Absgeschoben wird weiter ein 81-jähriger Witwer aus Nürnberg. Er benötigt einen Pflegedienst unter anderem zur Einnahme seiner lebensnotwendigen Medikamente – der Verdacht auf Demenz steht im Raum. Der Mann wurde bisher von seinem Sohn betreut und gepflegt. In Armenien hat er keine Kontakte mehr. Seit seiner Ankunft in Armenien liegt er im Krankenhaus, wo er wegen seines kranken Herzens behandelt werden muss.

Weiter wird eine 63-jährige Frau aus Fürth abgeschoben. Sie ist ebenfalls herzkrank und Diabetikerin. Zudem ist sie seit längerem wegen eines gutartigen Hirntumors in Behandlung. Erst im Januar wurde ein weiterer Tumor im Kopf diagnostiziert. Es besteht ebenfalls der Verdacht auf eine Demenzerkrankung. Die schwerkranke Frau hat den Pflegegrad 3. Da dies eine schwere Beeinträchtigung der Selbstständigkeit bedeutet, durfte sie vor knapp zwei Wochen zu ihrer Familie umziehen, weshalb die Enkelkinder die Abschiebung ihrer Großmutter miterlebten. Nach der Abschiebung nach Armenien versucht die Familie, das von ihr dringend benötigte Medikament Marcumar zu besorgen, da es dieses in Armenien nicht gibt.

In allen Fällen lagen der zuständigen ZAB-Mfr Atteste über die Krankheiten sowie bestehende Reiseunfähigkeiten vor. Die Behörden lehnten jedoch alle Anträge ab, da die eingereichten fachärztlichen Schreiben angeblich nicht den formellen Anforderungen entsprächen.

*F RAT Bayern 2.3.21;
FRat Bayern 8.3.21*

23. Februar 21

Gemeinde Mühlhausen im bayerischen Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz. In der Nacht verschaffen sich Polizist:innen Zugang zur Sulzbürger Flüchtlingsunterkunft. Frau S. (24), Herr S. (34) und ihre drei Kinder werden aus den Betten gerissen, um sie zur Abschiebung nach Armenien an den Flughafen zu bringen. In ihrer Verzweiflung versuchen die Eltern sich zu wehren. Herr S. erhält durch die Beamten Schläge ins Gesicht und wird am Auge verletzt. Die kleinen Kinder müssen die Misshandlungen ihres Vaters mitansehen. Ein Polizist behauptet später, mit einem Messer verletzt worden zu sein.

Herr S. lebte mit panischer Angst, nach Armenien abgeschoben zu werden. Er litt an Schlafstörungen, Depressionen und Suizidgedanken. Er, wie auch seine Familie, wurden mehrfach in Kliniken in Regensburg behandelt. In der Woche vor der Abschiebung wurde Herr S. von einem Psychiater ins Regensburger Bezirksklinikum überwiesen. Der Amtsarzt, der Herr S. auf Reisefähigkeit untersuchte, kündigte gegenüber einer Begleitperson an, erst in zwei bis drei Monaten das Attest über die Reisefähigkeit von Herr S. fertiggestellt zu haben. Da zusätzlich eine Anfrage an die Härtefallkommission gestellt wurde, rechnete weder die Familie noch der Helfer:innenkreis mit einer Abschiebung.

Seit der Abschiebung nach Armenien lebt Familie S. nun ohne irgendwelche finanziellen Mittel, ohne familiären oder verwandtschaftlichen Rückhalt, ohne Wohnung und Arbeit in einem Dorf in der Provinz Armavir.

Das Ehepaar war im Juni 2014 nach Deutschland geflüchtet. Beide waren durch ihre Familien verstoßen und erhielten Morddrohungen, da sie in Armenien gegen jesidische Heiratsregeln verstoßen hatten. Alle drei Kinder wurden in Deutschland geboren, die Familie war sehr gut in die Nachbarschaft integriert.

Über den Flüchtlingsrat Bayern läuft ein Spendenaufruf für die Familie, um sie mit Geld für lebensnotwendige Dinge, wie Miete, Nahrungsmittel und Medikamente, unterstützen zu können.

FRat Bayern 12.3.21

24. Februar 21

Bundesland Sachsen. In einer Justizvollzugsanstalt in Mittelsachsen nimmt sich ein 39 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan das Leben.

LT DS Sachsen 7/7017

24. Februar 21

Erzgebirgskreis im Bundesland Sachsen. In einer Gewährswohnung unternimmt ein 20 Jahre alter Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

25. Februar 21

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einem Asylbewerberheim nimmt sich ein 23 Jahre alter Mann aus Indien das Leben.

LT DS Sachsen 7/7017

25. Februar 21

Dresden-Gorbitz im Bundesland Sachsen. Zwei Deutsche – 35 und 38 Jahre alt – beleidigen gegen 17.40 Uhr auf der Lise-Meitner-Straße einen 30-jährigen Geflüchteten aus Marokko rassistisch. Es kommt zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung, an der sich weitere Personen beteiligen. Dabei verletzt sich der 35-jährige Deutsche und muss im Krankenhaus behandelt werden.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Körperverletzung und Volksverhetzung auf.

*Polizei Dresden 26.2.21;
DNN 26.2.21;
TAG24 26.2.21*

Ende Februar 21

Berlin-Kreuzberg. Am Kottbusser Tor gerät der 18-jährige M. um die Mittagszeit "anlasslos" in eine Personenkontrolle der Berliner Polizei. Nach Rücksprache der Beamten mit der

für ihn zuständigen Ausländerbehörde wird er der guineischen Delegation in Berlin zwangsvorgeführt. Dabei kommt es zu Polizeigewalt.

M. berichtet: "Sie haben mich getreten und geschlagen wie einen Hund, um mich vor die Delegation zu zerren". Nach der Vorführung erleidet M. einen Nervenzusammenbruch und muss mehrere Tage lang stationär behandelt werden.

*FRat Berlin 9.3.21;
BBZ 28.6.21*

Februar 21

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen. Ein Geflüchteter aus der Türkei (18–29 Jahre alt) verletzt sich selbst.

LT DS Thüringen 7/5607

Februar 21

Thüringische Landeshauptstadt Erfurt. Ein minderjähriger Geflüchteter aus Afghanistan verletzt sich selbst.

LT DS Thüringen 7/5607

Februar 21

Thüringische Landeshauptstadt Erfurt. Ein minderjähriger Geflüchteter aus Afghanistan verletzt sich selbst.

LT DS Thüringen 7/5607

Februar 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus Somalia einen Suizidversuch, indem er sich überfahren lässt.

LT DS Hessen 20/8307

Februar 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus dem Iran – während einer Abschiebung bzw. Überstellung – einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

Februar 21

Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahmeeinrichtung Karlsruhe für Asylbewerber:innen (Durlacher Allee) unternimmt ein 30 Jahre alter Mann aus Guinea einen Suizidversuch.

LT DS Hessen 20/8307

Februar 21

Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahmeeinrichtung Karlsruhe für Asylbewerber:innen (Christian-Griesbach-Haus) unternimmt eine 18 Jahre alte Frau aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Februar 21

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 21 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Februar 21

Landeshauptstadt Stuttgart – Baden-Württemberg. In einer Unterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt ein 27 Jahre alter Mann aus der Türkei einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Februar 21

Landkreis Ravensburg in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen bzw. Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 39 Jahre alter Mann aus Somalia einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Februar 21

Landkreis Konstanz in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen bzw. Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 21 Jahre alter Mann aus Guinea einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Februar 21

Ingolstadt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Februar 21

Landkreis Landsberg am Lech im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Februar 21

Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/21825

Februar 21

Landkreis Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Osterhofen unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Februar 21

Abensberg im bayerischen Landkreis Kehlheim. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Februar 21

Abensberg im bayerischen Landkreis Kehlheim. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Februar 21

Abensberg im bayerischen Landkreis Kehlheim. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Februar 21

Nürnberg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Tunesien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Februar 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwerm unternimmt eine Person aus Armenien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Februar 21

Landkreis Aichach-Friedberg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Mering unternimmt eine Person aus Gambia einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/21825

Februar 21

Landkreis Ostallgäu im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Unterthingau unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/21825

Anfang März 21

München – Bundesland Bayern. Gegen seinen Willen und unter Androhung von Zwangsmaßnahmen wird Herr M. in der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) einer senegalesischen Delegation vorgeführt, um eine entsprechende Staatsangehörigkeit zu bestätigen und damit Reisedokumente für eine Asylbewerberschiebung auszustellen.

In einem unbeobachteten Moment geht Herr M. im Wartebereich der ZAB zum Fenster, öffnet es und stürzt sich hinaus. Nach notärztlicher Erstversorgung kommt er ins Krankenhaus und bleibt dort mehrere Wochen.

Herr M. lebt seit sechs Jahren in Deutschland. Er leidet an einer diagnostizierten rezidivierenden depressiven Störung. Er hat Angstzustände und äußerte immer wieder Todeswünsche. Seit Jahren befindet er sich daher regelmäßig in stationärer und ambulanter psychiatrischer Behandlung.

Seine Rechtsanwältin legte dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der Ausländerbehörde mehrmals Atteste über die bestehende Erkrankung und Reiseunfähigkeit vor. Ungeachtet der attestierten zunehmenden Suizidalität des Herrn M. und ungeachtet des eingereichten fachärztlichen Berichts, wurde die polizeiliche Vorführung angeordnet.

Für den Fall der Zuwiderhandlung wurden Herrn M. die zwangsweise Vorführung durch die Polizei angedroht. Seine Anwältin legte daraufhin ein aktuelles ärztliches Gutachten vor, das Herrn M. eine Verschlechterung seines Zustandes mit zunehmenden Suizidgedanken attestierte. Aus fachärztlicher Sicht war Herr M. aufgrund seines gesundheitlichen Zustands aktuell nicht in der Lage, eine Vorstellung bei der Ausländerbehörde vorzunehmen.

Eine Woche nach dem Suizidversuch, Herr M. befindet sich immer noch in stationärer Behandlung, erhält seine Rechtsanwältin einen weiteren Brief der ZAB, welcher Herrn M. erneut über seine Mitwirkungspflichten zur Identitätsfeststellung informiert.

FRat Bayern 5.5.21

1. März 21

Bundesland Sachsen. In einer Abschiebungseinrichtung verletzt sich eine gefangene Person selbst, indem sie den Kopf gegen die Wand schlägt.

BT DS 19/31669

2. März 21

Gotha – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere

Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/32819

2. März 21

Bundesland Hessen. Die 60-jährige Altenpflegerin Afitap D. mit kurdischer Herkunft wird nach zweiwöchiger Haft im Abschiebegefängnis Darmstadt-Eberstadt in die Türkei abgeschoben und dadurch von ihrer Familie getrennt. Sie lebte seit 1985 in Deutschland und ist Mutter von fünf erwachsenen Kindern, die alle in Deutschland geboren sind und den deutschen Pass haben. Eines der Kinder ist behindert und benötigt Betreuung, die Afitap D. bisher sicherstellte. Ihr droht die politische Verfolgung in der Türkei.

ND 6.3.21

3. März 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunfts-Zentrum Bargkoppelstieg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

5. März 21

Bad Segeberg – Schleswig-Holstein. In der Landesunterkunft für Flüchtlinge (LUK) wird einem Bewohner von einem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes Pfefferspray ins Gesicht gesprüht.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein. Später werden die Ermittlungen eingestellt.

LT DS SH 19/3531

5. März 21

Delmenhorst im Bundesland Niedersachsen. Der 19-jährige Iraker Qosay K. sitzt mit seinem Freund Hamudi A. im Wollepark auf einer Bank, um einen Joint zu rauchen. Da bemerken sie zwei Männer, die zügig auf sie zukommen. Qosay K. vermutet zu recht Polizeibeamte in Zivil und rennt weg, sein 22-jähriger Freund bleibt und wird mit Handschellen an die Parkbank gefesselt.

Nach circa 250 Metern Flucht wird Qosay K. von den Beamten eingeholt – es entsteht ein Gerangel zwischen ihnen, sodass der Beamte Pfefferspray gegen den Jugendlichen anwendet. Wieder gelingt Qosay K. die Flucht, bis er später in einem Vorgarten gestellt und überwältigt wird.

Er wird mit Handschellen auf dem Rücken zu Boden gebracht und bäuchlings liegend von einem der Männer, der auf ihm hockt, niedergedrückt.

Der Anwohner Armin M. wird durch sehr laute durchdringende Schmerzensschreie aufmerksam, geht vor das Haus und beobachtet die Szene. Er berichtet später: "Ein Mann kniete auf seinem Rücken, beide Hände am Kragen." Der Junge habe vor Schmerzen geschrien. "Er sah sehr fertig aus. Speichel lief aus seinem offenen Mund." Der Zeuge wird dann von einer Polizistin weggeschickt und hört weiter die Schreie und mehrmals das Wort "Wasser".

Hamudi A., der circa 15 Minuten an der Parkbank fixiert war, wird von einem Beamten in die Reihenhaus-Siedlung geführt, dorthin, wo sein Freund immer noch am Boden liegt. Inzwischen sind hier vier Beamt:innen in Uniform vor Ort.

Qosay K. bittet weiterhin um Wasser, sagt dem Polizisten, dass er keine Luft bekommt und dass er sich hinsetzen möchte. Letzteres wird ihm gewährt.

Zwei Sanitäter erscheinen und fragen den Jugendlichen nach seinen Beschwerden. Dieser bittet erneut um Wasser und sagt, dass ihm übel und schwindelig sei und dass er schlecht Luft bekomme.

Hamudi A. berichtet später, dass einer der Sanitäter diese Äußerungen nicht ernst nahm und seinen Freund als Schauspieler betitelte und dieses auch noch mit seiner Berufserfahrung begründete. Qosay K. bittet weiterhin um Wasser, das er nicht bekommt.

Der Sanitäter erklärt den Jugendlichen für transportbereit, zwei Beamten greifen ihm unter die Achseln und bringen ihn zum Einsatzfahrzeug.

In der Gewahrsamszelle der Polizeiwache beobachten Beamte mit der Video-Überwachung, dass Qosay K. gegen 20.00 Uhr in Ohnmacht fällt. Erste Hilfe erfolgt nicht durch die anwesenden Beamte, sondern erst später durch gerufene Rettungskräfte, denen es gelingt, ihn wieder zu beleben. Er kommt in "kritischem Zustand" ins Oldenburger Krankenhaus, wo er am nächsten Tag um 21.33 Uhr stirbt.

Die Polizei Oldenburg reagiert in ihrer Pressemitteilung umgehend mit der Aussage von einem "Unglücksfall im Gewahrsam der Polizei". Sie zeichnet das Bild eines aggressiven jungen Mannes, der sich gegen die Festnahme gewehrt und einem Polizisten "mit der Faust gegen den Kopf" geschlagen habe und behauptet, dass Qosay K. eine medizinische Untersuchung und Behandlung durch die Sanitäter abgelehnt hätte. Dem widerspricht klar sein Freund Hamudi A., der Zeuge des Geschehens war: "Das stimmt nicht. Er wollte behandelt werden".

Auch die vielfach geäußerte Bitte des Jugendlichen nach Wasser konnte deshalb nicht erfüllt werden, weil Rettungskräfte keine Getränke mit sich führen würden, so die offizielle Begründung.

Die Staatsanwaltschaft zitiert aus dem von ihr in Auftrag gegebenen Obduktionsbericht: "Belastbare Hinweise darauf, dass der Eintritt des Todes fremdverursacht war, haben sich bislang nicht ergeben." Er starb demnach an einem "Multiorganversagen noch unklarer Genese". Den Verdacht "Intoxikation mit Fremdstoffen" (Überdosis harter Drogen) muss die Staatsanwaltschaft angesichts der Blutuntersuchungsergebnisse fallen lassen, denn es werden nur geringe Mengen THC (Marihuana) festgestellt.

Eine von der Familie beim Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) privat in Auftrag gegebene zweite Obduktion stellt als Todesursache "sauerstoffmangelbedingtes Herzkreislaufversagen" fest. Auch werden "Zeichen intensiver stumpfer und schürfender Gewalteinwirkungen gegen Kopf, Rumpf und Extremitäten" festgestellt, die in ihrer Gesamtheit einer körperlichen Auseinandersetzung, z.B. der Festnahme-Situation zugeordnet werden können.

Nachdem die Familie des Toten einen Anwalt beauftragt, Strafanzeige zu stellen, teilt die Staatsanwaltschaft Oldenburg am 8. April mit, dass Ermittlungen gegen die beteiligten Polizeibeamt:innen und Rettungskräfte "wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung und der unterlassenen Hilfeleistung" eingeleitet sind.

Drei Monate später erklärt die Staatsanwaltschaft diese Ermittlungen für beendet, weil sie die Hinweise auf Körperverletzung, Fahrlässigkeit und unterlassene Hilfeleistung nicht gelten lässt und weitere Ermittlungen für nicht sinnvoll hält.

Die tatsächlich unterlassene Hilfeleistung nach dem Zusammenbruch K.s in der Zelle relativiert die Staatsanwaltschaft medizinisch fälschlicherweise derart, dass behauptet wird, das Spiel keine Rolle, da die gerufenen Rettungskräfte ihn später noch reanimieren konnten.

Rechtsanwältin Lea Voigt legt gegen die Einstellung der Ermittlungen Beschwerde ein und als diese erfolglos bleibt, strengt sie ein Klage- und Ermittlungserzwingungsverfahren – bzgl. der Polizeibeamt:innen – beim Oberlandesgericht Oldenburg an. Auch diese Anträge werden als unzulässig verworfen.

Über die dann eingereichte Verfassungsbeschwerde ist im Juni 2022 noch keine Entscheidung gefallen.

Qosay K. war vor sechs Jahren im Alter von 13 Jahren als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Deutschland gekommen. Im Nordwesten des Iraks hatten damals Milizen des Islamischen Staates (IS) mit der Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung der Jesiden begonnen. Der Junge überlebte die Fahrt mit einem Schlauchboot in der Ägäis und Gewaltmärsche über den Balkan. In Deutschland angekommen gelang es ihm, seine Eltern nachzuholen – sie durften später einreisen.

*taz 7.3.21; FAZ 7.3.21;
Panorama 3 ndr 13.4.21;
Tagesschau 13.4.21; taz 23.4.21;
Panorama ndr 23.4.21;
FRat NieSa 18.5.21;
Bündnis in Erinnerung an Qosay 2.8.21;
Yeni Hayat 24.12.21;
Antirassistische Initiative Berlin*

7. März 21

Zossen im brandenburgischen Landkreis Teltow-Fläming. Als drei Geflüchtete aus Pakistan, zwei Männer und eine Frau (zwei Personen 25 Jahre alt und eine 39-jährig) in der Nacht auf der Hauptallee spazieren gehen, rennen plötzlich fünf verummte Personen auf sie zu und werfen eine Glasflasche nach ihnen. Die Täter halten sie fest und traktieren sie. Als es ihnen gelingt, sich zu befreien, können sie weglaufen. Sie halten ein Auto an und die Insassen steigen aus, schreien die Täter:innen solange an, bis diese verschwinden.

Die beiden betroffenen Männer tragen Verletzungen davon. Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*OPP;
LT DS Brbg 7/3639;
BT DS 19/29478*

7. März 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Achterdars gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

8. März 21

Norderstedt – Schleswig-Holstein. An einer Kreuzung der Qadby-and-Wigton-Straße werden zwei Geflüchtete rassistisch angepöbelt und mit einem Teleskop-Schlagstock attackiert.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein.

LT DS SH 19/3530

11. März 21

Eberswalde im brandenburgischen Landkreis Barnim. Der 34 Jahre alte Salah Tayyar springt aus dem Fenster seiner im fünften Stock gelegenen Wohnung in der Senftenberger Straße in den Tod. Das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) sollte im April mit hoher Wahrscheinlichkeit über die Ablehnung seines Bleiberechtes entscheiden – er kam dieser Entscheidung zuvor.

Salah Tayyar war als junger Mann im Tschad wegen Ungehorsam in ein Militärgefängnis gekommen und dort zweieinhalb Jahre lang regelmäßig gefoltert worden.

Nach jahrelanger Flucht durch Libyen und übers Mittelmeer erreichte er im Jahre 2014 Eisenhüttenstadt und kam von dort nach Eberswalde. Sein Asylantrag wurde abgelehnt – mit Hilfe seiner Anwältin kämpfte er trotzdem acht Jahre lang um ein Bleiberecht. Die Einschätzung, dass er, trotz seiner Leidensgeschichte im Tschad so gut wie keine Chance auf Anerkennung hatte, stürzte ihn in Depressionen und machten eine Behandlung seiner Traumatisierungen unmöglich.

Unter dem Motto "Wir sind alle Salah" findet am 21. März auf dem Platz am Eberswalder Bahnhof eine Kundgebung mit 200 Anwesenden statt.

Der geplante Demonstrationszug vom Bahnhof ins Brandenburgische Viertel (Senftenberger Straße) war wegen der Corona-Regeln nicht erlaubt worden – die Trauer-Kundgebung vor dem Haus, in dem er gelebt hatte, kann jedoch stattfinden.

*Barnim für Alle;
MOZ 22.3.21;
XENION 12.4.21*

11. März 21

München – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person an, indem er sie schubst.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/21880;
BT DS 19/29478*

11. März 21

Raunheim im hessischen Landkreis Groß-Gerau. Gegen 20.40 Uhr werden ein Stein und eine kleine Hantelscheibe durch ein Fenster im Hochparterre der Flüchtlingsunterkunft Kelsterbacher Straße geworfen. Der in dem Raum schlafende Bewohner, ein 29 Jahre alter Mann aus Afghanistan, erleidet Schnitt- und Platzwunden im Gesicht.

Die Polizei sucht nach Zeug:innen und ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Polizei Darmstadt 12.3.21

12. März 21

Zehdenick im brandenburgischen Landkreis Oberhavel. Ein 13-jähriger Geflüchteter aus Syrien wird von einem 15-Jährigen – rassistisch motiviert – mit einem Gegenstand angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/3639;
BT DS 19/29478*

12. März 21

In München kommt es zu einem Angriff auf einen 28-Jährigen aus Somalia, der im Landkreis Pfaffenhofen lebt. An einem Freitagabend gegen 21.15 Uhr kommt es zu einem Streit in der Bad-Schachener-Straße. Zwei unbekannte Männer und eine unbekannte Frau werfen dem 28-Jährigen vor, die Frau anzüglich angestarrt zu haben. Sie beleidigen den 28-Jährigen mehrfach mit rassistischen Ausdrücken. Als der 28-Jährige die Beleidigungen mit seiner Handykamera dokumentieren will, wird er von einem der Männer attackiert und zu Boden gestoßen. Anschließend schlägt der Aggressor ihm mit der Faust ins Gesicht.

Als die Polizei eintrifft, sind die Täter bereits geflohen, der 28-Jährige erleidet Verletzungen im Gesicht.

*Polizei Bayern 18.3.21;
SZ 18.3.21;
LT DS Bayern 18/21880;
BT DS 19/29478*

13. März 21

Bundesland Rheinland-Pfalz. In einer Abschiebungseinrichtung verletzt sich eine gefangene Person selbst, indem sie sich Schnittwunden zufügt.

BT DS 19/31669

14. März 21

Dresden – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen Geflüchteten aus Eritrea.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/6639;
LT DS Sachsen 7/8729;
BT DS 19/32189*

14. März 21

Kölleda – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/32189

16. März 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Binnenfeldredder gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

16. März 21

Berlin-Spandau. Der 27 Jahre alte Alpha Oumar Bah aus Guinea stürzt sich aus einem Fenster der zweiten Etage seiner Unterkunft in der Pichelswerderstraße und erliegt seinen schweren Verletzungen noch vor Ort.

Er hatte kurz vor seiner Selbsttötung seine Mutter in Guinea angerufen und sie gebeten, ihm zu verzeihen, was auch immer er gemacht habe. Verwundert hatte die Mutter geantwortet, dass sie doch gar nichts zu verzeihen hätte, er hätte doch nie etwas Böses getan.

Alpha Oumar Bah war nicht akut von Abschiebung bedroht. Er war vor drei Jahren nach Berlin gekommen, verdiente seinen Lebensunterhalt in einer Reinigungsfirma und konnte dadurch seine Familie in Guinea finanziell unterstützen.

Trotzdem ertrug er, der die lange Flucht als Jugendlicher nach Europa und den mehrjährigen, unsicheren Aufenthalt in Italien erlebt hatte, das Leben nicht mehr.

Ihm war bekannt, dass eine staatliche Delegation aus Guinea in Deutschland unterwegs war und in engster Zusammenarbeit mit Politik, deutschen Behörden und Polizei Zwangsvorfürungen stattfanden, bei denen abgelehnte Asylbewerber:innen und andere Geflüchtete als Staatsbürger:innen Guineas identifiziert werden sollten. Bei den zweifelhaften Identifikationen werden den Betroffenen Passersatzpapiere ausgestellt, wodurch eine umgehende Abschiebung möglich ist. Diejenigen, die nicht freiwillig erscheinen, werden eingefangen und mit Polizeigewalt vorgeführt.

Dieses Vorgehen erzeugte bei allen Betroffenen Angst und Schrecken. In Berlin wurde es zusätzlich von einer Hetzkampagne gegen Geflüchtete begleitet. Höhepunkt war am 5. März ein Presseauftritt des Innensensors Geisel gemeinsam mit einem Großaufgebot der Polizei im Görlitzer Park, bei dem hier lebende Geflüchtete pauschal als "Dealer" bezeichnet wurden (B.Z.: "Berlin schickt Görlitz-Dealer nach Westafrika zurück"). Eine Kampfansage an alle in Berlin lebenden Men-

schen aus Guinea, die keinen sicheren Aufenthalt haben. Der guineischen Delegation wurden passend dazu die kriminalisierten Flüchtlinge vorgeführt, um diese zügig abzuschieben.

Deutschland schickt so Menschen direkt in die Diktatur zurück. Dorthin, wo täglich massive Menschenrechtsverletzungen stattfinden mit willkürlichen Verhaftungen, Folter, Unterdrückung der Pressefreiheit, exzessiven Gewaltanwendungen von sogenannten Sicherheitskräften, wie Erschießungen von Demonstrant:innen und extralegale Hinrichtungen von Oppositionellen. Zudem herrscht Armut und Perspektivlosigkeit im Land und Ebola- und Corona-Seuchenzüge bedrohen die Bevölkerung zusätzlich.

Am 27. März nehmen an die 150 Menschen an einem Protest- und Trauermarsch teil, der vom Spandauer Rathaus bis zur Flüchtlingsunterkunft führt, wo des Toten gedacht und erinnert wird.

*Initiative A yé ben;
Guinée Solidaire Organisation;
ND 22.3.21; taz 23.3.21;
XENION 12.4.21*

17. März 21

Flughafen Frankfurt am Main. Sammelabschiebung nach Pakistan. In der Maschine der Qatar Airways sitzt Herr Zubair B. und soll mit dem Start des Fliegers um 10.35 Uhr abgeschoben werden. Der erhoffte Anruf vom Verwaltungsrichter erreicht Unterstützer:innen um 9.40 Uhr, die Herrn B. selbst gegen 10.00 Uhr telefonisch mitteilen können, dass seine Abschiebung gestoppt ist und er als freier Mann das Flugzeug verlassen kann.

Er teilt dieses dem Flugpersonal mit, die ihn ignorieren und die Polizei rufen. Diese rückt wieder an, ein Bundesbeamter packt ihn am Nacken und drückt ihn gegen die Wand. Sie zerren seine Hände nach hinten, legen ihm Handfesseln an, obwohl er sich gewehrt hat. Schließlich schleudern sie ihn ins Polizei-Fahrzeug und befahlen: "Shut up".

Erst infolge eines weiteren Brief seines Offenbacher Rechtsanwalts wird er kurz vor dem Abflug der Maschine, um 10.20 Uhr, freigelassen.

Zubair B. war bereits am 10. März bei einem Termin in der Ausländerbehörde Bergheim im Wartebereich überraschenderweise von drei Polizisten festgenommen und ins Abschiebegefängnis Büren gebracht worden.

Hum Hain Pakistan 10.4.21

18. März 21

Am Hamburger Flughafen soll eine 47-jährige Frau mit russischer Staatsbürgerschaft nach Moskau abgeschoben werden. Bei der Übergabe an die Bundespolizei übergibt sie sich. Sie ist herzkrank und leidet an Diabetes. Eine Herz-Operation in Deutschland steht kurz bevor.

In den Räumen der Bundespolizei wird sie von Sanitätern behandelt. Ihr Zustand verbessert sich jedoch nicht, sodass die Abschiebung an diesem Tag abgebrochen wird. Wäre sie an diesem Tag abgeschoben worden, hätte sie keinen Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten gehabt.

Zu einem späteren Zeitpunkt wird sie jedoch tatsächlich mit einem Sammelcharter ab Düsseldorf abgeschoben.

Abschiebungsbeobachtung HH 2021

19. März 21

Weinböhla – Landkreis Meißen – Bundesland Sachsen. Mehrere Jugendliche beleidigen gegen 21.30 Uhr an der Endhaltestelle der Straßenbahn einen 36-jährigen Mann aus Libyen rassistisch. Dann stoßen sie ihn und schlagen auf ihn ein. Als

es dem Betroffenen gelingt in eine gerade ankommende Straßenbahn der Linie 4 zu flüchten, lassen die Aggressor:innen von ihm ab und entfernen sich. Der Libyer erleidet leichte Verletzungen durch den Angriff.

Der polizeiliche Staatsschutz nimmt die Ermittlungen auf und sucht nach Zeug:innen.

*Polizei Dresden 22.3.21; SäZ 22.3.21;
Welt 22.3.21; Zeit 22.3.21*

20. März 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Sieversstücken 3 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

20. März 21

Halberstadt im Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landesregierung wird ein 22-jähriger syrischer Mann von einem – zunächst auf der anderen Straßenseite befindlichen – Aggressor rassistisch beleidigt und tödlich angegriffen.

Gegen den 24 Jahre alten Täter wird später Anklage wegen Körperverletzung erhoben.

*LT DS SaAbh 8/749;
LT DS SaAbh 8/1506*

23. März 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Schmiedekoppel gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

23. März 21

Kandel im rheinland-pfälzischen Landkreis Germersheim. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt werden in einem LKW zwei geflüchtete Personen aus Marokko und Algerien festgestellt. Sie leiden aufgrund mangelnder Flüssigkeitsaufnahme unter körperlicher Austrocknung.

BT DS 20/6318

23. März 21

Ehningen im baden-württembergischen Landkreis Böblingen. Nachdem ein Ehepaar aus Afghanistan seinen PKW geparkt hat, wird es von einem 38-Jährigen rassistisch beleidigt. Dann greift der Provokateur den 25 Jahre alten Afghanen tödlich an und als dieser zu Boden schlägt er weiter auf ihn ein. Dessen 24-jährige Ehefrau geht dann dazwischen, so dass sich beide – auch handgreiflich – gegen den Angreifer wehren können. Ankommende Rettungskräfte bringen den Afghanen in ein Krankenhaus.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung und Beleidigung.

*Polizei Ludwigsburg 24.3.21;
LT DS BaWü 17/2100;
BT DS 19/32189*

23. März 21

Flughafen München – Bundesland Bayern. Die 22-jährige Sara A. wird im Rahmen einer Sammelabschiebung aus der Haft nach Äthiopien abgeschoben.

Sara A. ist in Nürnberg geboren und aufgewachsen. Seit ihrem 15 Lebensjahr ist sie heroinabhängig. Aufgrund von Straftaten, die Sara A. in Zusammenhang mit der Sucht verübte, wurde ihr 2018 die Aufenthaltserlaubnis entzogen. In der JVA Aichach saß sie eine neunmonatige Haftstrafe wegen

Diebstahls und wegen Hausfriedensbruchs ab, sie hatte gegen das Hausverbot am Nürnberger Hauptbahnhof verstoßen, dass gegen sie ausgesprochen worden war. Sara A. wollte zuvor eine Therapiemaßnahme machen, diese wurde ihr verweigert.

Sara A. ist durch Gewalt und Missbrauchserfahrungen in ihrer Kindheit und Jugend schwer traumatisiert. Der Flüchtlingsrat Bayern versuchte Sara in ihrem Klageverfahren gegen ihren abgelehnten Asylantrag zu unterstützen. Einem Psychiater, der die Traumatisierung für die Klage attestieren sollte, wurde jedoch der Besuch in der JVA verwehrt. Die JVA Aichach, wie auch das Verwaltungsgericht Ansbach und die Ausländerbehörde der Stadt Nürnberg sahen dazu keinen Anlass, sodass die Begutachtung nicht stattfinden konnte. Kurz darauf wurde Sara A. am 19. März 21 aus der JVA Aichach zum Münchener Flughafen gebracht und dort vier Tage später mit dreißig weiteren Menschen nach Äthiopien abgeschoben.

Mit der Abschiebung wurde die suchtkranke junge Frau, deren bisherige Lebensgeschichte sich komplett in Bayern abspielte, in das Herkunftsland ihrer Eltern gebracht. Sara A. spricht keine der dort gesprochenen Sprachen und hat keine Angehörigen, die sie unterstützen könnten. Sara A. hat in Äthiopien kaum Chancen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten oder ihre Suchterkrankung zu überwinden. Dazu herrschen gravierenden Versorgungsprobleme aufgrund einer seit Monaten andauernden Heuschreckenplage und eines durch die Corona-Pandemie überlasteten Gesundheitssystems.

*SZ 17.3.21; NN 19.3.21; FRat Bayern 23.3.21;
FRat Bayern 24.3.21; NN 24.3.21*

23. März 21

Flughafen München – Bundesland Bayern. Hussien Adem Eshetu soll im Rahmen einer Sammelabschiebung nach Äthiopien abgeschoben werden. Der 33-Jährige ist durch ein Posttraumatisches Belastungssyndrom so schwer behindert, dass ihm von Amts wegen ein Betreuer zur Seite gestellt wurde.

In dieser Nacht wird die Tür seiner Asylwohnung aufgerammt und Polizeibeamt:innen dringen ein. Mit vorgehaltener Waffe wird Herr Adem Eshetu zum Packen gezwungen, wichtige Gegenstände kann er in dieser Krisensituation nicht mitnehmen: Medikamente, Geld und sein Schwerbehindertenausweis bleiben in der Wohnung zurück. Er wird an Händen und Füßen gefesselt und während der gesamten Abschiebung von Polizist:innen umringt – angeblich, um einen Suizid zu verhindern. Trotz deutlicher Hinweise auf eine stark depressive Erkrankung wird er vom zuständigen Arzt Dr. med Michael Tita für reisefähig erklärt. Mit Herrn Adem Eshetu werden sechzehn weitere Menschen abgeschoben, begleitet von über 70 Polizist:innen an Bord.

Herr Adem Eshetu war vor politischer Verfolgung zuerst nach Schweden, dann nach Deutschland geflüchtet. Als Menschenrechtsaktivist saß er in Äthiopien drei Jahre im Gefängnis, wo er gedemütigt, schwer gefoltert und vergewaltigt wurde. Er hat auf seinem Kopf Narben von Einschlägen durch Metallstäbe. Die grauenvollen Erlebnisse in Haft sowie die Ermordung seiner Mutter, die versucht hatte, ihn zu schützen, haben Herrn Adem Eshetu schwer traumatisiert.

Da er beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht in der Lage war, bei seinen ersten Anhörungen das Erlebte zu berichten, wurden sowohl sein Asyl- als auch sein Asylfolgeantrag, trotz Fachgutachten im Klageverfahren wegen angeblich widersprüchlicher Aussagen abgelehnt.

Die wiederholten Ablehnungen eines Bleiberechts in einem europäischen Land, verschlimmerten seine seelischen Traumata, was sich auch gefährlich auf seine Asthma-Erkrankung auswirkte. Von Amtswegen wurde ihm ein rechtlicher Betreuer zur Seite gestellt.

In Bayreuth, wo er zuletzt lebte, wurde er intensiv therapeutisch und medizinisch behandelt – Bekannten und Behandelnden gegenüber äußerte er sich wiederholt suizidal. Therapeut:innen und Ärzt:innen bestätigten mehrfach, dass eine Abschiebung für ihn lebensgefährlich sei.

Mit Hilfe einer Landtags-, Bundestags- und Online-Petition versuchte sein Unterstützungsnetzwerk bis zum Schluss die Abschiebung zu verhindern. Die Abschiebung erfolgte, noch bevor Herr Adem Eshetu erfahren hatte, dass die Berufung gegen die Ablehnung seines Asylfolgeverfahrens abgewiesen wurde.

Ein großes Unterstützungsnetzwerk, darunter seine Traumatherapeutin und die Gemeinde der Stadtmission Bayreuth, in der er ehrenamtlich soziale Dienste ausgeübt hatte, äußerten sich empört über die Abschiebung. Herr Hanns-Georg Schmidt, der eigentlich noch bis 2026 aus medizinisch notwendigen Gründen als sein Betreuer eingesetzt war, stellte fest: "In meiner Eigenschaft als Betreuer wurde ich durch die gesundheitsverletzende, brutale Abschiebung rücksichtslos übergangen und ausgeschaltet."

Wenige Tage nach der Ankunft in der Hauptstadt wird Herr Adem Eshetu ins Krankenhaus aufgenommen, der Asthmatiker ist im Covid-Hotspot Addis Abeba lebensgefährlich an Corona erkrankt. Eine Woche lang liegt er im Koma.

Herr Schmidt wendet sich, nachdem Herr Adem Eshetu sich bei ihm melden konnte, besorgt an die Presse, um auf dessen lebensbedrohliche Lage hinzuweisen. Ebenso wendet er sich an die Parteiführungen aller größeren deutschen Parteien. Von einzelnen Politiker:innen erhält er das Versprechen auf Unterstützung, Herrn Eshetu nach Deutschland zurückzuholen. Bis dahin muss er von Deutschland aus mit Geld für Lebensmittel und mit Medikamenten versorgt werden, um überleben zu können.

*FRat Bayern 23.3.21;
Nordbayerischer Kurier 10.4.21;
Coburger Tagesblatt 24.9.21;
Hanns-Georg Schmidt – rechtlicher Betreuer*

24. März 21

Brandenburg an der Havel im Bundesland Brandenburg. An der Straßenbahn-Haltestelle Fontanestraße wird einem 19 Jahre alten Geflüchteten aus Syrien von einem etwas älteren Mann gesagt, dass er nicht in die Bahn einsteigen dürfe, weil es hier nicht sein Land sei. Danach stößt er dem Syrer gegen den Kopf, steigt in die Bahn und fährt Richtung Hohenstücken davon.

Der Betroffene erstattet Anzeige wegen Körperverletzung und Volksverhetzung und die polizeilichen Ermittlungen laufen an.

*LT DS Brbg 7/3639;
BT DS 19/29478*

24. März 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 29 Jahre alter Bewohner aus Georgien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

24. März 21

Abschiebegefängnis am Hamburger Flughafen. Der 42-jährige Kavan Heidari, der gestern in Haft genommen wurde, beginnt einen Hunger- und Durststreik.

Als Mitglied der Demokratischen Partei Kurdistans in Iran (HDKA) war der LKW-Fahrer dort schwer gefoltert worden. Ihm wurde Gift verabreicht, seine Finger- und Fußnägel

wurden ihm gezogen. Schwer traumatisiert gelang ihm die Flucht aus Ostkurdistan/Westiran in Richtung Europa.

Da er über Rumänien einreiste, soll er jetzt entsprechend dem Dublin-Verfahren dorthin zurückgeschoben werden. Bereits zweimal wurde er dorthin ausgeflogen, kam jedoch zurück, denn zu groß war die Angst, von dort aus umgehend in den Iran abgeschoben zu werden, wo ihm seine Hinrichtung droht. Heidari: "Damals wie heute ist der Hungerstreik mein letztes Mittel, um zu überleben."

Bei der letzten Abschiebung im Jahre 2019 aus München wurde er so schwer misshandelt, dass er blutüberströmt, mit gebrochener Nase und zwei Rippenfrakturen in Bukarest ankam. Zudem leidet er unter einer behandlungsbedürftigen Lungen-Erkrankung, einem Tumor im Hals und geschädigten Stimmbändern.

Sein lebensgefährlicher Durst- und Hungerstreik wird von politischen Freund:innen und Genoss:innen in die Öffentlichkeit getragen: Eine Petition wird gestartet, am achten Tag des trockenen Hungerstreiks findet eine Kundgebung vor dem Gefängnis statt, auch die Linksfraktion setzt sich in der aktuellen Stunde der Hamburgischen Bürgerschaft für ihn ein, sodass schließlich erreicht werden kann, dass sein Asylantrag in Deutschland entschieden wird. Am 9. April wird er aus der Abschiebungshaft entlassen.

*Rote Hilfe München 24.3.21;
Rote Hilfe München 29.3.21;
ANF 31.3.21;
taz 1.4.21; ANF 2.4.21;
Rote Hilfe Ztg 2/2021*

24. März 21

Bundesland Rheinland-Pfalz. In einer Abschiebungseinrichtung verletzt sich eine gefangene Person selbst, indem sie sich Schnittwunden zufügt.

BT DS 19/31669

25. März 21

Bundesland Sachsen. Über den Flughafen Leipzig-Halle findet eine Sammelabschiebung nach Georgien statt. Die 40 betroffenen Personen wurden aus den Landkreisen Leipzig, Zwickau, Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Erzgebirgskreis sowie aus den Städten Leipzig und Dresden abgeholt.

Dabei werden zwei Familien getrennt. Ein Mann wird von seiner Frau und ein gerade volljährig gewordener Jugendlicher von seiner Mutter und seinen minderjährigen Geschwistern getrennt abgeschoben.

FRat Sachsen 26.3.21

25. März 21

Bad Segeberg – Schleswig-Holstein. In der Landesunterkunft für Flüchtlinge (LUK) wird ein Bewohner von Mitarbeiter:innen des Sicherheitsdienstes geschlagen. Andere werden daran gehindert, einen Streit zu schlichten.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein. Aufgrund unzureichenden Tatverdachts werden diese später wieder eingestellt.

LT DS SH 19/3531

26. März 21

Rostock – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/29478

26. März 21

Chemnitz – Bundesland Sachsen. Im Ortsteil Sonnenberg auf der Sonnenstraße entdeckt ein Bewohner eines Mehrfamilienhauses, in dem geflüchtete Menschen untergebracht sind, gegen 22.45 Uhr eine brennende Türschwelle an einer Wohnungstür des Gebäudes. Das Feuer kann er selbst löschen. Personen kommen nicht zu Schaden.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf schwere Brandstiftung.

*Polizei Chemnitz 27.3.21;
LT DS Sachsen 7/5984;
BT DS 19/32189*

29. März 21

Bundesland Rheinland-Pfalz. In einer Abschiebungseinrichtung verletzt sich eine gefangene Person selbst, indem sie sich Schnittwunden zufügt.

BT DS 19/31669

30. März 21

Gotha – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/32819

30. März 21

Frankfurt am Main – Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*BT DS 20/2008;
LT DS Hessen 20/8311*

31. März 21

Berlin. Die 66-jährige, chronisch kranke Frau J. wird in den frühen Morgenstunden von der Polizei aus dem Schlaf gerissen und zur Abschiebung nach Armenien abgeholt. Sie wird in ihrem Rollstuhl in einem eigens dafür von der Polizei bereitgestellten Transporter zum Flughafen gefahren.

Frau J. ist auf die Unterstützung ihrer Familie angewiesen, mit der sie bisher zusammenlebte. Atteste, die Frau J. nicht rechtzeitig erneut vorlegen konnte, belegen ihre Diabetes-Erkrankung ebenso wie eine medikamentös behandlungsbedürftige psychische Erkrankung sowie kognitive Einschränkungen.

In Armenien wird sie nach sechs Monaten obdachlos, da sie ihre Miete nicht mehr zahlen kann. Daraufhin kann sie vorerst bei Nachbar:innen leben. Sie hat keinen Zugang zu den für sie lebensnotwendigen Medikamenten: Psychopharmaka, Insulin und Blutdruck senkende Mittel.

*FRat Berlin 30.4.21;
FRat Berlin 12.2.22*

31. März 21

Berlin. Gegen 5.00 Uhr morgens zertrümmert die Polizei die Wohnungstür von der 55-jährigen Frau S. und nimmt sie mit, um sie im Zusammenhang mit der an diesem Tag stattfindenden Sammelabschiebung nach Armenien auszufliegen. Damit ist sie von ihrem pflegebedürftigen, körperlich behinderten 30-jährigen Sohn, Herrn P., getrennt.

Erst vor einer Woche hatte Frau S. die Arbeitserlaubnis für einen Minijob in einer Arztpraxis erhalten und vor zwei Wo-

chen war es der psychosozialen Beratungsstelle Xenion gelungen, eine barrierefreie Wohnung für den Sohn zu finden.

Herr P., der bei alltäglichen Verrichtungen auf die Hilfe seiner Mutter angewiesen war, ist seit ihrer Abschiebung zunächst komplett ohne Pflege und Versorgung. Zudem steht er unter Schock und kommt in psychologische Behandlung. Später gelingt es Xenion einen Pflegedienst und eine Einzelfallhilfe zu organisieren.

Seine Mutter ist in Armenien ohne Bleibe und ohne jede Perspektive.

FRat Berlin 30.4.21

31. März 21

Premnitz im brandenburgischen Landkreis Havelland. Gegen 20.30 Uhr wird ein 51 Jahre alter Mann aus Eritrea an der Straßenkreuzung Grisuten-/Vistrastraße von einem ihm unbekanntem Mann unvermittelt ins Gesicht geschlagen. Der Täter geht dann weiter. Ein Augenzeuge ruft die Polizei, die die Fahndung nach dem Täter einleitet. Die Personenbeschreibung des Täters ist schwierig, weil der Zeuge sehr weit entfernt war und der Eritreer fast kein Deutsch spricht. Ein Dolmetscher kann erst am nächsten Tag hinzugezogen werden.

Der Betroffene hat leichte Verletzungen an der Nase erlitten, die im Krankenhaus behandelt werden müssen. Polizeiliche Ermittlungen wegen Körperverletzung beginnen.

Polizei Brbg 1.4.21

31. März 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Schmiedekoppel gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

31. März 21

Ludwigshafen im Bundesland Rheinland-Pfalz. Der 16-jährige Thar flüchtet während der nächtlichen Abschiebung aus der Unterkunft. Die Behörden schieben seine Familie ohne ihn über Berlin nach Armenien ab, wodurch die jezidische Familie getrennt wird.

Der Kontakt der Familie zu Thar reißt vorerst ab. Erst im Mai taucht er wieder auf, woraufhin er bei den in Ludwigshafen lebenden Großeltern und später in einer Jugendhilfeeinrichtung untergebracht wird. Er erhält einen eigenen Schutzstatus als Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtling.

Das rheinland-pfälzische Integrationsministerium stellt eine Familienzusammenführung in Aussicht, wenn die Familie gerichtlich die Rechtswidrigkeit der Abschiebung nachweisen kann. Im August 2021 bestätigt jedoch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz das Urteil des Verwaltungsgerichts Neustadt an der Weinstraße, wonach die Trennung der Familie rechtmäßig gewesen sei.

Anfang 2022 fährt Thar "freiwillig" zu seiner Familie nach Armenien zurück.

*SWR aktuell 9.8.21;
Rhein Zeitung 31.8.21;
Die Rheinpfalz 25.1.22;
Abschiebungsbeobachtung Berlin 2022*

März 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

März 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein Bewohner aus Georgien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

März 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

März 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung begeht ein Geflüchteter aus Eritrea Suizid durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

März 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus Armenien – während einer Abschiebung bzw. Überstellung – einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

März 21

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 17 Jahre alte Jugendliche aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

März 21

Landkreis Heilbronn in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen (VU) unternimmt eine 47 Jahre alte Frau aus Tunesien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

März 21

Landkreis Schwäbisch Hall in Baden-Württemberg. In einer Unterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt eine 22 Jahre alte Frau aus Guinea einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

März 21

Landkreis Schwäbisch Hall in Baden-Württemberg. In einer Unterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt ein 29 Jahre alter Mann aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

März 21

Landeshauptstadt Stuttgart – Baden-Württemberg. In einer Unterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt ein 35 Jahre alter Mann aus Pakistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

März 21

München im Bundesland Bayern. Herr B. wird von Polizist:innen an seinem Arbeitsplatz festgenommen und soll nach Äthiopien abgeschoben werden. Im Polizeifahrzeug unternimmt er einen Suizidversuch. Er kommt zunächst ins Krankenhaus und anschließend in Abschiebungshaft.

Ende Mai 2021 wird er aus der Haft heraus und in Begleitung von fünf Bundespolizist:innen und einem Arzt nach Addis Abeba abgeschoben.

Herr B. lebte seit 2017 in einer hessischen Kleinstadt, wo er seit 2019 arbeitete. Nachdem sein Asylantrag abgelehnt wurde, besaß er lediglich eine Duldung. Um weiterhin eine Arbeitserlaubnis zu erhalten, legte er Ende 2020 bei der Ausländerbehörde seinen Pass vor. Damit konnte dann die Abschiebung vorbereitet werden.

*Fallbeispiele Hessen 8.9.21;
FRat Bayern 30.11.21;
LT DS Hessen 20/8307*

März 21

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

März 21

Waldkraiburg im bayerischen Landkreis Mühldorf am Inn. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Jemen einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

März 21

Landkreis Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Osterhofen unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

März 21

Bad Kötzing im bayerischen Landkreis Cham. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizid durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/21825

März 21

Landkreis Main-Spessart im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Lohr am Main unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

März 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwern unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

1. Quartal 21

Landkreis Hildburghausen in Thüringen. Ein Geflüchteter aus Somalia (30–49 Jahre alt) verletzt sich selbst in zeitlichen Abständen mehrmals mit einem Messer.

LT DS Thüringen 7/5607

1. April 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Sportallee gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

1. April 21

Oldenburg in Niedersachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden zwei Geflüchtete gegen 17.45 Uhr bedroht, beleidigt und mit einer Glasflasche beworfen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NieSa 18/10682;
BT DS 19/32189*

3. April 21

Halle-Neustadt in Sachsen-Anhalt. In der Mendelsohn-Bartholdy-Straße werden drei spielende Flüchtlingskinder aus Syrien und Afghanistan im Alter von neun und zehn Jahren gegen 19.30 Uhr von einem 72-jährigen Mann rassistisch beschimpft und dann mit einer Bierflasche beworfen. Diese verfehlt ihr Ziel.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen Beleidigung, Volksverhetzung und versuchter Körperverletzung.

*Polizei Halle 4.4.21;
Welt 4.4.21; MDZ 6.4.21;
LT DS SaAnh 8/79;
LT DS SaAnh 8/750;
BT DS 19/32189*

3. April 21

Boostedt – Schleswig-Holstein. In der Landesunterkunft für Flüchtlinge (LUK) wird ein Bewohner von Mitarbeiter:innen des Sicherheitsdienstes zu Boden gebracht und geschlagen. Dies geschieht, nachdem der Bewohner mit einem Hammer in der Hand auf die Securities zugegangen war. Ihm gelingt es zu flüchten.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein. Aufgrund unzureichenden Tatverdachts werden diese später wieder eingestellt.

LT DS SH 19/3531

7. April 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (UmA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

8. April 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Björnsonweg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

9. April 21

Bad Freienwalde – Brandenburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/119

10. April 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (UmA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

11. April 21

Bad Arolsen im Landkreis Waldeck-Frankenberg im Bundesland Hessen. Nazdar Ecevit, eine Aktivistin der HDP (linke, mehrheitlich kurdische Partei), wird aus ihrer Unterkunft zur Abschiebung abgeholt. Aufgrund ihres passiven Widerstandes wird die Abschiebung abgebrochen. Nazdar Ecevit wird in

Abschiebehaft in Darmstadt genommen, wo sie einen Hungerstreik beginnt. Am 15. April wird sie aus der Abschiebehaft entlassen. Im September 2021 erhält sie das Bleiberecht.

*FRat Hessen 9.4.21;
FRat Hessen 15.4.21;
Linksfraktion LT Hessen 16.4.21;
ANF 24.9.21*

12. April 21

Halberstadt im Landkreis Harz – Sachsen-Anhalt. In der Hauptstelle der Landeserstaufnahme unternimmt eine 24 Jahre alte Bewohnerin aus Afghanistan einen Suizidversuch. Die Frau kommt mit einer Notarzt-Einweisung für insgesamt fünf Tage ins Krankenhaus Halberstadt und in die Psychiatrie Blankenburg. Danach wird sie noch fünf Wochen lang – bis zu ihrer Umverteilung – vom psychologischen Dienst intensiv betreut.

LT DS SaAnh 8/772

12. April 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Sieversstücken 3 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

13. April 21

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 31 Jahre alter Bewohner aus Libyen einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

15. April 21

Rostock – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/32189

16. April 21

Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Im Ortsteil Lütten Klein beleidigt eine Frau gegen 22.00 Uhr eine 16 Jahre alte Geflüchtete aus Syrien, die gerade auf einen Bus wartet, zunächst rassistisch. Anschließend stößt sie diese gegen die Haltestelle. Umstehende Passant:innen kommen der Betroffenen zu Hilfe und können einen weiteren Angriff verhindern.

Die Polizei beginnt mit den Ermittlungen und stellt diese später ein, da keine Tatverdächtige ausfindig gemacht werden konnte.

LOBBI

16. April 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 20 Jahre alter Bewohner aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

16. April 21

Halle in Sachsen-Anhalt. Als eine 21 Jahre alte Auszubildende aus Syrien gegen 15.00 Uhr die Straßenbahn am Hauptbahnhof verlassen will, wird ihr von drei Frauen im Alter von 18 bis 20 Jahren der Weg versperrt. Eine der Angreiferinnen tritt ihr von hinten in die Hacken und die beiden Frauen vor ihr beleidigen sie heftig und versuchen, ihr das Kopftuch herunterzuziehen.

Als dies nicht gelingt, reißen sie ihr den Mundschutz ab und verletzen sie dabei am Ohr. Schließlich gelingt der Syrerin, den Waggon zu verlassen. Sie erstattet Anzeige.

Der Staatsschutz übernimmt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*Mobile Beratung SaAnh;
LT DS SaAnh 8/591*

16. April 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Schmiedekoppel gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

17. April 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Große Bahnstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

17. April 21

Landkreis Darmstadt-Dieburg im Bundesland Hessen. Als ihr Ehemann Adeel P. zur Abschiebung festgenommen wird, unternimmt seine Frau einen Suizidversuch. Das Paar war bereits vor der Flucht verheiratet und Frau P. befindet sich im laufenden Asylverfahren. Noch während sie im Krankenhaus behandelt wird, wird Herr P. am 20. April nach Pakistan abgeschoben. Herr P. hätte im Mai die Voraussetzungen für eine auf Dauer angelegte Beschäftigungsduldung erfüllt.

*FRat Hessen 16.4.21;
GAll 20.4.21;
FR 20.4.21*

17. April 21

Bundesland Bayern. In der Abschiebehaftereinrichtung des Flughafens München versucht ein Gefangener aus Afghanistan, sich zu strangulieren. Er unterbricht sein Vorhaben und informiert einen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes.

BT DS 20/6318

19. April 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (UmA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

19. April 21

Suhl – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/119

19. April 21

Neumünster – Schleswig-Holstein. In der Landesunterkunft für Flüchtlinge (LUK) gerät ein Bewohner in eine körperliche Auseinandersetzung mit zwei Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes. Beide Seiten tragen Verletzungen davon.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein. Aufgrund unzureichenden Tatverdachts werden diese später wieder eingestellt.

LT DS SH 19/3531

19. April 21

Solingen im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Gegen 20.00 Uhr wird am Übergangwohnheim für Geflüchtete in der Kronprinzenstraße dicker Qualm entdeckt. Die Ursache der starken Rauchentwicklung ist ein vor dem Haus abgestellter sogenannter Rauchtopf, ein pyrotechnischer Gegenstand. Verletzt wird niemand.

Der Polizei gelingt es, im nahen Umfeld einen 50 Jahre alten Mann aus Solingen als verdächtigen Täter vorübergehend festzunehmen. Die Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung werden vom polizeilichen Staatsschutz übernommen.

*Polizei Wuppertal 20.4.21;
Der Westen.de 20.4.21; STB 20.4.21;
LT DS NRW 17/16657;
LT DS NRW 17/16658; BT DS 20/119*

20. April 21

Oranienburg im brandenburgischen Landkreis Oberhavel. Auf dem Heimweg von ihrer Arbeitsstelle werden zwei syrische Flüchtlinge im Alter von 18 und 19 Jahren von zwei Männern rassistisch beleidigt und mit einer Bierflasche beworfen. Sie verfehlt ihr Ziel. Die Angreifer entkommen auf ihren Fahrrädern in Richtung Walter-Bothe-Straße.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/419920;
BT DS 20/119*

20. April 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Schmiedekoppel gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

20. April 21

Landkreis Gießen im Bundesland Hessen. Tariq A. wird nach Pakistan abgeschoben und dadurch von seiner schwangeren Frau (EU-Bürgerin) getrennt.

Sie sind bereits nach islamischen Recht verheiratet und die standesamtliche Hochzeit ist seit 2020 angemeldet. Aufgrund der Corona-Pandemie fehlen Papiere aus Pakistan. Obwohl bereits die Vaterschaftanerkennung durchgeführt wurde, wird Herr A. trotzdem abgeschoben und muss damit rechnen, die ersten Lebensmonate oder sogar -jahre seines Kindes zu verpassen.

*FRat Hessen 16.4.21;
Gall 20.4.21;
FR 20.4.21*

20. April 21

Werra-Meißner-Kreis im Bundesland Hessen. Herr Cheema S. wird nach Pakistan abgeschoben und dadurch von seiner Frau getrennt.

Er lebt seit 2010 in Hessen und ist seit August 2019 mit seiner deutschen Frau verheiratet. Die Ausländerbehörde erkennt die im Ausland geschlossene Ehe nicht an, obwohl alle anderen Behörden sie als verheiratet behandeln.

*FRat Hessen 16.4.21;
Gall 20.4.21;
FR 20.4.21*

20. April 21

Main-Kinzig-Kreis im Bundesland Hessen. Herr Umer V. wird nach Pakistan abgeschoben und dadurch von seiner Frau getrennt.

Er lebt seit 2015 in Deutschland und ist mit einer Deutschen verheiratet. Ihre im Ausland geschlossene Ehe wird von der Ausländerbehörde nicht anerkannt. Er arbeitet seit einigen Jahren Vollzeit in der Lebensmittelindustrie in Frankfurt am Main und hat seinen Pass frühzeitig für eine Beschäftigungsduldung abgegeben. Umer V. wird trotzdem von Frankfurt aus abgeschoben.

*FRat Hessen 16.4.21;
FR 20.4.21*

21. April 21

Weyhe – Niedersachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person gegen 23.30 Uhr von einem Fahrradfahrer beleidigt und getreten.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS NieSa 18/10682;
BT DS 19/32189*

21. April 21

Bietigheim-Bissingen im baden-württembergischen Landkreis Ludwigsburg. Gegen 19.00 Uhr wird ein 33 Jahre alter Geflüchteter aus Kamerun, der mit dem Fahrrad vom Bahnhof aus auf dem Nachhauseweg ist, im Bereich der Carl-Benz-Straße von einem Betrunknen festgehalten und geschlagen. Dann sucht der Täter das Weite in Richtung Daimlerstraße.

Die Polizei findet ihn dort hinter einem Gebüsch und nimmt ihn aufgrund seines unkooperativen und aggressiven Verhaltens mit zur Wache. Der 43-Jährige gibt zu, dass er den Radfahrer aufgrund dessen Hautfarbe attackiert habe. Ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung wird gegen ihn eingeleitet.

*Polizei Ludwigsburg 22.4.21;
StN 23.4.21;
LT DS BaWü 17/2100;
BT DS19/32189*

23. April 21

Tübingen – Baden-Württemberg. Eine Geflüchtete aus Syrien wird – in ihrer Wohnung – von ihrem Nachbarn rassistisch beleidigt, körperlich angegriffen und dadurch leicht verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS BaWü 17/2100;
BT DS 19/32189*

23. April 21

Halle an der Saale im Bundesland Sachsen-Anhalt. Als ein 19-jähriger Mann aus Somalia kurz nach Mitternacht an einer Straßenbahn-Endhaltestelle sein Fahrrad nimmt und den fast leeren Waggon verlässt, wird er von einem ihm Unbekannten verfolgt. Dieser beleidigt ihn rassistisch, pöbelt laut, zieht sein Hemd aus und schlägt ihn mit der Faust vor die Brust – weiteren Schlägen kann der Somali ausweichen. Dann nimmt der Aggressor sein Fahrrad und schmeißt es mehrmals auf den Boden, sodass es beschädigt wird.

Als die von der Straßenbahn-Fahrerin gerufene Polizei eintrifft, flieht der Täter. Der Staatsschutz nimmt Ermittlungen wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung auf.

Mobile Beratung SaAnh

23. April 21

Erfurt – Thüringen. Der 17-jährige Ali A. aus Syrien wird gegen 23.00 Uhr in einer Straßenbahn der Linie 5 von einem 40-jährigen polizeibekanntem Deutschen zunächst rassistisch beschimpft, anschließend bespuckt. Der Täter nimmt daraufhin

das Handy des jungen Mannes und schmeißt es auf den Boden. Anschließend tritt er viermal brutal auf den Oberkörper und den Kopf des Betroffenen ein.

Es kommt eine Frau zu der Szene hinzu, die den Mann vor den Überwachungskameras warnt. Von den Mitfahrenden greift niemand ein, eine Person filmt allerdings die Szene und stellt das Video online.

Auch den Fahrer der Straßenbahn soll der Täter beschimpft und aufgefordert haben, die Bahn anzuhalten, was dieser auch tut, woraufhin der Täter und seine Begleitung fliehen können. Erst als die Beiden die Szene verlassen haben, rufen Zeug:innen die Polizei.

Ali A. erleidet ein Schädelhirntrauma und weitreichende psychische Folgen. Am 26. April 21 kann der Täter festgenommen werden und kommt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung, Beleidigung und Sachbeschädigung in Untersuchungshaft. Er ist bereits durch Gewalt-, Eigentums- und Drogendelikten bekannt.

Laut taz fordert die Landtagsabgeordnete der Linken, Katharina König-Preuss, nach der Tat: "Den zunehmenden rassistischen Übergriffen in Thüringen, welche auch Resultat eines insbesondere durch die AfD geschürten politischen Klimas in der Gesellschaft sind, muss endlich Einhalt geboten werden, den Tätern mit aller Konsequenz begegnet werden."

Am 22. Oktober 21 beginnt am Landgericht Erfurt der Prozess gegen den Täter. Ali A., der zu diesem Zeitpunkt bereits 18 Jahre alt ist, ist Nebenkläger. Nach drei Verhandlungstagen wird der 40-Jährige unter anderem wegen schwerer Körperverletzung mit rassistischer Tatmotivation zu vier Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Der Verteidiger des Täters kündigt eine Anfechtung des Urteils vor dem Bundesgerichtshof an.

*Polizei Erfurt 25.4.21; taz 26.4.21;
FR 27.4.21; SZ 27.4.21; TLZ 28.4.21;
TLZ 1.10.21; TLZ 22.10.21;
TA 23.10.21; OtZ 26.10.21;
TA 27.10.21;*

25. April 21

Meiningen – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/119

26. April 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Sieversstücken 3 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

27. April 21

Staßfurt im Salzlandkreis – Bundesland Sachsen-Anhalt. Ein 15 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan wird gegen 20.00 Uhr auf einem Gehweg von einem Mann körperlich angegriffen und verletzt. Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Körperverletzung auf.

*LT DS SaAnh 8/62;
BT DS 19/32189*

27. April 21

Arnstadt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die

Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/119

28. April 21

Schwerin – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LOBBI;
BT DS 19/32189*

28. April 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Sandwisch gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

30. April 21

Magdeburg in Sachsen-Anhalt. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung unternimmt ein 26 Jahre alter Bewohner aus Syrien einen Suizidversuch. Der Mann kommt mit einer Notarzt-Einweisung zur stationären Behandlung ins Universitätsklinikum Magdeburg. Anschließend wird er noch drei Monate lang vom psychologischen Dienst intensiv betreut. Dann darf er erst zu seiner Familie ziehen.

LT DS SaAnh 8/772

30. April 21

Im bayerischen Fuchstal-Leeder, im Landkreis Landsberg a. Lech, kommt es zu einem Angriff auf die Unterkunft einer geflüchteten Familie aus Syrien. Gegen 23.00 Uhr wird zunächst ein Stein und anschließend eine Bierflasche durch die Glasscheibe der Eingangstür der Wohnung geworfen. Es entsteht ein Sachschaden, aber keiner der Bewohner:innen, darunter fünf Kinder im Alter von eins bis 15 Jahren, wird körperlich verletzt.

Drei Wochen vor der Tat erlitt die Familie bereits einen heftigen Schicksalsschlag, als der Vater an den Folgen einer Covid-19-Erkrankung verstarb. Da es sich um den ersten Todesfall mit Covid-Zusammenhang in Fuchstal handelte, wurde der Wohnort der Familie in dem kleinen Ort bekannt.

Der rassistische Anschlag bewegte einige Kommunalpolitiker:innen von SPD und Grünen, ihre Unterstützung öffentlich auszusprechen und eine schnelle Aufklärung zu fordern. Ermittlungen der Polizei führen zunächst zu keinem Ergebnis.

MM 4.5.21; BT DS 19/32189

April 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein Bewohner aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

April 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus der Türkei einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

April 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung droht ein Geflüchteter aus der Türkei seinen Suizid an. Dies geschieht während einer Abschiebung bzw. Überstellung.

LT DS Hessen 20/8307

April 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung droht eine Geflüchtete aus dem Kosovo ihren Suizid an. Dies geschieht während einer Abschiebung bzw. Überstellung.

LT DS Hessen 20/8307

April 21

Baden-Württemberg. Im Ankunftszentrum Heidelberg für Asylbewerber:innen unternimmt ein 21 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

April 21

Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahmeeinrichtung Karlsruhe für Asylbewerber:innen (Christian-Griesbach-Haus) unternimmt eine 19 Jahre alte Frau aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

April 21

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 22 Jahre alte Frau aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

April 21

Landkreis Schwäbisch Hall in Baden-Württemberg. In einer Unterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt ein 29 Jahre alter Mann aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

April 21

Landkreis München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Oberhaching unternimmt eine Person aus Pakistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

April 21

Landshut im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus der Ukraine einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

April 21

Landkreis Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Stephansposching unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

April 21

Landkreis Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Stephansposching unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

April 21

Landkreis Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Stephansposching unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

April 21

Landkreis Landshut im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Ergolding unternimmt eine Person aus Sierra-Leone einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/21825

April 21

Landkreis Tirschenreuth im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Immenreuth unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

April 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geldersheim unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch.

LT DS Bayern 18/21825

April 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geldersheim unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

April 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwerm unternimmt eine Person aus Marokko einen Suizid durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/21825

April 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwerm unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

April 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwerm unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/21825

April 2

Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Gambia einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

1. Mai 21

Halle in Sachsen-Anhalt. Im Bezirk Neustadt ist der 22 Jahre alte Ahmad X. mit einem Freund in der Straßenbahn unterwegs und bemerkt, zunehmend bedrohlicher, dass sie von drei Männern beobachtet werden. Als sie gegen Mitternacht in den Bus umsteigen, rufen ihnen die Männer rassistische und homophobe Provokationen zu. Dann wird er attackiert und schwer verletzt. Ahmad X. wird ohnmächtig und findet sich eine oder zwei Stunden später auf einer Bank der Bushaltestelle wieder. Ein Rettungswagen bringt ihn ins Krankenhaus, wo seine schweren Kopfverletzungen, eine Schädelfraktur, ein Nasenbeinbruch und eine Hirnhautverletzung drei Wochen lang behandelt werden. Danach kommt er zur Rehabilitation.

Durch den Überfall sind Teile seines Gesichts taub geworden und die psychischen Folgen plagen ihn täglich. Auch hat er, der sein Fachabitur machen will, ein ganzes Schuljahr verloren. Ahmad X. war im Jahre 2015 nach Deutschland gekommen.

*MgrG;
Belltower News 19.6.21*

2. Mai 21

Neumünster – Schleswig-Holstein. Am Ruthenberger Markt wird ein neunjähriges Flüchtlingskind von einer entgegenkommenden Frau – rassistisch motiviert – getreten und am Bein leicht verletzt.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

LT DS SH 19/3530

2. Mai 21

Leichlingen – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete, bei dem eine Person verletzt wird.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS NRW 17/16657;
LT DS NRW 17/16658;
BT DS 20/119*

5. Mai 21

Brandenburg an der Havel im Bundesland Brandenburg. Am Nicolaiplatz wird ein 29 Jahre alter Flüchtling aus dem Iran von einem Mann – rassistisch motiviert – beleidigt und verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/4421;
BT DS 20/119*

5. Mai 21

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 14 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch. Er ist mit seiner erwachsenen Schwester nach Deutschland gekommen.

LT DS Sachsen 7/7017

5. Mai 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (UmA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbstötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

5. Mai 21

Goch im nordrhein-westfälischen Landkreis Kleve. Gegen 16.15 Uhr werden Feuerwehr und Polizei gerufen, weil im Keller der Kommunalen Unterbringungseinrichtung für Geflüchtete Klever Straße ein Möbelstück brennt.

Das Feuer ist schnell gelöscht – wegen der starken Rauchentwicklung müssen trotzdem alle 25 hier gemeldeten Personen vorübergehend evakuiert werden. (siehe auch: 4. August 21 und 15. August 21)

Polizei Kleve 5.5.21

5. Mai 21

Ingolstadt – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person an, indem er sie schlägt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/21880;
BT DS 19/32189*

6. Mai 21

Brandenburg an der Havel im Bundesland Brandenburg. Gegen 7.00 Uhr wird im Stadtteil Hohenstücken ein Grundschüler, syrischer Herkunft, auf dem Weg zur Schule von fünf anderen Jugendlichen im Alter von 10 bis 12 Jahren beleidigt, geschubst, getreten und geschlagen. Der Junge erleidet Verletzungen im Gesicht. Sein Vater meldet den Übergriff gegen Mittag bei der Polizei und erhebt Anzeige.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*MAZ 7.5.21;
Polizei Brbg 6.5.21*

7. Mai 21

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 23 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

8. Mai 21

Pirna – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen Geflüchteten aus Nigeria.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/6639;
LT DS Sachsen 7/7019;
BT DS 19/32189*

9. Mai 21

Frankfurt (Oder) im Bundesland Brandenburg. In der Sluibicer Straße wird ein 18 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien von einem 70-jährigen Deutschen rassistisch beleidigt und körperlich attackiert. Der Jugendliche versucht auch sich zu wehren.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/4151;
BT DS 20/119*

9. Mai 21

Aschersleben im Salzlandkreis – Bundesland Sachsen-Anhalt. Ein 10-jähriges deutsches Kind greift zwei syrische Kinder im Alter von sieben und elf Jahren tätlich an.

Die Staatsanwaltschaft Magdeburg nimmt Ermittlungen auf wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

LT DS SaAnh 8/365

10. Mai 21

Cottbus im Bundesland Brandenburg. In der Sandower Straße wird ein 44 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen. Die Täter im Alter von 20 und 24 Jahren werden dabei noch von einer Frau unterstützt, die einen Fahrradständer gegen den Betroffenen einsetzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/4151;
BT DS 20/119*

11. Mai 21

Bundesland Sachsen. Der 38 Jahre alter Tunesier Ahmed X. aus Bautzen wird gegen 22.00 Uhr in die Abschiebehaft ein-

richtung Dresden eingeliefert. Es ist Ramadan, er hat den Tag über nichts gegessen und er bittet um Essen. Dies wird ihm verweigert. Er wird in den nächsten drei Tagen vom diensthabenden Personal geschlagen und getreten. Außerdem werden ihm Medikamente gegen seinen Willen verabreicht, sodass er am 14. Mai Anzeige wegen Körperverletzung gegen sechs Personen stellt.

Er war bereits am 2. Februar in Abschiebehaft genommen worden, musste jedoch umgehend wieder entlassen werden, weil der Flug der Chartermaschine wegen der Pandemie abgesagt wurde.

Ihm droht die Abschiebung, obwohl er sich seit langem intensiv bemüht, die nötigen Papiere für die Hochzeit mit seiner langjährigen deutschen Lebensgefährtin zu bekommen. Da die Gültigkeiten der tunesischen Papiere immer wieder ablaufen, ist bisher kein Termin beim Standesamt zustande kam. Durch diese Lebenssituation ist er psychisch sehr angeschlagen.

Am 7. Juni unternimmt er einen Suizidversuch – er kommt danach in einen besonders gesicherten Raum des Gefängnisses. Einige Tage später entscheidet eine Ärztin seine Flugfähigkeit und er wird am 19. Mai abgeschoben.

Später gelingt es seiner Freundin, dorthin zu reisen, sodass sie in Tunesien heiraten können. Seine Rückkehr nach Deutschland ist damit noch lange nicht sicher, denn davor müsste er seine Abschiebungskosten bezahlen, die sich auf eine fünfstelligen Summe beziffern.

*A-Haftgruppe Dresden 19.4.21;
A-Haftgruppe Dresden 4.8.21;
TAG24 7.8.21; LT DS Sachsen 7/6609;
LT DS Sachsen 7/6614;
A-Haftgruppe Dresden*

12. Mai 21

Dresden im Bundesland Sachsen. In der Einrichtung des Vollzugs der Abschiebungshaft und des Ausreisegewahrsams unternimmt ein 38 Jahre alter Geflüchteter aus Tunesien einen Suizidversuch, um seine Abschiebung zu verhindern.

LT DS Sachsen 7/7017

12. Mai 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (UmA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

12. Mai 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Poppenbütteler Berg/Neubaugebiet Ohlendiekhöhe gerufen, weil eine dort wohnende Person "droht zu springen".

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/5216

13. Mai 21

Wismar im Landkreis Nordwestmecklenburg – Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Ein Schwarzer Flüchtling wird von einer Person verfolgt und mit einer Flasche beworfen. Bei der folgenden körperlichen Auseinandersetzung wird der Betroffene leicht verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
BT DS 19/32189*

13. Mai 21

Zehdenick im brandenburgischen Landkreis Oberhavel. Zwei 25 Jahre alte Geflüchtete aus Eritrea werden in der Berliner Straße von drei betrunkenen deutschen Männern körperlich angegriffen. Einer von den 36- und 37-jährigen Rassisten zeigt den sogenannten Hitlergruß.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

LT DS Brbg 7/4151; BT DS 20/119

13. Mai 21

Luckenwalde – Brandenburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/119

13. Mai 21

Naumburg im Burgenlandkreis – Bundesland Sachsen-Anhalt. Ein 21 Jahre alter Geflüchteter aus Mali wird gegen 13.30 Uhr auf dem Curt-Becker-Platz von einer Frau um eine Zigarette gebeten. Als er erklärt, dass er keine besitzt, beginnt die Frau ihn rassistisch zu beleidigen und schlägt ihn dann. In der Folge beißt der Hund der Frau ihm ins Bein und verletzt ihn dadurch.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*Polizei Burgenlandkreis 14.5.21;
MDZ 15.5.21; LT DS SaAnh 8/62;
BT DS 19/32189*

13. Mai 21

Halle im Bundesland Sachsen-Anhalt. Gegen 16.50 Uhr wird ein 24 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan in einem Park der nördlichen Innenstadt von einem 21-Jährigen tödlich angegriffen und verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/137;
BT DS 19/32189*

13. Mai 21

Flensburg – Schleswig-Holstein. In der Apenrader Straße wird ein Geflüchteter von zwei Rassisten beleidigt und beschimpft. Als einer der Täter versucht, dem Flüchtling ins Gesicht zu boxen, kann dieser ausweichen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

LT DS SH 19/3530

14. Mai 21

Hansestadt Hamburg. Im Stadtteil Bergedorf wird eine geflüchtete Person zunächst rassistisch beleidigt und dann im Bus geschubst.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*Hamburgische Bürgerschaft DS 22/75265;
BT DS 19/32189*

15. Mai 21

Erzgebirgskreis im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 42 Jahre alter Bewohner aus dem Libanon einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

16. Mai 21

Stendal in Sachsen-Anhalt. Ein 20 Jahre alter Geflüchteter aus dem Sudan wird gegen 22.15 Uhr auf der Straße körperlich angegriffen und dadurch verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/38;
BT DS 19/32189*

17. Mai 21

Neumünster – Schleswig-Holstein. Vor einer Unterkunft für jugendliche Flüchtlinge am Hansaring halten sich zwei Rassist:innen auf, die die herauskommenden Bewohner:innen und das Gebäude mit Glasflaschen bewerfen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SH 19/3530;
BT DS 19/32189;
BT DS 20/119;
BT DS 20/2008*

17. Mai 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (UmA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

17. Mai 21

Rostock – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/32189

18. Mai 21

Hannover – Bundesland Niedersachsen. Rana Abid Ali M. aus Stade wird aus der Abschiebungshaft heraus über den Flughafen Hannover nach Pakistan ausgeflogen.

Danach verliert sich die Spur des Anfang 30-Jährigen. Freund:innen und Familie beginnen mit der Suche nach ihm – sowohl in Deutschland als auch in Pakistan.

Nach fünf Monaten und 10 Tagen wird er zu seiner Familie in Pakistan gebracht. Er ist abgemagert, verwahrlost, völlig verwirrt und offensichtlich auch psychotisch.

Es stellt sich heraus, dass er schon während der Abschiebung von einem niedersächsischen Polizisten so stark geschubst wurde, dass sein Handy herunterfiel und kaputt ging. Angekommen in Islamabad war er hilflos, konnte nicht telefonieren, wusste nicht, was er tun sollte und stieg in einen Zug nach Karachi – in die völlig falsche Richtung. Von dort aus wurde er nach einiger Zeit nach Wazirabad in eine Notunterkunft gebracht. Dann kam er nach Gujrat, wo er von einem Polizisten – aufgrund einer Vermissten-Anzeige – erkannt wurde.

Hum Hain Pakistan 26.9.21

20. Mai 21

Fürstenwalde im brandenburgischen Landkreis Oder-Spree. In der Trebuser Straße werden zwei 14-jährige Geflüchtete aus Syrien von einem 59 Jahre alten Deutschen beleidigt und tätlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/4151;
BT DS 20/119*

20. Mai 21

Bundesland Sachsen. Durch die Abschiebung eines 56 Jahre alten Georgiers aus der Justizvollzugsanstalt wird er von seinem 15-jährigen Sohn und seiner 55 Jahre alten Frau getrennt. Er lebte 19 Jahre lang in der Bundesrepublik.

*LT DS Sachsen 7/7022;
Deportation Alarm*

20. Mai 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 30 Jahre alter Bewohner aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

21. Mai 21

Wismar im Landkreis Nordwestmecklenburg – Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Ein LKW-Fahrer schreit einen Geflüchteten, der mit seinem Sohn unterwegs ist, aus der Fahrerkabine heraus an und beleidigt die beiden rassistisch. Als der Betroffene verbal reagiert, steigt der Mann aus dem LKW, packt ihn am Hals und würgt den sich Wehrenden, der zu Boden geht. Auch dort würgt er ihn weiter.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
BT DS 19/32189*

21. Mai 21

Hoyerswerda – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person aus Guinea.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/7538;
BT DS 19/32189*

21. Mai 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 28 Jahre alter Bewohner aus Tunesien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

23. Mai 21

Gusow-Platow – Brandenburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/119

24. Mai 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 29 Jahre alter Bewohner aus Libyen einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

24. Mai 21

Talheim im baden-württembergischen Landkreis Heilbronn. Gegen 4.30 Uhr kommt es in einem Zweifamilien-Haus, in dem Asylbewerber:innen wohnen, zu einer Verpuffung, durch die eine Familie mit zwei Kindern geweckt wird. Sie kommen unbeschadet ins Freie und rufen die Feuerwehr. Das Feuer wird schnell gelöscht – niemand wird verletzt.

Es wird schnell klar, dass das Feuer absichtlich verursacht wurde, denn in der zweiten Wohnung brennen aufgrund von

ausgegossenem Benzin Betten und Kleidungsstücke, die auch im hölzernen Treppenhaus ausgelegt sind. Die Bewohnerin der zweiten Wohnung, eine 34 Jahre alte Irakerin, Mutter von drei Kindern, gesteht später, dass sie den Brand aus Verzweiflung selbst gelegt habe, sie wollte sich umbringen – ihre Lebenssituation habe sie überfordert.

Im Januar 2022 muss sie sich wegen gefährlicher Brandstiftung vor dem Heilbronner Amtsgericht verantworten. Die Suizidabsicht hält das Gericht für unglaubwürdig, denn die Frau hatte ja keine Brandverletzungen davongetragen. Das Gericht weiter: Wer sich umbringen wolle, zünde sich selbst an, lege aber keine Lunte mit benzingetränkten Kleidern im Haus. Die Tat habe "eine sehr große Nähe zu einem Tötungsdelikt".

Auch ihr Verlobter, der sie in der Nacht zum Haus gefahren hatte, steht vor Gericht. Beide werden zu drei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt.

*HSt 24.5.21; HSt 11.6.21;
Welt 18.1.22; HSt 19.1.22*

25. Mai 21

Landeshauptstadt Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Ein 58 Jahre alter Geflüchteter aus Algerien wird gegen 20.50 Uhr auf dem Olivenstedter Platz von einem Mann tätlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/60;
BT DS 19/32189*

26. Mai 21

Pirna im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – Bundesland Sachsen. Am Bus-Bahnhof im Ortsteil Sonnenstein wartet ein 29 Jahre alter Geflüchteter aus Eritrea gegen 23.00 Uhr auf einen Bus, als zwei Männer ihn ansprechen, beleidigen und körperlich angreifen. Um der Situation zu entkommen, flüchtet er in einen gerade ankommenden Bus.

Die Aggressoren folgen ihm, steigen ebenfalls ein und versuchen ihn aus der Tür zu drängen. Anschließend stoßen sie ihn im Bus zu Boden und schlagen auf ihn ein. Der Betroffene erleidet leichte Verletzungen. Niemand der anwesenden Fahrgäste schreit bei dem Angriff ein. Einer verständigt die Polizei. Diese trifft am Ort des Geschehens ein, nachdem die Täter verschwunden sind.

Der polizeiliche Staatsschutz nimmt Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung auf.

*Polizei Dresden 27.5.21;
RAA Sachsen;
SäZ 27.5.21;
BT DS 20/119;
LT DS Sachsen 7/8275*

26. Mai 21

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 44 Jahre alter Bewohner aus Libyen einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

26. Mai 21

Bundesland Sachsen. In einer Sammelabschiebung werden 47 Personen aus Sachsen nach Georgien und Albanien ausgeflogen.

Darunter ist Familie P., die seit sechs Jahren in Meißen lebt. Als die Polizeibeamt:innen den Kindern Tablet, Handy und Sparschwein wegnehmen, schlägt ihr Vater, ein ehemaliger Lehrer, frustriert auf einen Badezimmerespiegel ein. Polizist:innen stürzen sich auf ihn, er verletzt sich und wird in die Abschiebehaftanstalt gebracht.

Seine Frau wird mit den fünf Kindern im Alter von zwei bis 13 Jahren ohne ihn nach Tiflis ausgeflogen. Erst einen Monat später wird Herr P. per Flugzeug abgeschoben.

*FRat Sachsen 1.7.21;
FRat Sachsen 18.3.22*

28. Mai 21

Prenzlau im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Am Marktberg wird ein 30 Jahre alter Flüchtling aus Afghanistan von zwei Männern (20 und 24 Jahre alt) und einer 19-jährigen Frau – rassistisch motiviert – angegriffen und verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/4151;
LT DS Brbg 7/5139;
BT DS 20/119*

28. Mai 21

Hamburg-Nord im Stadtteil Winterhude. Der 36 Jahre alte Omar K., palästinensischer Flüchtling aus dem Libanon, wird nahe seiner Unterkunft Tessenowweg durch Polizeischüsse niedergestreckt. Die Beamt:innen legen dem Schwerstverletzten Handfesseln an, die erst gelockert werden, als eine zufällig vorbeikommende Ärztin Erste-Hilfe-Maßnahmen einleitet. Kurz vor 16.00 Uhr trifft der Rettungswagen der Hamburger Feuerwehr ein und zwanzig Minuten später erliegt Omar K. seinen Verletzungen noch vor Ort.

Omar K. hatte an diesem Nachmittag ohne Beachtung der roten Fußgänger-Ampel die vierspurige Hebebrandstraße überquert. Als ihn deswegen Autofahrer:innen anhupen, machte er Trittbewegungen in deren Richtung. Er hatte ein 16 Zentimeter lange Messerklinge in der Hand und schrie bedrohlich verschiedene Menschen an ("Alahu Akbar"). Ein Bekannter sagte später, K. habe den Einsdruck gemacht, als sei er nicht er selber gewesen.

Die beiden ersten Beamt:innen, die eingetroffen waren, ihn stellten und ihn aufforderten, sich auf den Boden zu legen, setzten aus einigen Metern Entfernung Reizgas gegen ihn ein, was offensichtlich keine Wirkung zeigte. Nach Hinzukommen von weiteren acht Polizeibeamt:innen, wurde ein Halbkreis um ihn gebildet und sie forderten ihn auf, sich zu ergeben. Dann erfolgten von zwei Polizist:innen zwei weitere Reizgas-Angriffe. Ein Beamter einer zufällig in der Nähe agierenden Polizei-Spezialeinheit (LKA 24) gab mit seinem Distanz-Elektropulsgerät (Taser Typ X2) zwei Schüsse auf Omar K. ab.

Dieser bewegte sich daraufhin teils rückwärts in den Baustellenbereich an der Einmündung Winterlindenweg.

Als ein Beamter auf ihn zulief, um ihn körperlich zu Fall zu bringen, sei es, laut Bericht des Innenausschusses, zu einem "sehr engen Kontakt – unter 2 Meter – zwischen K., dem Beamten, der den Tritt habe ausführen wollen, und dem die Waffe haltenden Beamten gekommen."

Dieser 22-jährige Polizist, der die Waffe hielt, gab dann – aus dieser nahen Distanz – sieben Schüsse aus seiner Dienstpistole auf Omar K. ab.

Erst jetzt ging der Gejagte zu Boden, und weil er die Messerklinge noch in der Hand hielt, schoss der Beamte des LKA 24 mit dem Taser-Gerät auf seine Hand. Mehrere Schläge eines anderen Beamten mit Schlagstock auf die Hand bewirkten, dass sich die Hand öffnete und die Messerklinge auf den Boden fiel. Omar K. wurde fixiert und verlor dann das Bewusstsein.

Die gerichtsmmedizinische Untersuchung des Erschossenen ergibt, dass er von fünf Projektilen verletzt wurde: zweimal am rechten Oberarm, am linken Unterarm, im Brustkorb und im

unteren Bauch. Durch den Durchschuss des Herzens und beider Lungenflügel und der Einschüsse am rechten Oberarm ist Omar K. schließlich verblutet.

Die Ergebnisse der polizeilichen Zimmerdurchsuchung des Toten ergeben entsprechend keinerlei Hinweise auf eine religiöse oder politische Motivation für das Agieren des Omar K.

Die neu gegründete Initiative "Gerechtigkeit für Omar" organisiert für den 12. Juni eine Trauer-Kundgebung am Todesort sowie die Niederlegung eines schwarzen Kranzes vor dem Polizeipräsidium. Sie hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, angesichts der Dämonisierung des Opfers durch Polizei und Presse, die Wahrheit zu ermitteln.

Die Initiative ist in Besitz zweier Videos, die während der Hetzjagd auf Herrn K. entstanden sind. Die eigentliche Tat ist aufgrund der weiten Entfernung, der vorbeifahrenden Autos und einer Baustellen-Absperrung nur zu vermuten.

Polizeibeamt:innen schauen auf den Boden hinunter und schreien "Steh auf!", doch der am Boden Befindliche habe kein Deutsch verstanden. Auf dem zweiten Video stehen circa 15 Uniformierte zusammen – halb von der Bauabsperung verdeckt. Dann ist eine Salve von sieben Schüssen zu hören.

Die Initiative "Gerechtigkeit für Omar" fordert die Auflösung des Spezialeinsatzkommandos, die Suspendierung aller beteiligter Einsatzkräfte vom Dienst sowie eine Auseinandersetzung mit Rassismus im Zuge der Ermittlungen.

Wie bei polizeilichem Schusswaffengebrauch üblich, wird das Geschehen im Auftrag der Staatsanwaltschaft durch die Dienststelle Interne Ermittlungen (DIE) untersucht. Ermittelt wird laut Senat "wegen des Anfangsverdachts der Körperverletzung im Amt mit Todesfolge".

Zehn Monate nach den Todesschüssen werden die Ermittlungen eingestellt. Der Polizist habe in Notwehr geschossen und es liege kein strafrechtliches Vergehen vor, so die Oberstaatsanwältin Schmädicke vor dem Innenausschuss der Hamburger Bürgerschaft.

*Polizei Hamburg 29.5.21;
ndr 29.5.21; Bild (youtube) 30.5.21;
HA 31.5.21; taz 1.6.21; taz 8.6.21;
Welt 8.6.21; taz 9.6.21; ND 16.6.21;
Mülayim Hüseyin – Rechtsanwalt;
Initiative "Gerechtigkeit für Omar";
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4732;
Pinneberger Tageblatt 2.4.22;
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6353;
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/7585;
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/8231*

29. Mai 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öru) Sieversstücken 3 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

29. Mai 21

Wismar im Landkreis Nordwestmecklenburg – Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Ein achtjähriger Junge und ein 12 Jahre altes Mädchen, beide Kinder von Geflüchteten, werden von zwei anderen Kindern gekratzt und getreten. Als die Eltern der aggressiven Kinder erscheinen, beginnen auch diese die Betroffenen rassistisch zu beleidigen, schlagen jedem Kind ins Gesicht und schubsen sie. Dann gehen sie weg.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
BT DS 19/32189*

29. Mai 21

Die niedersächsische Landesaufnahmebehörde in Oldenburg wird in der Nacht durch zwei Brandsätze beschädigt. Sowohl ein Wohnhaus mit Geflüchteten als auch ein leerstehendes Gebäude werden angegriffen.

Durch schnelles Eingreifen der Menschen vor Ort kann ein Ausbreiten des Feuers verhindert werden. Die wenigen zu dieser Zeit in der Unterkunft lebenden Bewohner:innen kommen unverletzt davon.

Auf dem Gelände Kloster Blankenburg am Stadtrand von Oldenburg befinden sich eine Dienststelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Verwaltungsräume der Ausländerbehörde, eine Heimanlage für 500 Personen, ein Kinderhaus, Schulräume und eine Krankenstation.

Polizei und Staatsschutz leiten noch in der Nacht großräumige Fahndungsmaßnahmen ein.

Der oder die Täter:innen sind auch Ende des Jahres noch nicht identifiziert.

*Kreiszeitung 8.5.21;
Buten und Binnen 29.5.21;
FRat NieSa 2.6.21;
taz 3.6.21; NWZ 8.6.21;
Kreiszeitung 29.12.21*

30. Mai 21

Prenzlau im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Ein 23 Jahre alter Mann greift – rassistisch motiviert – zwei 18-jährige Syrer und einen 20 Jahre alten Deutschen an und verletzt sie. Dann prahlt er damit, Ausländer geschlagen zu haben.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/4151;
BT DS 20/119*

31. Mai 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (UmA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

Mai 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein Bewohner aus Kamerun einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

Mai 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein Bewohner aus Libyen einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

Mai 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein Bewohner aus Pakistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

Mai 21

Landkreis Greiz in Thüringen. Eine Geflüchtete aus der Russischen Föderation (30–49 Jahre alt) unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Thüringen 7/5541

Mai 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus der Türkei einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

Mai 21

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen begeht eine 28 Jahre alte Frau aus Eritrea einen Suizid nachdem sie auch ihre beiden Töchter – drei und sieben Jahre alt – getötet hat.

LT DS BaWü 17/2101

Mai 21

Sigmaringen in Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 30 Jahre alter Mann aus Georgien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Mai 21

Stadt Ulm in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 30 Jahre alter Mann aus Nigeria einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Mai 21

Landkreis Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Stephansposching unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Mai 21

Abensberg im bayerischen Landkreis Kehlheim. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/21825

Mai 21

Landkreis Landshut im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Ergoldsbach unternimmt eine Person aus Sierra-Leone einen Suizidversuch.

LT DS Bayern 18/21825

Mai 21

Weiden in der Oberpfalz im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizid durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Mai 21

Landkreis Würzburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Ochsenfurt unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/21825

In den Jahren 2015 bis Mai 2021

Jena im Bundesland Thüringen. In dieser Zeit wurden zehn Suizidversuche von Geflüchteten registriert, von denen einer tödlich endete.

Es handelte sich um fünf männliche und fünf weibliche Geflüchtete aus den Ländern Irak, Afghanistan und Kosovo im Alter von 16 bis 50 Jahren.

(Acht Suizidversuche und ein Suizid sind hier bereits dokumentiert)

*LT DS Thüringen 7/3434;
LT DS Thüringen 7/4141*

In den Jahren 2015 bis Mai 2021

Landeshauptstadt Erfurt in Thüringen. In dieser Zeit wurden 16 Geflüchtete registriert, die 25 Suizidversuche unternahmen.

Es handelte sich um zwölf männliche und vier weibliche Geflüchtete aus Somalia, Mazedonien, Eritrea, Afghanistan, der Russischen Föderation und dem Libanon. Darunter befanden sich auch acht unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. (Alle 25 Suizidversuche sind hier bereits dokumentiert)

*LT DS Thüringen 7/3434;
LT DS Thüringen 7/4141*

In den Jahren 2017 bis Mai 2021

Ilm-Kreis im Bundesland Thüringen. In dieser Zeit wurden zehn Geflüchtete registriert, die Suizidversuche unternahmen.

Es handelte sich um vier männliche und sechs weibliche Geflüchtete aus den Ländern Somalia, Iran, Äthiopien, Afghanistan und der Russischen Föderation im Alter von 15 bis 43 Jahren.

(Neun Suizidversuche sind hier bereits dokumentiert)

*LT DS Thüringen 7/3434;
LT DS Thüringen 7/4141*

In den Jahren 2017 bis Mai 2021

Landkreis Nordhausen in Thüringen. In dieser Zeit wurden fünf Suizidversuche bei Geflüchteten registriert.

Es handelte sich um drei männliche und zwei weibliche Geflüchtete aus den Ländern Somalia, Iran, Irak, Libyen, Syrien und Afghanistan im Alter von 20 bis 29 Jahren.

*LT DS Thüringen 7/3434;
LT DS Thüringen 7/4141*

In den Jahren 2017 bis Mai 2021

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen. In dieser Zeit wurden 57 Suizidversuche, Selbstverletzungen oder Suizidandrohungen bei Geflüchteten registriert.

(51 Fälle sind hier bereits dokumentiert)

*LT DS Thüringen 7/3434;
LT DS Thüringen 7/4141*

1. Juni 21

Wurzen – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person. Diese wird getreten.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/7019;
LT DS Sachsen 7/7341;
BT DS 19/32189*

2. Juni 21

Wismar im Landkreis Nordwestmecklenburg – Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Ein 23 Jahre alter Geflüchteter aus Eritrea möchte am Nachmittag einen Freund besuchen, der in einem Mehrfamilienhaus wohnt. Beim Betreten des Gebäudes begegnet er sechs bis sieben Personen im Eingangsbereich. Diese stellen sich ihm in den Weg, blockieren sein Weitergehen und beleidigen ihn rassistisch. Einer aus der Gruppe greift ihn körperlich an und stößt ihn heftig gegen einen Container. Dadurch erleidet der Betroffene Verletzungen an einem Arm.

Wenige Tage nach dem Angriff beleidigen der gleiche Gewalttäter und eine zweite Person den Eritreer erneut rassistisch und schlagen auf ihn ein.

Die Polizei beginnt mit den Ermittlungen. Gegen den Täter wird ein Strafverfahren eingeleitet.

LOBBI

3. Juni 21

Landeshauptstadt Schwerin in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Gruppe junger Geflüchteter wird von zwei Männern rassistisch beleidigt und provoziert. Als diese sich verbal wehren, wirft einer der Angreifer eine Flasche auf einen Jugendlichen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
BT DS 19/32189*

4. Juni 21

Coburg – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann – rassistisch motiviert – drei geflüchtete Personen tätlich an.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/21880;
BT DS 19/32189*

5. Juni 21

Wismar im Landkreis Nordwestmecklenburg – Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Ein 23-jähriger Geflüchteter aus Eritrea, der gerade auf dem Weg zu einem sich in der Nähe befindenden Supermarkt ist, wird von zwei Personen gegen 19.00 Uhr zunächst rassistisch beleidigt. Dann schlagen die beiden auf ihn ein. Alleine das Einmischen einer anwesenden Passantin verhindert weitere Schläge. Diese alarmiert auch die Polizei.

Die beiden Gewalttäter:innen können wenig später von Polizeibeamt:innen am Supermarkt festgesetzt werden. Die Polizei leitet gegen die zwei Tatverdächtigen Strafverfahren ein.

LOBBI

5. Juni 21

Cottbus – Brandenburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/119

5. Juni 21

Oschatz – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person aus Afghanistan.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/7538;
BT DS 19/32189*

5. Juni 21

Halle-Südstadt in Sachsen-Anhalt. Ein 53 Jahre alter Geflüchteter aus Mosambik wird gegen 22.30 Uhr auf einer Wiese von einem Mann rassistisch beleidigt und dann mehrfach geschlagen und dadurch verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*Polizei Halle 6.6.21;
LT DS SaAnh 8/137;
BT DS 19/32189*

6. Juni 21

Rostock – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/32189

6. Juni 21

Blankenfelde-Mahlow – Brandenburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/119

6. Juni 21

JVA Chemnitz im Bundesland Sachsen. Ein 37 Jahre alter Geflüchteter aus Georgien unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

7. Juni 21

Büchen – Schleswig-Holstein. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*BT DS 20/119;
BT DS 20/2008*

7. Juni 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (UmA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

8. Juni 21

Herzberg im brandenburgischen Landkreis Elbe-Elster. Ein 55-jähriger Deutscher beleidigt eine 24 Jahre alte Syrerin und ihr Kleinkind rassistisch und greift diese auch an. Seitdem leidet die Mutter unter Angstzuständen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/4152;
BT DS 20/119*

10. Juni 21

Sächsische Schweiz-Osterzgebirge im Bundesland Sachsen. In einer Gewährswohnung unternimmt ein 33 Jahre alter Bewohner aus Georgien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

10. Juni 21

Pirna im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – Bundesland Sachsen. Morgens um 2.00 Uhr erscheinen circa 20 Polizeibeamt:innen an der Wohnung der Familie I., um die Abschiebung zu vollziehen.

Das Ehepaar I. lebt seit zehn Jahren in Deutschland, mehrere ihrer sieben Kinder sind hier geboren, alle sprechen Deutsch, beide Elternteile sind berufstätig. In diesen dramatischen Momenten der aktuellen Polizeipräsenz und Panik der Kinder erleidet ihr Vater einen Nervenzusammenbruch. Er versucht, aus dem Fenster zu springen, kann davon abgehalten

werden und wird gefesselt. Auf dem Weg zum Flughafen ist er getrennt von seiner Familie und kann sie erst im Flugzeug wiederssehen.

Familie I. ist eine der Familien, die gegen 12.00 Uhr im Rahmen einer Sammelabschiebung über den Flughafen Leipzig-Halle nach Georgien ausgeflogen werden.

*FRat Sachsen 10.6.21;
FRat Sachsen 18.3.22*

10. Juni 21

Lübeck – Schleswig-Holstein. Als eine Geflüchtete ihre Wohnungstür in der Kobaltstraße öffnet, steht ihr eine Frau gegenüber, die sie mit rassistischen Beleidigungen anpöbelt. Dann wird ihr zweimal gegen das Bein getreten, wodurch sie leichte Verletzungen erleidet.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

LT DS SH 19/3530

10. Juni 21

Erlangen – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/32189

11. Juni 21

Lutherstadt Wittenberg in Sachsen-Anhalt. Ein 23 Jahre alter Geflüchteter aus Niger wird gegen 21.30 Uhr auf der Straße von einem Mann tödlich angegriffen und dadurch verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/62;
BT DS 19/32189*

11. Juni 21

Abschiebehafteinrichtung im bayerischen Eichstätt. Ein Sozialarbeiter erhält einen Abschiedsbrief von einer einsitzenden Person aus Nigeria. Er findet dann schnell die Person vor, die sich vergiften will. Durch medizinische Behandlung (Entleeren des Magens) kann Schlimmeres verhindert werden.

BT DS 20/6318

13. Juni 21

Landeshauptstadt Magdeburg. Am Wormser Platz wird ein 31 Jahre alter Geflüchteter aus Mali gegen 0.30 Uhr von zwei Männern, 20 und 30 Jahre alt, nach rassistischen Beleidigungen mit einem Faustschlag verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/749;
LT DS SaAnh 8/776;
BT DS 20/119*

13. Juni 21

Erkelenz im nordrhein-westfälischen Landkreis Heinsberg. Gegen 2.40 Uhr wird die Polizei in die Asylunterkunft Katze-mer Straße gerufen, weil drei oder vier Männer die Eingangstür eingeschlagen und dann zwei Bewohner geschlagen und getreten haben. Auch eine Bewohnerin, die den Streit schlichten wollte, wurde dabei verletzt. Alle drei Personen kommen ins Krankenhaus.

Es stellt sich heraus, dass ein Heimbewohner zuvor bei einer Party ganz in der Nähe war und dann ins Heim zurück-

ging, als sich dort – unter heftigem Alkoholeinfluss – eine Auseinandersetzung entwickelte.

*AaZ 14. 6.21;
RP 15.6.21*

15. Juni 21

Hansestadt Hamburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/119

16. Juni 21

Forst im brandenburgischen Landkreis Spree-Neiße. Ein syrischer Geflüchteter, der mit dem Fahrrad unterwegs ist, wird – nahe seiner Unterkunft – an einer Straßenkreuzung von einem Autofahrer angefahren, so dass er zu Boden geht. Der Fahrer schaut ihn sich an und fährt dann davon, ohne sich um den Verletzten zu kümmern. Dieser kommt mit Knochenbrüchen des Armes ins Krankenhaus – sein Fahrrad ist beschädigt.

Der Täter wird nie ermittelt – die Polizei erkennt auch kein rassistisches Tatmotiv.

OPP

16. Juni 21

Plauen im Vogtlandkreis – Bundesland Sachsen. Ein 38-jähriger syrischer Geflüchteter geht gegen 23.10 Uhr die Bahnhofstraße entlang, als ihm drei Männer und eine Frau mit Hund entgegenkommen. Unvermittelt schlägt einer aus der Gruppe dem Betroffenen eine Bierflasche auf den Kopf. Dieser erleidet eine Platzwunde, die medizinisch versorgt werden muss.

Die Polizei beginnt mit den Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung.

*Polizei Zwickau 17.6.21; BT DS 19/32189;
LT DS Sachsen 7/7019;
LT DS Sachsen 7/8276*

16. Juni 21

Magdeburg in Sachsen-Anhalt. In der Gemeinschaftsunterkunft Münchenhofstraße unternimmt ein 26 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch. Der Mann kommt zu einem diagnostischen Gespräch in die Klinik und kann danach in die Unterkunft zurückkehren.

LT DS SaAnh 8/772

16. Juni 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Sieversstücken 3 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

16. Juni 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Sieversstücken 3 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

16. Juni 21

Nürnberg im Bundesland Bayern. Die Polizei erscheint an der Wohnung der Eheleute Leyla Z. und Navid S. und Frau Z. wird aufgefordert mitzukommen – sie soll jetzt in den Iran abgeschoben werden. Am Flughafen München unternimmt die Frau in ihrer Verzweiflung einen Suizidversuch, wodurch die

Abschiebung abgebrochen wird. Frau Z. bekommt ärztliche Behandlung – vor ihrem Zimmer wachen auch am nächsten Tag noch Polizeibeamt:innen.

Herr S. ist anerkannter Flüchtling und in Deutschland zum Christentum konvertiert. In der Kirchengemeinde hat er auch seine Frau kennengelernt, die ebenfalls den christlichen Glauben annehmen wollte. Sie haben sich ineinander verliebt und im Oktober 2019 im Standesamt Nürnberg geheiratet.

Obwohl Leyla Z. seit Jahren aktiv am Gemeindeleben teilnimmt, wurde ihr Asylantrag abgelehnt. Bei einer Abschiebung drohen ihr aufgrund der Konversion Strafverfolgung und soziale Isolation.

Bereits im Februar hatte ihre Rechtsanwältin einen Antrag auf Aussetzung der Abschiebung (Duldung) gestellt, der von der Ausländerbehörde am 4. Juni formlos abgelehnt worden war. Die Behörde verweigert die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, was das Aufenthaltsgesetz – auch aufgrund des besonderen Schutzes der Ehe – durchaus zulassen würde. Stattdessen fordert sie die Abschiebung denn danach könne Frau Z. mit einem Visum für die Familienzusammenführung wieder einreisen.

Ein solches Visum zu bekommen war schon früher fast unmöglich gewesen und ist in Pandemie-Zeiten gar nicht mehr zu erwarten.

FRat Bayern 17.6.21

18. Juni 21

Goslar – Niedersachsen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/2008

19. Juni 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 26 Jahre alter Bewohner aus Libyen einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

19. Juni 21

Lage im nordrhein-westfälischen Landkreis Lippe. Am frühen Morgen beleidigt ein Mann eine Bewohnerin der Asylunterkunft rassistisch und droht, eine Flasche in der Hand haltend, ein Feuer zu legen. Die Polizei trifft auf fünf Männer mit Fahrrädern, die verhört werden. Es sind zwei 17- und ein 20-jähriger Deutscher und zwei 28 Jahre alte Männer mit italienischer Staatsangehörigkeit. Sie bestreiten eine Beteiligung an dem Szenario und werden – mangels Beweisen – zunächst wieder freigelassen.

Der Staatsschutz nimmt die Ermittlungen an sich.

*Radio Bielefeld 22.6.21;
LT DS NRW 17/16657;
LT DS NRW 17/16658*

20. Juni 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Schmiedekoppel gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

20. Juni 21

Plauen – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person. Diese wird rassistisch beleidigt und mit einer Bierflasche auf den Kopf geschlagen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/7341;
LT DS Sachsen 7/7019;
BT DS 19/32189*

20. Juni 21

Oschatz – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person aus Kamerun.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/7538;
BT DS 19/32189*

20. Juni 21

Mühlhausen – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/119

21. Juni 21

Afghanistan – Provinz Baglan. Im Ort Pol-e Chomri stirbt in der Nacht der 28 Jahre alte Said Almas H. durch den Anschlag mit einer Granate, die auf das Haus geworfen wurde, in dem er schlief. Herr H. war aus Hamburger Abschiebungshaft nach München gebracht und von dort am 9. Februar 21 nach Kabul abgeschoben worden.

Nach seiner Abschiebung fuhr er zu seiner Mutter nach Pol-e Chomri, wo er von Vertretern der Taliban besucht wurde, die ihn anwerben wollten. Er lehnte ab und war aus Angst vor einem Anschlag nicht mehr aus dem Haus gegangen.

Der frühere Student und Schneider war 2015 nach Hamburg gekommen. Im August 2017 entwickelte sich ein Streit um das Öffnen eines Fenster in dem mit 16 Männern belegten Raum seiner Unterkunft. Es kam zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung. Als er von seinem Mitbewohner angegriffen wurde, wehrte er sich mit einer Schere, wodurch er den Gegner lebensgefährlich verletzte. Eine Notwehrsituation wurde vor Gericht nicht anerkannt, sodass er am 28. Februar 18 zu zwei Jahren und zehn Monaten Gefängnishaft verurteilt wurde.

Als er nach seiner Haftentlassung am 1. Februar 21 einen Termin bei der Ausländerbehörde wahrnehmen musste, wurde er dort umgehend und ohne Vorankündigung von vier Polizeibeamt:innen festgenommen. Abends meldete er sich bei einer Freundin und berichtete, dass er noch einem Richter vorgeführt werden solle. Es stellte sich heraus, dass auch in seiner Unterkunft niemand wusste, wo er geblieben war. Die Ausländerbehörde hatte es schlichtweg unterlassen, dort Bescheid zu sagen.

Als feststand, dass er sich in Abschiebehaft am Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel befand, konnten ihm seine Freund:innen seine persönlichen Sachen, Kleidung, Papiere und Geld bringen. Bargeld, das sie ihm mitgeben wollten, wurde auf 50 Euro begrenzt, mehr war nicht erlaubt. Versuche, die Abschiebung mit einem Eilantrag zu verhindern, misslangen.

Auf der 19-seitigen Begründung der Ablehnung durch das Gericht wurden die Risiken, die einem Abgeschobenen nach Afghanistan drohen, minimiert. Für die Möglichkeit, dass Herr H. Opfer einer Gewalttat werden könne, lägen "keine gefährlicheren persönlichen Umstände" vor. Eine "erhebliche konkrete Gefahr für Leib und Leben oder Freiheit" sei nicht ersichtlich.

*taz 6.7.21; ZEIT 26.8.21;
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/5220;
Freund:innen des Betroffenen*

22. Juni 21

Rostock – Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Ein 43 Jahre alter Geflüchteter aus Eritrea sitzt am Abend im Ortsteil Lichtenhagen auf einer Parkbank. Ganz in der Nähe halten sich drei Männer auf und trinken Bier. Gegen 19.00 Uhr geht einer aus der Gruppe auf den Geflüchteten zu, beleidigt ihn rassistisch und tritt ihm gegen das Bein. Zudem fordert er den Mann auf, aus dem Park zu verschwinden. Als der Eritreer einige Zeit später aufbrechen möchte, nähert sich der Rassist erneut und greift ihn mit einer Bierflasche an. Den Schlag Richtung Kopf kann der Betroffene mit dem Arm abwehren. Durch den Angriff erleidet er einen Bruch des rechten Unterarmknochens und kommt stationär zur Behandlung ins Krankenhaus. Am folgenden Tag kann er dieses wieder verlassen.

Der Betroffene gibt eine Strafanzeige bei der Polizei auf.
LOBBI

22. Juni 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 23 Jahre alter Bewohner aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/7017

22. Juni 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Schmiedekoppel gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

22. Juni 21

Düsseldorf in Nordrhein-Westfalen. Um 8.48 Uhr hebt die Maschine mit etwa 60 Geflüchteten ab, die gegen 20.30 Uhr Ortszeit im pakistanischen Islamabad landet.

Unter ihnen befindet sich auch ein Mann, Mitte siebzig, der seine siebzehnjährige Frau zurücklassen musste. Diese ist geistig eingeschränkt und auf gesetzliche Betreuung angewiesen.

Hum Hain Pakistan 23.6.21

23. Juni 21

Sangershausen im Landkreis Mansfeld-Südharz in Sachsen-Anhalt. Eine 14 Jahre alte Geflüchtete aus Afghanistan wird gegen 17.00 Uhr auf dem Gehweg von einer anderen Jugendlichen tätlich angegriffen und dadurch verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh. 8/364;
 BT DS 19/32189*

24. Juni 21

Magdeburg in Sachsen-Anhalt. In der Gemeinschaftsunterkunft Saalestraße tötet sich ein 30 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan selbst.

LT DS SaAnh 8/772

25. Juni 21

Halstenbek – Schleswig-Holstein. Ein Geflüchteter wird auf einem Betriebsgelände in Papenhöhe von dessen Eigentümer rassistisch beschimpft und mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

LT DS SH 19/3530

26. Juni 21

Wismar – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/32189

26. Juni 21

Wustermark im brandenburgischen Landkreis Havelland. Vor einem Freizeitpark wird ein 34 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien von einem Mann rassistisch beleidigt, angegriffen und verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS Brbg 7/4421; BT DS 20/119

26. Juni 21

Hoyerswerda – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person aus Syrien.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

LT DS Sachsen 7/7538; BT DS 20/119

26. Juni 21

Kiefersfelden im bayerischen Landkreis Rosenheim. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt wird eine geflüchtete Person aus Somalia von Bundespolizist:innen festgenommen. Die Person wehrt sich gegen die Maßnahme und schlägt mit dem Kopf gegen die Fahrzeugwand.

Dann wird die Person in eine "nicht erlaubte Fesselungsposition gebracht, die die Atmung erschwerte."

Gegen die Beamt:innen wird wegen dieser "unrechtmäßigen Fesselungsart rechtskräftig Strafbefehl wegen gefährlicher Körperverletzung im Amt" erlassen. Zwei Disziplinarverfahren werden eingeleitet.

BT DS 20/6318

27. Juni 21

Sandersdorf-Brehna im Landkreis Anhalt-Bitterfeld in Sachsen-Anhalt. Ein 28 Jahre alter Geflüchteter aus dem Irak wird gegen 1.50 Uhr im Ortteil Roitzsch in einem Wohnhaus von drei Personen im Alter von 28, 43 und 66 Jahren tätlich angegriffen und verprügelt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf einfache und gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh. 8/137;
 LT DS SaAnh. 8/749;
 BT DS 19/32189*

27. Juni 21

Hagen – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es aus religiöser Motivation zu einem Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete, durch einen 28 Jahre alten Mann aus dem Irak.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NRW 17/16657;
 LT DS NRW 17/16658;
 BT DS 20/119*

27. Juni 21

Mark Indersdorf – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person an, indem er sie mit einem Gegenstand schlägt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/21880;
BT DS 19/32189*

28. Juni 21

Luckenwalde im brandenburgischen Landkreis Teltow-Fläming. Ein 29 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien bekommt auf offener Straße einen Fußtritt in den Rücken. Dann sieht er sich vier Männern gegenüber, die ihn bedrohen und von denen einer ihm in den Bauch schlägt. Als ein Auto vorbei fährt, lassen sie von ihm ab – der Mann, der ihn geschlagen hat, zeigt noch mehrmals den sogenannten Hitlergruß.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

*MDZ 30.6.21;
LT DS Brbg 7/4152;
BT DS 20/119*

29. Juni 21

Abschiebegefängnis Pforzheim – Baden-Württemberg. Zu dieser Zeit befindet sich ein Geflüchteter aus Pakistan in Haft – er soll abgeschoben werden, obwohl er dadurch von seiner Frau und seinem drei Jahre alten Kind getrennt würde.

Die Abschiebung kann verhindert werden.

Hum Hain Pakistan 29.6.21

30. Juni 21

Celle – Niedersachsen. Eine alleinerziehende Romni wird mit ihrer schwer behinderten sechsjährigen Tochter während der örtlichen "Aktionswoche Vielfalt" mit zahlreichen Infoständen zum Thema "Antiziganismus" und trotz eines noch laufenden Asyl-Gerichtsverfahrens sowie eines Härtefallantrages nach Serbien abgeschoben.

Durch die Abschiebung ist das Kind von der erforderlichen Betreuung und Behandlung abgeschnitten, die es in Deutschland bekommen hat. Bei dem Mädchen liegt ein Grad der Behinderung von 90 Prozent vor. Es wurde von zahlreichen Menschen und Institutionen unterstützt. Es wurde zuletzt in einem Förderkindergarten spezifisch unterrichtet und sollte anschließend entweder vom Jugendamt in eine heilpädagogische Einrichtung für Hörgeschädigte kommen oder eine Sprachheilschule besuchen.

Die Mutter befand sich in Deutschland in psychiatrischer Behandlung. Sie selbst war aufgrund massiver Gewalterfahrungen in Serbien geflohen.

Lokale Unterstützer:innen haben einen Spendenaufruf gestartet, um der Familie auch in Serbien zu helfen. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma fordert den Innenminister Niedersachsens, Boris Pistorius, in einem Brief dazu auf, das Mädchen mit seiner Mutter nach Deutschland zurückzuholen.

*FRat NieSa 19.7.21;
taz 20.7.21; taz 21.7.21;
Zentralrat Deutscher Sinti und Roma 19.8.21*

Juni 21

Hansestadt Hamburg. Eine 53 Jahre alte schwerkranke Frau wird mit einem Ambulanzflugzeug (Medical-Charter) nach Montenegro abgeschoben. (siehe auch: 12. Dezember 19)

Sie war im Jahre 1992 nach Deutschland geflüchtet, hatte einen Asylantrag gestellt, der jedoch im September 1995 endgültig abgelehnt worden war. Nach sieben Jahren Duldung, wurde sie mit ihrem Mann gemeinsam abgeschoben.

Nach dem Tod ihres Mannes reiste sie im Jahre 2015 wieder ein und stellte erneut einen Antrag auf Asyl. Als Grund

gab sie gesundheitliche Einschränkungen an, die sie in Deutschland behandeln lassen wollte. Deshalb wurde der Antrag nach vier Monaten als unzulässig abgelehnt. Die letzte Ablehnung des Asylfolgeantrags erfolgte im Oktober 2021.

Medizinische Atteste durch eine Fachärztin belegten, dass die Frau nicht mit einem Linienflug abgeschoben werden könne, wohl aber mit einem Medical-Charter "flugreisetauglich" sei. Nichtsdestotrotz kam sie vor der Abschiebung noch in Abschiebungshaft, wo der untersuchende Aufnahmearzt einer "Haft- und Verwehrrfähigkeit" zustimmte.

Ab ihrer zweiten Einreise bis zur Abschiebung hatte sie in einer Hamburger Flüchtlingsunterkunft (örU) gelebt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/7125

Juni 21

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen. Ein Geflüchteter aus der Türkei (30–49 Jahre alt) droht, sich selbst zu töten.

LT DS Thüringen 7/5541

Juni 21

Bundesland Hessen. Die Polizei holt Familie A. zur Abschiebung ab, woraufhin Frau A. einen Zusammenbruch erleidet. Sie wird in die Notaufnahme gebracht, ihr Mann und die Kinder (6 und 7 Jahre alt) werden via Flugzeug nach Russland abgeschoben und die Familie dadurch getrennt. Familie A. lebt seit sechs Jahren in Hessen.

Fallbeispiele Hessen 8.9.21

Juni 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Tabletteneinnahme.

LT DS Hessen 20/8307

Juni 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt eine Geflüchtete aus dem Iran einen Suizidversuch durch Tabletteneinnahme.

LT DS Hessen 20/8307

Juni 21

Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahmeeinrichtung Karlsruhe für Asylbewerber:innen (Durlacher Allee) unternimmt ein 25 Jahre alter Mann einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Juni 21

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 23 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Juni 21

Reims-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen begeht ein 34 Jahre alter Mann aus Sri Lanka einen Suizid

LT DS BaWü 17/2101

Juni 21

Landkreis Ravensburg in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 30 Jahre alter Mann aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Juni 21

Dachau im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Juni 21

Oberau im bayerischen Landkreis Garmisch-Partenkirchen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/21825

Juni 21

Oberau im bayerischen Landkreis Garmisch-Partenkirchen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/21825

Juni 21

Neumarkt-Sankt Veit im bayerischen Landkreis Mühldorf am Inn. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS Bayern 18/21825

Juni 21

Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/21825

Juni 21

Landkreis Neustadt an der Waldnaab im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Floß unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/21825

Juni 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geldersheim unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Juni 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwerm unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/21825

Juni 21

Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Gambia einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/21825

2. Quartal 21

Im Ausreisegewahrsam am Flughafen Hamburg, droht ein 40 Jahre alter Mann aus Mali, sich zu töten.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/5369

2. Quartal 21

Hansestadt Hamburg. Bei Abschiebungen in den letzten drei Monaten kam es zu einer Familientrennung.

Hamburgische Bürgerschaft 22/5280

2. Quartal 21

Landkreis Hildburghausen in Thüringen. Ein Geflüchteter aus Somalia (30–49 Jahre alt) verletzt sich selbst in zeitlichen Abständen mehrmals mit einem Messer.

LT DS Thüringen 7/5541

1. Halbjahr 21

Innerhalb der letzten sechs Monate musste am Flughafen Stuttgart in Baden-Württemberg eine Abschiebung mit einem Linienflugzeug in Richtung Türkei wegen versuchter Selbstverletzung oder versuchtem Suizid abgebrochen werden.

BT DS 19/32290; BT DS 20/890

2. Juli 21

Chemnitz im Bundesland Sachsen. Ein 41 Jahre alter Mann wird aus der Haft heraus abgeschoben, wodurch er von seinen Kindern – zehn und zwölf Jahre alt – und deren Mutter getrennt wird. Er lebte 13 Jahre lang in der Bundesrepublik.

LT DS Sachsen 7/7893

6. Juli 21

Schleswig – Schleswig-Holstein. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/2008

7. Juli 21

Königs Wusterhausen im brandenburgischen Landkreis Dahme-Spreewald. Ein 35 Jahre alter Geflüchteter aus dem Iran wird von einem Mann rassistisch beleidigt und dann tätlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS Brbg 7/4235; BT DS 20/119

9. Juli 21

Dresden im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 26 Jahre alter Bewohner aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

9. Juli 21

Essen – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete durch einen 43 Jahre alten Mann.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/16657;

LT DS NRW 17/16658;

BT DS 20/119

10. Juli 21

Hildburghausen – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/718

11. Juli 21

Boostedt – Schleswig-Holstein. In der Landesunterkunft für Flüchtlinge (LUK) wird ein Bewohner von einem Sicherheitsmann geschubst.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein. Aufgrund unzureichenden Tatverdachts werden diese später wieder eingestellt.

LT DS SH 19/3531

12. Juli 21

Salzwedel im Altmarkkreis Salzwedel – Sachsen-Anhalt. Auf einem Parkplatz an der Salzwedel Straße wird ein 16 Jahre alter Geflüchteter aus dem Kosovo gegen 20.30 Uhr von einem etwa gleichaltrigen Jugendlichen tätlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/364;
BT DS 20/119*

14. Juli 21

Angermünde im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Am Markt vor einem Restaurant wird eine 40 Jahre alte Geflüchtete aus dem Iran von einer 49-Jährigen rassistisch beleidigt. Dann streift die Provokateurin die Frau mit dem Auto.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/4421;
BT DS 20/119*

15. Juli 21

Halle in Sachsen-Anhalt. Am S-Bahnhof Silberhöhe wird eine 15 Jahre alte Geflüchtete aus Afghanistan gegen 17.30 Uhr von Unbekannten tätlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/364
BT DS 20/718*

15. Juli 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Schmiedekoppel gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

16. Juli 21

Landkreis Göttingen. Gegen 3.00 Uhr nachts bricht die Polizei die Tür der Familie Islami auf. Die Großeltern werden festgenommen, sie bekommen Handschellen und Fußfesseln angelegt und werden zum Flughafen gebracht, von wo sie nach Serbien ausgeflogen werden.

Das Roma-Ehepaar lebte seit 30 Jahren im Landkreis Göttingen und hat hier sechs Kinder aufgezogen. Bis auf den ältesten Sohn sind alle ihre Kinder hier geboren. Die meisten von ihnen lebten mit den Eltern unter einem Dach. So haben sie und ihre Kinder die Abschiebung direkt miterlebt. Vor allem die Enkelkinder stehen unter Schock und wollen ihre Großeltern zurück.

Geflohen war das Paar aus dem Kosovo. Eine ihrer erwachsenen Töchter ist geistig schwerehindert und wurde von ihnen gepflegt. Daher hatten die Eltern eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen. Als ihnen ihre Tochter 2020 entzogen und in einer Einrichtung untergebracht wurde, nutzten die Behörden die Situation aus, um das Paar abzuschicken.

Das Ehepaar wird nach Serbien abgeschoben, obwohl sie dort nicht herkommen. Insbesondere Herr Islami ist chronisch krank – körperlich und psychisch. Frau Islami ist die Schwes-

ter von Gani Rama, der nach seiner Abschiebung im Mai 2017 von einem kosovo-albanischen Nationalisten am helllichten Tag in Prishtina ermordet wurde.

Der Täter ist nach Erkenntnissen des Roma Centers nach sechs Monaten aus dem Gefängnis entlassen worden, also längst wieder auf freiem Fuß.

Gani Rama war immer überzeugt, im Falle seiner Abschiebung umgebracht zu werden. Wahrscheinlich hat der Landkreis seine Schwester und ihren Mann deswegen nicht in den Kosovo, sondern nach Serbien abgeschoben. Aber sie waren dort nie, kennen dort niemanden haben dort keinerlei soziale Anbindung.

Das Roma Center/ RAN fordert seit Jahren einen sofortigen Abschiebestopp und Bleiberecht für Roma in Deutschland. Dies wurde vom Bundestag explizit abgelehnt und die historische Verantwortung Deutschlands für die Verbrechen gegen die europäischen Roma damit ignoriert.

(siehe hierzu: auch 12. April 2011 und 20. Juli 2019)

FRat NieSa 16.07.21

17. Juli 21

Wismar – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/718

17. Juli 21

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Ein 38 Jahre alter Geflüchteter wird in der Sandower Straße von einem 47-jährigen Rassisten beleidigt und körperlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/4235;
BT DS 20/119*

17. Juli 21

Eberswalde – Brandenburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/119

17. Juli 21

Aue im Erzgebirgskreis – Bundesland Sachsen. Ein 20-jähriger Geflüchteter aus Somalia steigt gegen 20.20 Uhr im Ortsteil Bad Schlema an der Haltestelle Auer Straße in einen Bus ein. Dort beleidigen ihn acht Männer im Alter zwischen 38 und 49 Jahren zunächst rassistisch. Dann stoßen zwei der Provokateure den Betroffenen zu Boden und schlagen auf ihn ein. Dieser erleidet leichte Verletzungen. Ein nicht im Dienst befindlicher Polizeibeamter in Zivil kommt dem Angegriffenen nicht zur Hilfe. Der Busfahrer alarmiert schließlich die Polizei.

Diese setzt die acht Täter im Bus fest, nimmt deren Personalien auf und spricht Platzverweise aus. Der polizeiliche Staatsschutz beginnt mit den Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung und prüft rassistische Motive für die Tat.

*Polizei Chemnitz 18.7.21;
Tag 24 18.7.21; SZ 22.7.21;
BT DS 20/119;
LT DS Sachsen 7/7894*

18. Juli 21

Erfurt – Thüringen. Ein 33-jähriger Ägypter wird gegen 4.15 Uhr in einer Straßenbahn auf Höhe der Haltestelle Riethstraße von zwei Unbekannten am Aussteigen gehindert und anschließend angegriffen. Als die Täter dem Mann ins Gesicht schlagen, fällt er aus der Straßenbahn, woraufhin noch zwei weitere Täter hinzukommen und auf den Betroffenen einschlagen. Die Täter können fliehen. Eine politische Motivation der Täter wird geprüft.

*Polizei Erfurt 19.7.21;
mdr 20.7.21*

18. Juli 21

Goslar – Niedersachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person gegen 18.00 Uhr tätlich angegriffen

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS NieSa 18/10682;
BT DS 20/119*

19. Juli 21

Erfurt – Thüringen. Eine Frau aus Mexiko und ein Mann aus Syrien werden am Abend von einem 40-jährigen Mann in der Magdeburger Allee zunächst rassistisch beleidigt und mit einer Glasflasche bedroht. Polizeibeamt:innen schreiten ein, so dass es nicht zu einem Angriff kommen kann. Noch in der selben Nacht greift der Täter einen Mann aus der Mongolei an und schlägt ihm ins Gesicht, nachdem er ihn rassistisch beleidigt.

Der Täter wird noch in dieser Nacht von der Polizei in Gewahrsam genommen. Die Ermittlungen werden daraufhin an die Kriminalpolizei Erfurt abgegeben.

*Polizei Erfurt 20.7.21;
TLZ 21.7.21; Zeit 20.7.21;
BT DS 20/119*

19. Juli 21

Neumünster – Schleswig-Holstein. In der Landesunterkunft für Flüchtlinge (LUK) geraten Bewohner:innen in eine körperliche Auseinandersetzung mit den Mitarbeiter:innen des Sicherheitsdienstes. Dabei werden sie auch geschlagen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

LT DS SH 19/3531

20. Juli 21

Halle in Sachsen-Anhalt. In der Gemeinschaftsunterkunft Wolfgang-Borchert-Straße unternimmt ein 21 Jahre alter Bewohner einen Suizidversuch. Der Mann wird danach bis Anfang November im Psychosozialen Zentrum Halle therapiert.

LT DS SaAnh 8/772

20. Juli 21

Am Flughafen in Hamburg findet am frühen Morgen eine Sammelabschiebung nach Armenien statt. Unter den Betroffenen sind Kinder, kranke Personen und Menschen mit Behinderung.

Durch die Abschiebung kommt es zur Trennung von Familien, u.a. wird eine Frau ohne ihren Sohn und ihren Mann, der im Krankenhaus liegt, abgeschoben.

An Bord des Flugzeugs schneidet sich ein Mann mit einem spitzen Gegenstand den Arm auf. Die Bundespolizei fesselt ihn daraufhin an Händen und Füßen, um die Abschiebung durchführen zu können.

Abschiebungsbeobachtung HH 2021

21. Juli 21

Waging am See – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person an, indem er sie mit einem Gegenstand bewusstlos schlägt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/21880;
BT DS 20/119*

22. Juli 21

Prenzlau im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Gegen 21.00 Uhr werden zwei Asylbewerber aus Kenia im Bereich Badestraße/Neustädter Damm ganz in der Nähe des Uckersees von vier Männern angegriffen. Ein 27 Jahre alter Geflüchteter erhält einen Faustschlag auf den Kopf und sein 26-jähriger Begleiter wird von einem Angreifer mit einem Messer an seiner Hand verletzt. Beiden gelingt die Flucht, sodass sie die Polizei rufen können. Beide Betroffenen kommen ins Krankenhaus.

Da die Fahndung nach den Tätern, die auch einen Hund dabei hatten, nach eine Woche später noch erfolglos ist, sucht die Polizei nach Zeug:innen und der Staatsschutz Direktion Ost übernimmt die Ermittlungen.

Später wird Anklage gegen einen oder mehrere Täter beim Jugendgericht erhoben.

*rbb24 23.7.21; Uckermark Kurier 23.7.21;
Polizei Brandenburg 26.6.21;
LT DS Brbg 7/5139; LT DS Brbg 7/5630;
gegenrede*

22. Juli 21

Cottbus im Bundesland Brandenburg. In der Puschkinpromenade wird ein 18 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien von mehreren Angreifern – rassistisch motiviert – mit Eiern beworfen.

Das polizeiliche Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung wurde später eingestellt.

*LT DS Brbg 7/4235;
LT DS Brbg 7/4566;
BT DS 20/119*

22. Juli 21

Tharandt im sächsischen Landkreis Sächsische Schweiz-Ost-erzgebirge. Aus der Erstaufnahme-Einrichtung Grillenburg, in der gefährdete Personen untergebracht sind, werden kurz nach Mitternacht zwei Frauen abgeholt und über Karlsruhe nach Albanien abgeschoben. Ihnen war vorher ausschließlich mitgeteilt worden, dass sie nach Leipzig umverteilt würden.

Beide waren durch Flucht – auch vor den eigenen Familien – einer Zwangsheirat entkommen und hatten in Deutschland um Schutz und Asyl gebeten.

Eine von ihnen war schon in Albanien erheblich bedroht worden: Demnach wurden ihr Misshandlung und Gefangenschaft angedroht, wenn sie nicht nachgeben würde.

Nach ihrer Flucht in die Bundesrepublik haben sich diese Bedrohungen zu konkreten Morddrohungen im Falle ihrer Rückkehr verstärkt, was ihren Rechtsanwalt veranlasste, erneut einen Asylantrag zu stellen.

Sie wurde trotz erhobener Klage gegen den ablehnenden Bescheid und einem gestellten Eilrechtsschutzantrag abgeschoben.

Kurz vorher hatte der zuständige Beamte des BAMF dem Anwalt gegenüber noch geäußert, dass ihm eine geplante Abschiebung nicht bekannt sei.

Nach der Abschiebung muss sich die Frau, sie ist Anfang 20, versteckt halten, um ihre Gesundheit und ihr Leben zu

schützen. Sie äußerte ihrem Anwalt gegenüber, dass sie sich gerne und voller Energie in eine Gesellschaft integrieren würde, in der sie ihre Rechte wahrnehmen kann.

*FRat Sachsen 13.8.21;
Franz Schinkel - Rechtsanwalt*

22. Juli 21

Lübeck im Bundesland Schleswig-Holstein. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt wird eine geflüchtete Person aus dem Irak von Bundespolizist:innen kontrolliert, durchsucht und zu Boden gebracht und erleidet dabei eine Platzwunde am Kopf.

BT DS 20/6318

23. Juli 21

Coswig im Landkreis Meißen – Bundesland Sachsen. Ein 67 Jahre alter Deutscher, der mit Hund auf der Hauptstraße unterwegs ist, beleidigt gegen 16.05 Uhr einen 21-jährigen Geflüchteten aus Guinea rassistisch, als dieser mit dem Fahrrad an ihm vorbeifährt. Zudem bedroht er ihn mit einer sogenannten "Pfefferpistole".

Die alarmierte Polizei setzt den Täter fest und beginnt mit den Ermittlungen wegen Beleidigung und Bedrohung.

*Polizei Dresden 25.7.21;
mdr 25.7.21; Zeit 25.7.21;
BT DS 20/718;
LT DS Sachsen 7/7894*

24. Juli 21

Bonn in Nordrhein-Westfalen. Als Polizeibeamt:innen morgens um 4.00 Uhr in der Riesstraße eine Vier-Personen-Gruppe kontrollieren wollen, rennt ein junger Mann davon. Er klettert über ein Tor zu einem Innenhof eines Reihenhauses und versucht dann über eine Mülltonne auf ein Dach zu kommen. Der verfolgende Polizist versucht ihn mit Pfefferspray aufzuhalten und klettert ebenfalls auf die Mülltonne. Dann fallen beide in einen offenen Müllcontainer. Der Verdächtige, ein 21-jähriger Geflüchteter aus Marokko und ohne gültigen Aufenthalt, wird festgenommen und zur Wache Bornheimer Straße gebracht.

Bei seiner Durchsuchung finden die Beamt:innen Cannabis, eine Feinwaage und einen Grinder (kleine Kräutermühle). Während der Vernehmung geht es dem Festgenommenen zunehmend schlechter, er kann sich kaum auf dem Stuhl halten – die Beamt:innen halten dies jedoch zunächst für "Schauspielerei".

Schließlich wird ein Notarzt gerufen, der ihn mit dem Rettungswagen in eine Klinik bringt. Dort werden schwere innere Kopfverletzungen diagnostiziert, der Verletzte muss intensivmedizinisch behandelt werden und fällt dann ins Koma.

Da der Mann in direktem Zusammenhang mit der polizeilichen Festnahme verletzt wurde, werden die Ermittlungen zur "fahrlässigen Körperverletzung im Amt" aus sogenannten Neutralitätsgründen von der Kölner Polizei übernommen.

An 6. Januar 22 – fünfeinhalb Monate nach dem Geschehen – erliegt der Mann seinen schweren Verletzungen, ohne je wieder aufgewacht zu sein.

Der Onkel des Gestorbenen erhebt deutliche Vorwürfe gegen die Beamt:innen. Er zitiert eine Anwohnerin, die berichtet, dass sein Neffe kurz nach dem Sturz liegend gesagt hatte: "Mein Kopf, mein Kopf. Berühren Sie meinen Kopf nicht."

*Bonner General-Anzeiger 26.7.21;
Rhein24 27.7.21;
Bonner General-Anzeiger 10.12.22;
Bonner General-Anzeiger 7.1.22;
Rhein24 7.1.22*

24. Juli 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 28 Jahre alter Bewohner aus Tunesien einen Suizidversuch, den er am 6. August wiederholt.

LT DS Sachsen 7/8699

24. Juli 21

Landeshauptstadt Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Im Ortsteil Schilfbeite wird ein achtjähriger Junge aus Syrien gegen 20.00 Uhr von einer 31-jährigen Frau beschimpft und geschlagen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung - Anklage wird erhoben.

*LT DS SaAnh 8/137;
LT DS SaAnh 8/749;
BT DS 20/119*

24. Juli 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Sieversstücken 3 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

25. Juli 21

Moers – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete durch einen 63 Jahre alten Mann.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS NRW 17/16657;
LT DS NRW 17/16658;
BT DS 20/119*

27. Juli 21

Letschin – Brandenburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/119

28. Juli 21

Großräschen im brandenburgischen Landkreis Obersprees-Lausitz. Zwei Geflüchtete aus der Russischen Föderation, 15 und 16 Jahre alt, werden von einer 26-jährigen Frau und einem 33-jährigen Mann – rassistisch motiviert – beleidigt und körperlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/5139;
BT DS 20/718*

29. Juli 21

Freudenstadt in Baden-Württemberg. Gegen 1.00 Uhr morgens dringen zwei Männer in die Flüchtlingsunterkunft, beschädigen eine freistehende Trennscheibe und schlagen auf zwei Personen des Sicherheitsdienstes ein. Da sie mit einem Auto gekommen sind, kann das Kennzeichen notiert werden, so dass der 41-jährige Fahrer zeitnah gefunden wird. Er ist deutlich alkoholisiert, die Fahrerlaubnis wird ihm abgenommen und ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Trunkenheit im Verkehr wird eingeleitet. Sein 30-jähriger Mittäter kann erst am nächsten Tag festgestellt werden. Auch gegen ihn wird wegen des Verdachts auf Körperverletzung und Sachbeschädigung ermittelt.

*Polizei Pforzheim 30.7.21;
Neckar-Chronik 31.7.21;
BT DS 20/119*

30. Juli 21

Wittenberge im brandenburgischen Landkreis Prignitz. Drei Jugendliche im Alter von 13, 15 und 17 Jahren werden von einem 44-jährigen Mann rassistisch beleidigt und dann mit Steinen beworfen. Zwei der Angegriffenen sind Geflüchtete aus der Russischen Föderation der dritte ist Deutscher.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/4235;
BT DS 20/119*

31. Juli 21

Apolda – Thüringen. Ein Mann, der mit seiner Freundin und ihrer 5-jährigen Tochter in der Apolder Innenstadt unterwegs ist, wird von fünf Männern rassistisch beschimpft und mit einer Glasflasche bedroht.

ezra 31.7.21

31. Juli 21

Altenburg – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/119

Juli 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 29 Jahre alter Bewohner aus Kamerun einen Suizidversuch. Am nächsten Tag verletzt er sich erneut.

LT DS Sachsen 7/8699

Juli 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 28 Jahre alter Bewohner aus Libyen einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

Juli 21

Landkreis Zwickau im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 19 Jahre alter Bewohner aus Guinea einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

Juli 21

Saale-Orla-Kreis in Thüringen. Ein Geflüchteter aus dem Iran (30–49 Jahre alt) stürzt sich aus dem Fenster.

LT DS Thüringen 7/5542

Juli 21

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen. Ein Geflüchteter aus Serbien (18–29 Jahre alt) unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Thüringen 7/5542

Juli 21

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen. Ein Geflüchteter aus Serbien (18–29 Jahre alt) unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Thüringen 7/5542

Juli 21

Unstrut-Hainich-Kreis in Thüringen. Ein Geflüchteter aus Marokko (18–29 Jahre alt) verletzt sich selbst.

LT DS Thüringen 7/5542

Juli 21

Unstrut-Hainich-Kreis in Thüringen. Ein Geflüchteter aus Libyen (30–49 Jahre alt) verletzt sich selbst.

LT DS Thüringen 7/5542

Juli 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus Syrien einen Suizidversuch durch einen Sprung aus dem Fenster.

LT DS Hessen 20/8307

Juli 21

Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahmeeinrichtung Karlsruhe für Asylbewerber:innen (Durlacher Allee) unternimmt ein 20 Jahre alter Mann aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Juli 21

Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahmeeinrichtung Karlsruhe für Asylbewerber:innen (Christian-Griesbach-Haus) unternimmt eine 25 Jahre alte Frau aus Albanien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Juli 21

Baden-Württemberg. Im Ankunftszentrum Heidelberg für Asylbewerber:innen unternimmt ein Mann aus Marokko einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Juli 21

Landkreis Esslingen in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 26 Jahre alte Frau aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Juli 21

Landkreis Ravensburg in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen begeht ein 24 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizid.

LT DS BaWü 17/2101

Juli 21

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft tötet sich eine Person aus der Republik Kongo durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/21825

Juli 21

Landkreis München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Garching bei München unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Juli 21

Bad Aibling im bayerischen Landkreis Rosenheim. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Nigeria einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/21825

Juli 21

Landshut im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Sierra-Leone einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Juli 21

Passau im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Juli 21

Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Juli 21

Coburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Juli 21

Landkreis Ostallgäu im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Buchloe unternimmt eine Person aus Gambia einen Suizidversuch.

LT DS Bayern 18/21825

Juli 21

Landkreis Donau-Ries im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Oettingen unternimmt eine Person aus der Türkei einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

1. August 21

Lugau im Erzgebirgskreis – Bundesland Sachsen. Zwei Geflüchtete aus Tunesien im Alter von 30 und 33 Jahren warten gegen 16.35 Uhr auf ihren Bus an einer Haltestelle in der Poststraße. Ein Mann kommt aus einem in der Nähe parkenden Auto auf die beiden zu und beleidigt sie rassistisch. Unvermittelt schlägt der Rassist dem 30-Jährigen mit der flachen Hand auf den Kopf.

Die alarmierte Polizei kann den Täter im Rahmen einer Nahbereichsfahndung nicht festsetzen. Sie beginnt mit den Ermittlungen wegen Körperverletzung und Beleidigung.

*Polizei Chemnitz 2.8.21;
FP 2.8.21;
BT DS 20/119;
LT DS Sachsen 7/7894;
LT DS Sachsen 7/7538*

1. August 21

München – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greifen drei Männer fünf geflüchtete Personen an, indem sie sie mit einem Fahrrad attackieren.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/21880;
BT DS 20/119*

2. August 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Stapelfelder Straße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

3. August 21

Flughafen Berlin Brandenburg – BER. Im Flughafen-Asylgefängnis unternimmt die Kurdin Frau C. einen Suizidversuch. Dies geschieht als Reaktion auf die Entscheidung des Potsdamer Verwaltungsgerichts, ihr und ihrer Familie im unter Haftbedingungen durchgeführten Flughafenasylverfahren kein Asyl zu gewähren.

Frau C. kommt ins Krankenhaus Neukölln und wird – entgegen den Empfehlungen der behandelnden Ärzt:innen – in das Flughafen-Asylgefängnis zurückgebracht. Man hatte ihr gedroht, andernfalls ihre ebenfalls inhaftierte Familie ohne sie abzuschicken. Kurz darauf muss sie notfallmäßig erneut in eine psychiatrische Klinik aufgenommen werden. Erneut wird ihr gedroht, ihre Familie ohne sie abzuschicken, weshalb sie zurückkehrte.

Frau C. war im Juli mit ihrem Mann und ihren Kindern aus der Türkei geflüchtet. Sie hatte für die HDP (linke, mehrheitlich kurdische Partei) gearbeitet, wurde observiert und war Anfang 2021 mit einer ihrer Töchter nur knapp einem bewaffneten Angriff auf das Parteibüro entgangen. Ihr Mann ist durch Folter in türkischer Haft schwer traumatisiert worden.

Mit den 16- und 17-jährigen Töchtern und dem 6 Jahre alten Sohn erreichte die Familie am 16. Juli 21 den Flughafen BER und beantragte Asyl.

Die Asylbefragung der Familie dauerte neun Stunden – Pausen gab es nicht – und wurde ohne Rücksicht auf die schweren Traumatisierungen der Betroffenen und ohne speziell auf Traumatisierte geschulte Anhörer:innen durchgezogen. Atteste fanden keine Beachtung, die Bitte um Kontakt zu einer Rechtsanwält:in wurde zunächst abgelehnt.

Nach vier Tagen wurde der Asylantrag vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgelehnt. Erst jetzt durfte die Familie eine Rechtsanwältin kontaktieren, die einen Eilantrag auf aufschiebende Wirkung der Asylklage einreichte. Ohne Anhörung der Betroffenen hatte das Potsdamer Verwaltungsgericht auch diesen abgelehnt. (siehe oben)

Die Bundespolizei plant nun für den 13. August frühmorgens die Rückschiebung der Familie C. nach Odessa (Ukraine) in Begleitung von neun Polizeibeamt:innen sowie unter ärztlicher Beobachtung, da die Familie über Odessa nach Berlin gekommen war.

Dies soll geschehen, obwohl eine von der Bundespolizei beauftragte Vertragsärztin beide Eheleute für reise- und flugunfähig erklärt hat. Da das Verwaltungsgericht Potsdam aufgrund eines weiteren Eilantrags der Anwältin die Zusicherung einer psychiatrischen Versorgung in der Ukraine fordert, wird die Rückschiebung abgesagt.

Bei einem Haftprüfungstermin am Abend des 13. Augusts wird die Inhaftierung erstmals richterlich überprüft. Das Amtsgericht Königs Wusterhausen verfügt die Freilassung der Familie. Sie wird in die Asylaufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt gebracht.

Durch die vierwöchige Gefangenschaft am BER mit der schrecklichen Aussicht, in der Türkei ihren Verfolgern ausgeliefert zu werden, haben nicht nur die ohnehin kranken Eltern gelitten, auch die Kinder wurden schwer traumatisiert.

*FRat Berlin, FRat Bbg, Xenion 10.8.21;
FRat Berlin 20.4.22*

4. August 21

Gera – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/718

4. August 21

Salzwedel im Altmarkkreis – Sachsen-Anhalt. In der Gemeinschaftsunterkunft Fuchsberg unternimmt ein 38 Jahre alter Bewohner aus Gambia einen Suizidversuch. Er wird aufgrund medizinischer Notwendigkeiten von einem Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht und kommt anschließend ins Fachklinikum für Psychiatrie Uchtspringe – zunächst in eine geschlossene Abteilung.

LT DS SaAnh 8/772

4. August 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Sieversstücken 3 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

4. August 21

Hansestadt Hamburg. Im Stadtteil Wandsbek wird eine geflüchtete Person zunächst rassistisch beleidigt und dann ins Gesicht geschlagen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*Hamburgische Bürgerschaft DS 20/119;
BT DS 20/119*

4. August 21

Goch im nordrhein-westfälischen Landkreis Kleve. Gegen 2.00 Uhr werden Feuerwehr und Polizei gerufen, weil Sperrmüll im Keller der Kommunalen Unterbringungseinrichtung für Geflüchtete Klever Straße brennt. Über eine Flurverbindung zieht der Qualm auch ins benachbarte Flüchtlingsheim am Nordring. 17 Personen, die sich in der Unterkunft aufhielten, können das Haus noch vor dem Eintreffen der Feuerwehr unbeschadet verlassen.

Nachdem der Brand auch die Strom- und Wasserversorgung zerstört hat, werden die insgesamt 25 dort gemeldeten Geflüchteten anderweitig untergebracht.

Im Rahmen der Ermittlungen werden auch Zusammenhänge mit einem vorigen Brand im Hause, der am 5. Mai 21 stattfand, gesucht. (siehe dort)

Polizei Krefeld 4.8.21

5. August 21

Bernburg im Landkreis Harz – Sachsen-Anhalt. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung unternimmt eine 23 Jahre alte Bewohnerin aus Syrien einen Suizidversuch. Die Frau kommt mit einer Notarzt-Einweisung ins Krankenhaus Bernburg und wird danach noch fünf mal mit Selbstverletzungen eingeliefert (zuletzt am 28. September 21).

Bis Anfang Oktober wird sie vom psychologischen Dienst intensiv betreut. Dann kommt sie in eine andere Unterkunft.

LT DS SaAnh 8/772

5. August 21

Hansestadt Hamburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/119

6. August 21

Dresden im Bundesland Sachsen. In der Justizvollzugsanstalt nimmt sich ein 51 Jahre alter Geflüchteter aus der Russischen Föderation das Leben.

LT DS Sachsen 7/8699

7. August 21

Schwerin – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/718

8. August 21

Hansestadt Hamburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/119

9. August 21

Hoyerswerda – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person aus Afghanistan. Diese wird in einem Laden geschlagen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/8275;
BT DS 20/119*

11. August 21

Halle – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/119

13. August 21

Lemgo – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete durch einen 21 Jahre alten Mann, wodurch eine Person verletzt wird.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NRW 17/16657;
LT DS NRW 17/16658;
BT DS 20/119*

13. August 21

Gelsenkirchen – Nordrhein-Westfalen. Eine 20-jährige, schwer geistig beeinträchtigte Romni wird in ihren Sommerferien mit ihren jeweils 53 Jahre alten, kranken Eltern in den Kosovo abgeschoben. Das Ehepaar lebt seit 22 Jahren in Deutschland, ein Verfahren zur Überprüfung der Abschiebung der Eltern ist noch anhängig.

Die junge Romni ist in Deutschland geboren und hatte über 14 Jahre hinweg die Schule besucht. Vor ein paar Wochen – im Juni – hatte sie den Förderschulabschluss erreicht und die Aufnahme in eine Werkstätteneinrichtung für beeinträchtigte Menschen war ebenso wie die Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung in Vorbereitung.

Ihr Vater war 1999 im Kosovo Opfer eines schweren Angriffs geworden und er befand sich seit Jahren in psychiatrischer Behandlung. Die Mutter der jungen Frau ist ebenfalls psychisch krank und physisch erschöpft.

Die Familie lebt nach der Abschiebung in Peja im Kosovo in einer Unterkunft ohne Heizung. Finanziell sind sie komplett von ihren erwachsenen Kindern bzw. Geschwistern abhängig, die in Deutschland Bleiberecht haben.

*RAN 21.10.21;
WAZ 29.10.21; Ruhr24 2.11.21:
Abschiebungsreporting NRW 11/2021*

14. August 21

Wermisdorf – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person aus Gambia, indem ein Gegenstand auf diese geworfen wird.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/8054;
LT DS Sachsen 7/7894;
BT DS 20/119*

14. August 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Albert-Einstein-Ring gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

14. August 21

Neustadt – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/119

15. August 21

Gelsenkirchen – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS NRW 17/16657;
LT DS NRW 17/16658;
BT DS 20/119*

15. August 21

Goch im nordrhein-westfälischen Landkreis Kleve. Gegen 0.30 Uhr werden Feuerwehr und Polizei gerufen, weil es im Keller der Kommunalen Unterbringungseinrichtung für Geflüchtete auf dem Nordring brennt. Durch eine Verbindung im Keller zog der Qualm auch in ein Nachbargebäude am Nordring, das ebenfalls eine Unterkunft für Geflüchtete ist. Zehn Personen rettet die Freiwillige Feuerwehr mit Steck- und Drehleitern aus den oberen Stockwerken. Ein Mann verletzt sich beim Sprung aus dem Fenster und kommt ins Krankenhaus, ein weiterer Verletzter bleibt zur Beobachtung im Krankenhaus.

Vorsorglich werden alle dort Wohnenden anderweitig untergebracht.

Polizeilicher Staatsschutz sucht nach Zusammenhängen mit den Bränden am 5. Mai 21 und 4. August 21, die auch in diesen Unterkünften stattfanden.

Am 24. August werden zwei Tatverdächtige ermittelt und eine politische Motivation zugleich ausgeschlossen, da die Täter strafunmündig seien.

*Polizei Krefeld 15.8.21;
Polizei Kleve 24.8.21;
RP 25.8.21*

16. August 21

Magdeburg in Sachsen-Anhalt. In der Gemeinschaftsunterkunft Münchenhofstraße unternimmt ein 51 Jahre alter Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch. Der Mann wird die nächsten zwei Monate sozialpädagogisch in drei Beratungsgesprächen begleitet.

LT DS SaAnh 8/772

17. August 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Stapelfelder Straße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

18. August 21

Güstrow – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/718

18. August 21

Löcknitz im Landkreis Vorpommern-Greifswald – Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt werden in einem Kleintransporter zwei verletzte Personen aus dem Irak aufgegriffen. Ein Kind, das eine Knochenabsplitterung erlitten hat und eine Frau, die ihr ungeborenes Kind verlor, kommen zur medizinischen Behandlung in ein Krankenhaus.

BT DS 20/6318

18. August 21

Steinhöfel – Brandenburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/119

19. August 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Auf dem Sülzbrack gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

19. August 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) August-Kirch-Straße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

19. August 21

Grefrath im nordrhein-westfälischen Landkreis Viersen. Im Ortsteil Oedt wird gegen 1.30 Uhr ein rauchender Gegenstand

durch ein geöffnetes Fenster der Asylunterkunft geworfen. Ein Brand entsteht nicht, nur ein geringer Sachschaden – niemand wird verletzt.

Der Staatsschutz der Polizei Mönchengladbach übernimmt die Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*Polizei Viersen 20.8.21;
Rheinischer Spiegel 20.8.21;
LT DS NRW 17/16658;
BT DS 20/119*

20. August 21

Dinslaken – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete durch einen 41 Jahre alten Mann.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS NRW 17/16657;
LT DS NRW 17/16658;
BT DS 20/119*

23. August 21

Manderscheid im Landkreis Bernkastel-Wittlich in Rheinland-Pfalz. Um 6.10 Uhr stürmen zehn Bundespolizist:innen die Wohnung der Familie N., nachdem die Tür gewaltsam aufgebrochen worden war. Die gesamte Familie wird im Schlaf überrascht. In Begleitung der Polizei erscheinen zwei Mitarbeiter:innen der Ausländerbehörde Wittlich und ein Ärzteteam. Die Eltern, Seyed N. und Anum N., werden sofort von ihren beiden Söhnen Ramz (12) und Mursal (9) und der dreijährigen Ruha getrennt. Die Kinder sind erschrocken, voller Angst und weinen. Wiederholte Bitten der Mutter werden ignoriert – erst als die kleine Ruha hyperventiliert, darf die Mutter sie beruhigen.

Herrn N., der an Harnproblemen leidet, wird der Gang zur Toilette verweigert. Erst als er rasende Krampf-Schmerzen bekommt, wird dem 40-Jährigen der Toilettengang erlaubt.

Die Küche darf nicht betreten werden, sodass nicht einmal die Kinder etwas zu Trinken bekommen können.

Jeder Toilettengang muss erbettelt werden, trotzdem wird es ihnen nicht erlaubt, sich Mund oder Gesicht zu waschen – allein Frau N. darf sich umziehen. Herr N. muss sich komplett ausziehen und sich einer Leibesvisitation unterziehen.

Die Kinder weinen ständig, die Eltern werden immer wieder angeherrscht, sie zur Ruhe zu bringen.

Während der 10-stündigen Fahrt nach Berlin bekommen sie trockene Kekse – die Kinder erbrechen sich mehrmals.

Vor dem Abflug nach Pakistan wird den Eltern ein Handgeld von 350 Euro gegeben, von dem sie nach der Ankunft in Islamabad 200 Euro allein für die Weiterfahrt nach Karachi zahlen müssen.

In Karachi herrschen Temperaturen um 45 Grad Celsius. Einer der Söhne leidet an akuten Kreislauf-Problemen, muss mehrmals in ärztliche Behandlung und kommt letztlich mit einem Kreislauf-Kollaps ins Krankenhaus.

*Hum Hain Pakistan 24.8.21;
Bericht der Betroffenen*

24. August 21

Flughafen München im Bundesland Bayern. Sammelabschiebung nach Lagos, Nigeria. Eine schwangere Frau, die aus Deutschland abgeschoben werden soll, bricht beim Einsteigen in das Flugzeug zusammen und benötigt ärztliche Nothilfe. Sie wird in einem Krankenwagen abtransportiert.

Sie sollte am frühen Morgen gemeinsam mit ihren Kindern und 32 weiteren Personen aus Deutschland und Österreich mit einem Charterflug der britischen Fluggesellschaft AirTanker ausgeflogen werden. Das Flugzeug landet am selben Tag in Lagos. Über den Verbleib der Frau gibt es keine Informationen.

Refugees4Refugees 24.8.21

25. August 21

Neumünster – Schleswig-Holstein. In der Landesunterkunft für Flüchtlinge (LUK) wird ein Bewohner von einem Sicherheitsmann zu stark "festgesetzt", sodass dieser Schmerzen und Schürfwunden im Gesicht erleidet.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein. Das Verfahren wird später eingestellt.

LT DS SH 19/3531

26. August 21

Forst im brandenburgischen Landkreis Spree-Neiße. Zwei Asylbewerber, ein 27-jähriger Afghane und ein 40 Jahre alter Pakistaner, werden am frühen Abend auf dem Parkplatz eines Supermarktes von zwei Männern und einer Frau, die gerade aus einem Auto gestiegen sind, rassistisch beleidigt und provoziert. Dann schlägt einer der Männer dem Afghanen eine Flasche mehrfach auf den Kopf. Er hatte ihn schon kurze Zeit vorher im Stadtgebiet beleidigt und geschubst. Dann steigt der Täter in sein Auto und fährt davon.

Erst in der Flüchtlingsunterkunft der beiden Betroffenen wird ein Rettungswagen gerufen und sie kommen zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus.

Im Zuge der polizeilichen Fahndung kann das Auto festgestellt und gestoppt werden und der 47-jährige alkoholisierte Fahrer muss sich einem Alkoholest und einer Blutprobe unterziehen.

*OPP; Polizei Cottbus 27.8.21;
LT DS Brbg 7/4421;
BT DS 20/119*

26. August 21

Forst im brandenburgischen Landkreis Spree-Neiße. Am Abend hält ein Auto vor der Flüchtlingsunterkunft, es steigen zwei Männer aus und greifen einen 54 Jahre alten Afghanen und seinen 15-jährigen Sohn an. Beiden wird auf den Kopf geschlagen und beide erleiden Platzwunden, die ärztlich behandelt werden müssen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*OPP; LT DS Brbg 7/4421;
BT DS 20/119*

26. August 21

Kassel im Bundesland Hessen. Ein syrischer Asylbewerber wird von einem Mann – politisch motiviert – überfallen. Der Angreifer beleidigt ihn rassistisch und schlägt ihm einen gefährlichen Gegenstand ins Gesicht.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*BT DS 20/718;
LT DS Hessen 20/8311;
VS-Bericht 2021*

28. August 21

Landeshauptstadt Magdeburg. In einem Hausflur am Wormser Platz wird gegen 12.45 Uhr ein einjähriges Kind aus Syrien von einer erwachsenen Frau attackiert.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS SaAnh 8/364

29. August 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt eine 23 Jahre alte Bewohnerin aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

29. August 21

Coswig im Landkreis Wittenberg – Sachsen-Anhalt. In der hiesigen Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 52 Jahre alter Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch. Er wird anschließend in der Klinik Bosse und von seinem Hausarzt weiter therapeutisch begleitet.

LT DS SaAnh 8/772

31. August 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 33 Jahre alter Bewohner aus Somalia einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

31. August 21

Neumünster – Schleswig-Holstein. In Großflecken wird ein Geflüchteter von zwei Frauen – rassistisch motiviert – beleidigt. Dann packt ihn eine der Frauen am Hals, sodass er nur noch schwer Luft bekommt. Er wird leicht verletzt.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

LT DS SH 19/3530

August 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 38 Jahre alter Bewohner aus Libyen einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

August 21

Unstrut-Hainich-Kreis in Thüringen. Ein Geflüchteter aus Marokko (18–29 Jahre alt) verletzt sich selbst und droht, sich selbst zu töten.

LT DS Thüringen 7/5542

August 21

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen. Ein Geflüchteter aus Algerien (18–29 Jahre alt) unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Thüringen 7/5542

August 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus der Russischen Föderation einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

August 21

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 42 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

August 21

Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen (VU) unternimmt eine 19 Jahre alte Frau aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

August 21

Landkreis Schwäbisch Hall in Baden-Württemberg. In einer Unterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt ein 29 Jahre alter Mann aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

August 21

Erlangen im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

August 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geldersheim unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

August 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geldersheim unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch.

LT DS Bayern 18/21825

August 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geldersheim unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

August 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geldersheim unternimmt eine Person aus Armenien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

August 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwern unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/21825

August 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwern unternimmt eine Person aus der Ukraine einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

August 21

Landkreis Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Diedorf unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS Bayern 18/21825

August 21

Landkreis Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Königsbrunn unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

1. September 21

Brandenburgische Gemeinde Schorfheide im Ortsteil Lichterfelde. Der 30 Jahre alte Elyas H., Bewohner der Asylunterkunft in Buckow, wird im Haus mit stark blutender Wunde gesehen. Als Rettungskräfte eintreffen, flüchtet er ins Freie und verschwindet im Wald.

Mit Hilfe von Fährtenhunden und Hubschraubern beginnt die Suche nach ihm. Gegen 6.00 Uhr des nächsten Tages wird er nahe der Autobahn 11, stark verdreckt, mit freiem Oberkörper und barfuß gesehen – er läuft in Richtung Margaretenhof. Die Suche nach ihm bleibt ergebnislos.

Erst am 7. September geht gegen 14.45 Uhr eine Meldung bei der Polizei ein, dass eine leblose Person im Werbellinsee gesehen wurde – circa 15 Meter vom Ufer entfernt.

Es handelt sich bei dem Toten um den gesuchten Elyas H. Aus den polizeilichen Ermittlungen geht hervor, dass er vermutlich ertrunken ist und sich die Schnittverletzungen selbst beigelegt haben kann. "Anhaltspunkte für das Einwirken oder Mitverschulden eines Dritten bestanden nicht", so die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder).

*MAZ 4.9.21;
Polizei Frankfurt-Ost 8.9.21;
MAZ 9.9.21; MOZ 9.9.21;
StA Frankfurt (Oder) 30.3.22*

1. September 21

Rendsburg – Schleswig-Holstein. Ein Geflüchteter wird im Röhlingweg von zwei Männern aufgefordert, in ihren Wagen einzusteigen. Als er dies verweigert, steigen die Männer aus, schlagen ihn zu Boden und beleidigen ihn mit rassistischen Äußerungen. Einer der Angreifer reißt ihm eine Halskette ab, die später nicht mehr wiedergefunden wird. Der Mann wird schwer verletzt.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein.

LT DS SH 19/3530

5. September 21

Dessau-Roßlau im Bundesland Sachsen-Anhalt. Am Bahnhof wird ein 30 Jahre alter Geflüchteter aus Ghana gegen 23.10 Uhr von einem 27-jährigen Mann beschimpft, bespuckt und getreten.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/364;
LT DS SaAnh 8/749;
BT DS 20/119*

6. September 21

Boostedt – Schleswig-Holstein. In der Landesunterkunft für Flüchtlinge (LUK) wird ein Mädchen von einem Wachmann an den Sicherheitszaun herangezogen und unsittlich berührt.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen sexuellen Missbrauchs und des Übergriff ein.

LT DS SH 19/35315

7. September 21

Rostock – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/718

8. September 21

Wuppertal – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem Angriff auf einen

oder mehrere Geflüchtete durch einen 41 Jahre alten Mann.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NRW 17/16657;
LT DS NRW 17/16658;
BT DS 20/119*

9. September 21

Landkreis Schmalkalden-Meiningen in Thüringen. Ein 22-jähriger Geflüchteter aus Syrien wird in einer Warteschlange in der Stadtverwaltung Schmalkalden von einem, ebenfalls wartenden, 44-jährigen Deutschen rassistisch beleidigt. Nachdem der Angegriffene den Täter konfrontiert, wird er von dem Deutschen blutig geschlagen.

Die Polizei ermittelt wegen Beleidigung und Körperverletzung.

*Bild 10.9.21;
Thüringen 24 21.9.21;
Welt 21.9.21; BT DS 20/119*

9. September 21

Mazar-e-Scharif in der afghanischen Provinz Balch. Asghar G., Angehöriger der Volksgruppe der Hazara, wird von einer Taliban-Gruppe auf offener Straße überfallen und entführt. Nach drei Tagen gelingt es der Mutter, Kontakt zu ihrem Sohn herzustellen: Er wurde misshandelt, dann aber freigelassen.

Asghar G. ist abgelehnter Asylbewerber und war im März 2020 aus dem sächsischen Pirna krank abgeschoben worden. Danach hatte sich sein Gesundheitszustand weiter verschlechtert, er musste operiert werden, seine Mutter reiste aus Deutschland ein, um ihn zu pflegen.

Die Hazara sind eine religiöse shiitische und ethnische Minderheit, die schon in der ersten Herrschaftsperiode der Taliban (1996 bis 2001) verfolgt und diskriminiert wurde. Als die Taliban im August 2021 wieder die Macht übernahmen, brach Panik aus, weil sie der Gruppe der Hazara mit "ethnischen Säuberungen" gedroht haben.

*FRat Sachsen 16.9.21;
FRat Sachsen 18.3.22*

10. September 21

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Eine 33 Jahre alte Geflüchtete aus Tadschikistan wird von einem 61-jährigen Rassistin tätlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/4609;
BT DS 20/119*

10. September 21

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Eine Syrerin fährt mit ihrem 5-jährigen Kind in der Straßenbahn. Das Kind sitzt und die Mutter steht daneben – hält sich an der Haltestange fest. Ein etwa 50 Jahre alter Mann mustert sie abschätzig und beleidigt sie rassistisch und antimuslimisch. Dann schlägt er ihr – vor den Augen des Kindes – so heftig auf den Oberarm, dass sie tagelang Schmerzen hat.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

OPP

10. September 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 23 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

10. September 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 45 Jahre alter Bewohner aus Libyen einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

10. September 21

Wrist – Schleswig-Holstein. An einer Einmündung zur Hauptstraße wird ein Geflüchteter von drei Personen verbal attackiert und provoziert und dann tödlich angegriffen. Die Angreifer:innen tragen Arbeitsschuhe mit Stahlkappen und treten mit diesen auf ihr Opfer ein.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SH 19/3530;
BT DS 20/178; BT DS 20/2008*

12. September 21

Landeshauptstadt Kiel des Bundeslands Schleswig-Holstein. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt wird eine geflüchtete Person aus Syrien von Bundespolizist:innen kontrolliert und durchsucht. Die Person wehrt sich gegen die Maßnahme, stürzt und erleidet eine Verletzung am Bein.

BT DS 20/6318

13. September 21

Eckernförde – Schleswig-Holstein. In der Sauerstraße wird ein jugendlicher Flüchtling von einem Mann rassistisch beleidigt und tödlich angegriffen. Er schubst ihn hinterrücks, würgt ihn und tritt ihm gegen das Knie.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein. Der Täter ist polizeilich als politisch motivierter Krimineller bekannt.

LT DS SH 19/3530

13. September 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Sandwich gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

14. September 21

Meißen im Bundesland Sachsen. Ein 51 Jahre alter Geflüchteter aus Pakistan nimmt sich das Leben.

LT DS Sachsen 7/8699

14. September 21

Darmstadt im Bundesland Hessen. Als am frühen Morgen die Polizei in der Flüchtlingsunterkunft an der Otto-Röhm-Straße erscheint, um einen pakistanischen Bewohner in Abschiebehaf zu nehmen, springt ein 35 Jahre alter Mann – ebenfalls aus Pakistan – aus dem Fenster der ersten Etage und bleibt dort schwerverletzt liegen.

Erst nach Stunden wird der Mann von einer Angestellten des Sicherheitsdienstes hinter dem Haus liegend – er kommt umgehend in ein Krankenhaus.

Seitdem in monatlichen Abständen Sammelabschiebungen nach Pakistan vollzogen werden, leben viele Pakistani, die in Besitz von Duldungen oder gar keinen Aufenthaltspapieren sind, in heller Panik. Die nächste Abschiebung ist für den 21. September geplant.

Der verletzte Mann war an diesem Tag gar nicht Ziel der geplanten Abschiebung. Dieser Person war es gelungen, zu fliehen – sie wird zur Fahndung ausgeschrieben.

FR 18.9.21; DE 18.9.21

15. September 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Alma-Ohlmann-Weg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

16. September 21

Blankensee im Landkreis Vorpommern-Greifswald – Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt werden zwei geflüchtete Personen aus dem Irak aufgegriffen. Sie müssen wegen körperlicher Erschöpfung ins Krankenhaus gebracht werden.

BT DS 20/6318

16. September 21

Salzwedel im Altmarkkreis Salzwedel – Sachsen-Anhalt. Gegen 18.20 Uhr wird ein 16 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien von einem etwa gleichaltrigen Jugendlichen tödlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/364;
BT DS 20/119*

17. September 21

Güstrow – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tödlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/718

17. September 21

Eberswalde im brandenburgischen Landkreis Barnim. Ein 36 Jahre alter Syrer und seine fünfjährige Tochter werden am Abend von zwei Männern und einer Frau rassistisch beleidigt und dann tödlich angegriffen. Das kleine Mädchen wird an der Nase verletzt. Der gerufene Rettungsdienst versorgt die Verletzungen vor Ort.

Die Polizei beginnt mit den Ermittlungen und fahndet nach den Täter:innen.

*BeZ 20.9.21;
rbb24 21.9.21;
LT DS Brbg 7/5139;
BT DS 20/718*

17. September 21

Gemeinde Gumtow im brandenburgischen Landkreis Prignitz. Ein 28 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien wird von einem 55-jährigen Mann – rassistisch motiviert – verbal und körperlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/5139;
BT DS 20/718*

17. September 21

Lauterbach im Landkreis Rottweil – Baden-Württemberg. Nachts um 3.00 Uhr wird Naira K. mit ihren beiden Kindern und ihrer Mutter über den Flughafen Köln-Bonn nach Armenien abgeschoben. Da der Vater zufällig anderswo zu Besuch ist, bleibt er zurück und die Familie wird getrennt.

Die Familie lebte viereinhalb Jahren in Lauterbach, wo die beiden Kinder die lokale Grundschule besuchten. Frau K.

selbst lag ein Ausbildungsvertrag zum 1. September 21 als Restaurantfachkraft vor. Die Ausbildung konnte sie auf Grund des zunächst fehlenden dann aber vorliegenden Passes erst später beginnen. Sie und ihre Mutter waren ehrenamtlich im Verein "Fair in die Zukunft" engagiert, der sich für eine Energiewende von unten und interkulturelle Zusammenarbeit einsetzt.

Die von ihrem Vater und Mann getrennte Familie lebt nach der Abschiebung mittellos in einem Hotelzimmer in Ejmiatin/Wagharschapat (alter neuer Name). Eine Wohnung in Armenien haben sie nicht, die Kinder wollen zurück in ihre Schule in Lauterbach. Freund:innen der Familie haben sich in einem offenen Brief an die baden-württembergische Landesregierung gewendet und zusätzlich eine Spendenaktion gestartet.

*Schwarzwälder Bote 17.9.21;
Schwarzwälder Bote 21.9.21;
Abschiebemonitoring NRW 11/21*

18. September 21

Halle in Sachsen-Anhalt. Kurz nach Mitternacht wird eine Gruppe von vier Geflüchteten aus Afghanistan in der nördlichen Innenstadt von drei Männern um Zigaretten gebeten, rassistisch beleidigt und ein 30-Jähriger wird mit Schlägen so sehr traktiert, dass er seine Verletzungen später im Krankenhaus behandeln lassen muss.

Die Polizei beginnt Ermittlungen gegen einen 21- und einen 23-jährigen Hallenser wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/776;
BT DS 20/119*

19. September 21

Uder – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/119

21. September 21

Frankfurt am Main. Im Rahmen der monatlichen Sammelabschiebung nach Pakistan werden um 6.00 Uhr morgens 45 Personen ausgeflogen. Sie wurden vorher aus den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern abgeholt.

Unter ihnen ist Zahid X., der an diesem Tage einen OP-Termin hat, um seine Sehfähigkeit, die immer schlechter wird, zu retten. Eine Kostenübernahme des Sozialamtes liegt vor.

Er wurde bereits gestern um 22.30 Uhr aus seiner Wohnung im rheinland-pfälzischen Konz abgeholt.

Nazir M. aus Hessen sitzt im Flugzeug, obwohl 2017 ein Abschiebeverbot wegen seiner Erkrankung verhängt wurde und er seitdem regelmäßig in Behandlung gewesen ist.

Auch Hussein A. aus Erding wird ausgeflogen, dessen Freundin im vierten Monat schwanger ist.

Hum Hain Pakistan

24. September 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunfts-Zentrum Bargkoppelstieg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

24. September 21

Böhlen – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine ge-

flüchtete Person aus Syrien, indem ein Gegenstand auf diese geworfen wird.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/8054;
LT DS Sachsen 7/8729;
BT DS 20/119; BT DS 20/119*

24. September 21

Schmölln – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/718

25. September 21

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Ein 20 und ein 21 Jahre alter Afghane werden von einem 26-jährigen Deutschen verbal und körperlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/5139;
BT DS 20/119*

25. September 21

Neuhof – Hessen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*BT DS 20/119;
LT DS Hessen 20/8311*

26. September 21

Köthen im Landkreis Anhalt-Bitterfeld – Bundesland Sachsen-Anhalt. Gegen 19.50 Uhr wird ein 42 Jahre alter Geflüchteter unbenannter Herkunft auf dem Gehweg vor seiner Parterrewohnung von Unbekannten angegriffen und verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/776;
BT DS 20/119*

26. September 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Brookkehre gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

27. September 21

Meiningen – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/718

28. September 21

Köln – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem Angriff auf zwei Geflüchtete, die beide verletzt werden.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS NRW 17/16657;
LT DS NRW 17/16658;
BT DS 20/119*

30. September 21

Nümbrecht im Oberbergischen Kreis – Nordrhein-Westfalen. Der achtjährige Shayon A. wird um 6.00 Uhr morgens mit seiner 21-jährigen Stiefmutter Tanjila A. und seinem zweijährigen Bruder über Frankfurt am Main nach Bangladesch abgeschoben. Da der Vater nicht zu Hause angetroffen wird, ist die Familie damit getrennt.

Shayons Großeltern waren als Rohingya aus Myanmar geflohen. Shayons leibliche Mutter wurde als er zwei Monate alt war vom Militärregime in Myanmar getötet. Tanjila A. und Shayons Vater haben sich in einem Rohingya Camp in Bangladesch kennengelernt und waren gemeinsam nach Deutschland geflohen.

Der Asylantrag der Familie wurde jedoch abgelehnt. Die Familie lebte seit 2018 in Oberberg, wo der heute zweijährige Sohn geboren wurde. Shayon besuchte die dritte Klasse der Nümbrechter Grundschule und spielte Fußball beim SSV Homburg – Nümbrecht.

Die Familie lebt nach der Abschiebung ohne den Vater in Dhaka, hat weder Papiere noch Geld und eine Schule, die Shayon besuchen könnte, gibt es dort nicht.

Sein Fußballverein und seine Mitschüler:innen in Deutschland setzen sich mit Protesten, Versuchen der Rückholung und der Einrichtung eines Spendenkontos weiterhin für die Familie ein.

*KstA 7.10.21;
SSV Nümbrecht 9.10.21;
KR 9.10.2021;
Oberberg aktuell 12.10.21;
Abschiebungsreporting NRW 11/2021*

September 21

Grenzgebiet zwischen Belarus und Polen. Einige tausend Geflüchtete sitzen an der EU Außengrenze fest und verharren bei frostigen Temperaturen in Wäldern und Sumpfgebieten. Belarussische und polnische Grenzschützer:innen stehen sich bewaffnet an der Grenze gegenüber. Die belarussischen Behörden treiben die Schutzsuchenden auf die polnische Seite der Grenze zu. Die Schutzsuchenden werden aber von den polnischen Grenzschützer:innen wieder zurückgedrängt. Immer wieder berichten Menschen von illegalen Pushbacks, dass sie zurück in das Grenzgebiet gebracht werden, auch wenn sie einige Kilometer ins polnische Landesinnere gekommen waren.

Mindestens 17 Menschen sind seit September 21 im Grenzgebiet gestorben, durch Kälte und Erschöpfung, fehlende medizinische Versorgung und unterlassene Hilfeleistung. Den Flüchtlingsrat Niedersachsen erreichen immer wieder Anrufe von verzweifelten Personen aus Deutschland, weil ihre Familienangehörigen auf dem Weg zu ihnen im Grenzgebiet festsitzen.

Herr B. ist Ende September nach Belarus eingereist. In seinem Heimatland Syrien droht ihm Haft. Sein Sohn lebt in Lüneburg. Der 71-jährige ist, wie so viele, als politischer Flüchtling mit einem Touristenvisum nach Belarus gereist. Man sagte ihm, von dort werde er leicht nach Europa weiterreisen können. Wenige Tage nach seiner Einreise befand er sich, gemeinsam mit einer syrischen Frau, in der polnisch-belarussischen militärischen Grenzzone mitten im Wald. Die polnischen Grenzbeamten drängten die Schutzsuchenden immer wieder in die Hände der belarussischen Grenzschützer, die dann allerdings die Geflüchteten an der Rückreise nach Belarus hinderten. Die belarussische Soldat:innen riefen ihnen zynischerweise zu, dass sie nach Polen gehen sollten, wenn sie nicht im Wald sterben wollten.

Die Begleiterin von Herrn B. war stark entkräftet und es ging ihr von Tag zu Tag schlechter. Als Herr B. die belarussi-

schen Grenzbeamten um medizinische Nothilfe für die Frau bat, wurde er erniedrigt, ausgelacht und gewaltsam zurückgedrängt. Schließlich starb die Frau infolge der verweigerten medizinischen Notversorgung und Einsperrung im Grenzgebiet.

Im Zuge des Abtransports der verstorbenen Frau gelangte Herr B. wieder nach Minsk. Nach den schweren und traumatischen Erlebnissen sitzt er dort nun fest und hofft auf die Möglichkeit, bei seinem Sohn in Niedersachsen aufgenommen zu werden. Seine Habseligkeiten und Dokumente hatte er während der dramatischen Szenen im Wald verloren. Sein gesundheitlicher Zustand ist mittlerweile sehr kritisch.

Auch einer weiteren Person im Grenzgebiet geht es sehr schlecht: Frau A. musste bereits mehrfach innerhalb Syriens flüchten, bis sie die Möglichkeit bekam, nach Belarus zu gelangen. Man sagte ihr, sie könne von Minsk aus nach Deutschland weiterreisen, um zu ihren zwei in Deutschland lebenden Kindern zu kommen. Frau A. leidet an Alzheimer-Demenz, einer unheilbaren Störung des Gehirns. Sie ist zunehmend vergesslich, verwirrt und orientierungslos. Aufgrund einer Nierentransplantation ist sie darüber hinaus lebenslang auf immunsupprimierende Medikamente und regelmäßige Untersuchungen angewiesen, ohne die sie nicht überleben würde.

Derzeit wird sie in einer der für gestrandete Geflüchtete errichteten Lagerhalle mit ca. zweitausend weiteren Schutzsuchenden festgehalten. Die Versorgung in der Lagerhalle ist jedoch katastrophal. Nach einer Notbehandlung im Krankenhaus wurde ihr von den Grenzbeamten ein Transport zurück in die polnisch-belarussischen Grenzzone angeboten, wo tausende von Menschen im Wald in der Kälte ausharren. Gleichzeitig wird gedroht, man werde die Lagerhalle in Kürze abbauen und alle abschieben. Die Menschen werden so gezielt in Panik versetzt.

Der volljährige Sohn und die volljährige Tochter von Frau A. leben bereits seit mehreren Jahren in Deutschland und sind die einzigen Bezugspersonen, die sie in ihrem jetzigen Zustand begleiten und unterstützen könnten. Nun machen sie sich große Sorgen, ob ihre Mutter den Weg nach Deutschland überhaupt überlebt.

*FRat NieSa 18.12.21
Spiegel 17.12.21*

September 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 42 Jahre alter Bewohner aus Cabo Verde (Kap Verde) einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

September 21

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen. Ein Geflüchteter aus Afghanistan (18–29 Jahre alt) unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Thüringen 7/5542

September 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus der Türkei einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

September 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt eine Geflüchtete aus dem Irak einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

September 21

Baden-Württemberg. Im Ankunftszentrum Heidelberg für Asylbewerber:innen unternimmt ein 42 Jahre alter Mann aus Georgien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

September 21

Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahmeeinrichtung Karlsruhe für Asylbewerber:innen (Felsstraße) unternimmt ein 26 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

September 21

Ostalbkreis in Baden-Württemberg. In einer Unterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt ein 24 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

September 21

Dachau im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

September 21

Waldkraiburg im bayerischen Landkreis Mühldorf am Inn. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Jemen einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

September 21

Landkreis Landshut im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Ergolding unternimmt eine Person aus Sierra-Leone einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

September 21

Würzburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/21825

3. Quartal 21

Landkreis Hildburghausen in Thüringen. Ein Geflüchteter aus Somalia (30–49 Jahre alt) verletzt sich selbst in zeitlichen Abständen mehrmals mit einem Messer.

LT DS Thüringen 7/5542

3. Quartal 21

Hansestadt Hamburg. Bei Abschiebungen in den letzten drei Monaten kam es zu einer Familientrennung.

Hamburgische Bürderschaft 22/6129

1. Oktober 21

Müncheberg im brandenburgischen Landkreis Märkisch-Oderland. Ein 28 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan wird von einem 40-jährigen Mann – rassistisch motiviert – beleidigt und tödlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/5139;
BT DS 20/718*

2. Oktober 21

Berliner Bezirk Lichtenberg. In der Ribnitzer Straße in Neu-Hohenschönhausen wird ein 21 Jahre alter Geflüchteter, der auf einer Bank am Vorplatz des S-Bahnhofs Wartenberg sitzt, von einem Mann rassistisch beleidigt. Als der Provokateur eine Pistole herausholt und den Verschluss zurückzieht, fällt das Magazin aus der Waffe heraus. Er lässt sie dann ganz fallen, geht auf den Mann zu und stößt mit seiner Stirn gegen dessen Nase.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*ReachOut (Polizei Berlin 2.10.21);
LT DS Berlin 19/11009;
BT DS 20/718*

3. Oktober 21

Landeshauptstadt Magdeburg. Gegen 22.30 Uhr wird ein 29 Jahre alter Geflüchteter aus der Inselrepublik Palau im Stadtteil Reform von einem 21-Jährigen tödlich angegriffen und verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/776;
BT DS 20/718*

3. Oktober 21

Einbeck – Niedersachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person gegen 5.20 Uhr rassistisch beleidigt und tödlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS NieSa 18/10682;
BT DS 20/718*

3. Oktober 21

Harsefeld im niedersächsischen Landkreis Stade. Bei einem Polizeieinsatz von vier Beamt:innen in der hiesigen Flüchtlingsunterkunft wird der 40-jährige Bewohner Kamal Ibrahim aus dem Sudan niedergeschossen. Er erliegt den schweren Verletzungen noch vor Ort.

Es ist bereits der dritte Polizei-Einsatz an diesem Tag: Mitbewohner hatten schon Stunden vorher um Hilfe gebeten, weil der psychisch schwer kranke Herr Irahim sie mit einem Messer bedrohte und auch Gegenstände zerstörte.

Die Polizeibeamt:innen kamen gegen 12.00 Uhr, verschafften sich einen Überblick, schätzten die Situation als beruhigt ein und fuhren wieder weg.

Als Kamal Ibrahim dann erneut aggressiv agierte, kamen dieselben Beamt:innen gegen 14.00 Uhr zurück. Wieder baten die Bewohner:innen, den Mann in ein Krankenhaus zu bringen. Erst als Kamal Ibrahim von selbst anbot, wegen seiner Alkoholisierung freiwillig mitzukommen, um in einer Zelle sitzend weitere Eskalationen zu verhindern, nahmen sie ihn mit.

Nach einer Beratung der Polizei mit der diensthabenden Richterin am Amtsgericht Buxtehude wurde entschieden, dass "keine rechtliche Handhabe für eine Ingewahrsamsnahme" vorliege, weil er sich wieder beruhigt hätte.

Deshalb wurde Kamal Ibrahim gegen abend zurück in die Unterkunft gebracht.

Nach dem dritten Hilferuf erschien gegen 23.30 Uhr wieder die Polizei, diesmal andere Personen, drei Beamte und eine Beamtin. Kamal Ibrahim hatte sich zu der Zeit im ersten Stock in sein Zimmer zurückgezogen. Auf der Etage waren noch zwei Mitbewohner – andere Bewohner wurden angewiesen, im Erdgeschoss zu bleiben. Sie alle hörten dann die Rufe der Beamt:innen, dass er das Messer fallen lassen solle.

Insgesamt gaben drei Beamt:innen 13 Schüsse ab, von denen elf Herrn Ibrahim trafen. Eine Kugel traf ihn im Kopf- und Halsbereich, zwei in der Brust, eine zerfetzte seine rechte Hand und ein Streifschuss traf ihn in Bauch-Nierenhöhe. Zwei dieser Projektile durchschlugen auch die Tür des Zimmers eines Mitbewohners, und flogen knapp an dessen Bauch vorbei. Dieser und ein weiterer Bewohner wurden aus ihren Zimmern geholt und ins Erdgeschoss gebracht.

Der leblose Körper von Kamal Ibrahim wurde wegtransportiert – seinen Tod erfahren die Mitbewohner nach ihren Aussagen aus der Presse – nicht von der Polizei.

Die Unterkunft wird wegen der kriminaltechnischen Untersuchungen gesperrt und die neun jetzt obdachlosen Bewohner müssen sich selbst bei Freund:innen provisorisch einquartieren. Erst nach einer Woche sieht sich die Samtgemeinde in der Lage, sie provisorisch in einem Hotel unterzubringen.

Kamal Ibrahim, der seit dem Sommer 2017 in der Unterkunft lebte, war ein psychisch schwerkranker Mann. Schon Wochen vorher hatten Mitbewohner die Gemeinde über seine Verhaltensauffälligkeiten informiert und um Hilfe für ihn gebeten.

Auch noch eine Woche vor den Schüssen, am 27. September, war ein Mitbewohner ins Rathaus gegangen und hatte dort erneut vom schlechten Gesundheitszustand des Kamal Ibrahim berichtet. Ihm wurde gesagt, dass seine Krankheit dort bekannt sei, man würde sich kümmern. Er selbst war dabei, als ein Betreuer den sozialpsychiatrischen Dienst informierte. Tatsächlich passierte danach allerdings nichts.

Am 23. Oktober demonstrieren circa einhundert Freund:innen und Unterstützer:innen vor dem Rathaus unter dem Motto "Black Lives Still Matter". Sie skandalisieren die Ignoranz der Behörden, die Unfähigkeit der Polizei, die fehlenden psychosozialen Hilfen für Geflüchtete und den allgegenwärtigen gesellschaftlichen Rassismus: "Niemand glaubt uns. Warum passiert das immer nur Schwarzen Menschen?", so einer der Demonstranten.

Und sie erinnern an den Tod von Aman Alizada, der in einer ähnlichen Situation, ebenfalls im Landkreis Stade, erschossen wurde. (siehe dazu 17. August 19)

Am 5. April 22 stellt die Staatsanwaltschaft Stade die Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Totschlags gegen die vier Polizeibeamten ein. "Rechtlich sind alle Schüsse für die angegriffenen Polizeibeamten als Notwehr und für einen aus der angrenzenden Küche schießenden Polizeibeamten als sog. Nothilfe gerechtfertigt gewesen. Den Polizeibeamten blieb ... keine andere Wahl, als die Schusswaffe einzusetzen. Es war den Polizeibeamten in der konkreten Situation nicht zuzumuten, den Angriff auf eine andere Weise abzuwehren", so die Staatsanwaltschaft gegenüber der Presse.

Nach der Beschwerde eines Angehörigen bestätigt auch die Generalstaatsanwaltschaft Celle diese Entscheidung aus Stade im Juli 2022.

*HM 4.10.21; Spiegel 4.10.21;
FRat NieSa 5.10.21;
Cuxhavener Nachrichten 7.10.21;
jW 11.10.21; taz 19.10.21;
FRat NieSa 21.10.21;
FRat NieSa 25.10.21;
StA Stade 5.4.22; taz 8.4.22;
ndr 7.7.22; FRat NieSa*

4. Oktober 21

Gera – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/718

4. Oktober 21

Am Hamburger Flughafen soll ein 28 Jahre alter Mann aus Liberia nach Madrid in Spanien abgeschoben werden.

Bei der Abholung zur Abschiebung hatte er nach einem Corona Test versucht zu fliehen, woraufhin er nach eigener Aussage am Boden fixiert wurde und ein Beamter minutenlang auf seinem Hals kniete und er dadurch akute Luftprobleme bekam.

Der Mann kam in Stahlhandschellen gefesselt am Flughafen an, er hatte keine offensichtlichen Verletzungen, jedoch eine schmutzige und aufgerissene Jeans.

Abschiebungsbeobachtung HH 2021

5. Oktober 21

Rostock – Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Eine 38-jährige geflüchtete Frau aus Syrien und ihre 19 Jahre alte Tochter werden in der Nähe ihrer Wohnung im Ortsteil Evershagen gegen 13.00 Uhr von einem Auto angefahren. Die Lenkerin und ihr Beifahrer pöbeln die beiden an, beleidigen sie rassistisch und greifen sie körperlich an. Die 19-jährige Syrerin wird mit heißem Kaffee bespritzt und ihr wird auf den Rücken geschlagen. Als die Rassist:innen versuchen, ihr das Kopftuch herunter zu reißen, verletzen sie sie im Gesicht. Die Betroffene erleidet durch die Angriffe eine Schramme an einer Augenbraue, Hämatome am Rücken und Kratzschrammen am linken Arm. Die Gewalttäter:innen haben die syrische Familie bereits in der Vergangenheit mehrfach rassistisch beleidigt.

Die beiden Frauen erstatten Strafanzeige bei der Polizei. Diese beginnt mit den Ermittlungen.

LOBBI

6. Oktober 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 19 Jahre alter Bewohner aus Pakistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

6. Oktober 21

Bad Gottleuba-Berggießhübel im sächsischen Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge im Bundesland Sachsen. Zwei Personen aus Afghanistan werden bei einer Polizeikontrolle an der Autobahnraststätte "Am Heidenholz" unter dem Sattelaufleger eines LKWs entdeckt. In dieser lebensgefährlichen Position unmittelbar oberhalb der Fahrbahn, wischen zwischen Sattelaufleger und einer Palettenbox, waren ein 26 Jahre alter und ein 18-jähriger Afghane über die tschechische Grenze nach Deutschland gelangt. Sie sind total verschmutzt – jedoch unverletzt. Sie stellen Asylanträge und werden zur Erstaufnahme-Einrichtung nach Dresden und Leipzig gebracht.

Gegen den 29-jährigen bulgarischen Fahrer wird wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

BPol Berggießhübel 7.10.21

6. Oktober 21

Neumünster in Schleswig-Holstein. Um 14.55 Uhr wird die Feuerwehr alarmiert, weil in die Landesunterkunft für Flüchtlinge am Haart ein Zimmer brennt. Als die Rettungskräfte eintreffen, stehen in der ersten Etage des zweistöckigen Gebäudes zwei Zimmer in Vollbrand und eine starke Rauchentwicklung verqualmt die Flure.

Berufs- und Freiwillige Feuerwehr sowie fünf Rettungswagen kommen zum Einsatz. Von den 14 verletzten Bewohner:innen können elf Personen ambulant versorgt werden. Drei Bewohner:innen kommen ins Friedrich-Ebert-Krankenhaus.

Das gesamte Gebäude ist vorerst nicht mehr bewohnbar – die 58 Bewohner:innen werden in andere Häuser umquartiert.

Schnell erhärtet sich der Verdacht auf Brandstiftung und ins Visier der Brandermittler:innen kommt der 27-jährige Bewohner des Zimmers – er soll in suizidaler Absicht, seine Bettwäsche angezündet haben.

Der Flüchtling aus Afghanistan hat an diesem Tag den Negativ-Bescheid zu seinem Asylbegehren bekommen und ihm droht die Abschiebung nach Frankreich, weil er dort bereits einen subsidiären Schutz bekommen hatte.

Er wird in Untersuchungshaft genommen und kommt in die JVA Neumünster. Am 10. Januar 22 erhebt die Staatsanwaltschaft Kiel Anklage gegen ihn. Im Jahre 2022 wird er wegen schwerer Brandstiftung zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

*Polizei Neumünster 7.10.21;
HC 7.10.21; KN 7.10.21;
HC 8.10.21; KN 8.10.21;
KN 9.10.21; StA Kiel 10.3.22;
Sozialministerium S-H 1.6.23*

6. Oktober 21

Am Hamburger Flughafen soll ein 42-jähriger Iraner zusammen mit seinem 11-jährigen Sohn nach Zagreb in Kroatien abgeschoben werden.

Direkt bei der Ankunft am Flughafen hat der Mann versucht, seinen Hinterkopf gegen die Wand zu schlagen, was durch die Bundespolizei unterbunden wurde. Der Sohn macht die Polizei darauf aufmerksam, dass der Vater an Herzschmerzen leide. Auf einer Toilette übergibt dieser sich; er schwitzt, wirkt apathisch und weint ununterbrochen. Die zuständige Ausländerbehörde macht in einem Telefonat Druck, die Krankheit als Simulation abzutun und die Abschiebung mit einer Begleitung durchzusetzen. Der Mann ist in einem so schlechten gesundheitlichen Zustand, dass die Bundespolizei entscheidet, die Abschiebung abzubrechen.

Abschiebungsbeobachtung HH 2021

7. Oktober 21

Lutherstadt Wittenberg in Sachsen-Anhalt. Gegen 14.50 Uhr wird ein 36 Jahre alter Geflüchteter aus dem Iran am Bahnhof von einem 21-Jährigen tötlich angegriffen und verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/776;
BT DS 20/718*

8. Oktober 21

Sonneberg – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/718

9. Oktober 21

Oschatz – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person aus Afghanistan. Diese wird geschlagen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/8729;
LT DS Sachsen 7/8275;
BT DS 20/718*

12. Oktober 21

Großenhain im Landkreis Meißen – Bundesland Sachsen. Mehrere Personen beleidigen gegen 16.00 Uhr in einem Bus

einen 22 Jahre alten Geflüchteten aus Gambia rassistisch und greifen diesen dann körperlich an. Der Betroffene erleidet Verletzungen an der Hand und muss diese ambulant im Krankenhaus versorgen lassen.

Die Polizei beginnt mit den Ermittlungen und sucht nach den Täter:innen. Ein anfangs eingeleitetes Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung gegen das Opfer stellt die Staatsanwaltschaft später ein.

RAA Sachsen

12. Oktober 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Kaltenkirchener Straße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

12. Oktober 21

Köln – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete durch einen 25 Jahre alten Mann.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NRW 17/16657;
LT DS NRW 17/16658;
BT DS 20/119*

13. Oktober 21

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Eine 51 Jahre alte Geflüchtete aus Syrien wird von einem Mann – rassistisch motiviert – verbal und körperlich angegriffen.

*LT DS Brbg 7/5139;
BT DS 20/718*

14. Oktober 21

Dresden im Bundesland Sachsen. Ein 56 Jahre alter Deutscher beleidigt gegen 15.15 Uhr in der Straßenbahnlinie 7 in Höhe Pirnaischer Platz ein Ehepaar aus Aserbaidschan und dessen Enkelkind rassistisch. Kurz danach schlägt der Aggressor dem 67-jährigen Großvater mit der Faust ins Gesicht, wodurch dieser eine Platzwunde an der Stirn erleidet. Die 66 Jahre alte Frau zieht er an den Haaren und stößt sie nieder, sodass sie auf eine Treppenstufe in der Bahn fällt. Beide Betroffenen müssen ihre Verletzungen medizinisch versorgen lassen.

Der Polizei gelingt es am selben Tag den Täter festzunehmen. Da er unter einer psychischen Erkrankung leidet und der Polizei bekannt ist, ordnet die Staatsanwaltschaft Dresden die Unterbringung in eine psychiatrische Klinik an.

*Polizei Dresden 15.10.21;
Radio Dresden 15.10.21*

15. Oktober 21

Schwerin – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/718

16. Oktober 21

Güstrow – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/718

16. Oktober 21

Querfurt im Saalekreis – Bundesland Sachsen-Anhalt. Auf einem Sportplatz wird ein 20 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan gegen 16.15 Uhr von einem 20-Jährigen angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/591;
BT DS 20/718*

16. Oktober 21

Simbach im bayerischen Landkreis Rottal-Inn. Gegen 6.15 Uhr entdeckt ein – an der Flüchtlingsunterkunft am Bahnhofplatz vorbeifahrender Lokführer – Rauchschwaden. Die gerufenen Einsatzkräfte stellen dann einen völlig niedergebrannten Papier-Container direkt neben dem Gebäude fest. Auch an zwei Notausgangstüren sind Schmauchspuren von angezündeten Textilien. Personen wurden nicht verletzt.

Die Polizei leitet eine Großfahndung nach zwei circa 25 Jahre alten Personen (männlich, weiblich) ein, die sich verdächtig verhalten haben und den Tatort in eine unbekanntere Richtung verließen.

Aufgrund hinreichender Belege für ein rassistisches Motiv übernimmt die Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus bei der Generalstaatsanwaltschaft in München die weiteren Ermittlungen.

Noch im Dezember wird ein dringend tatverdächtiger 42 Jahre alter Mann aus Pilsting festgenommen. Nach Auswertung seiner Handydaten und seines Chatverkehrs besteht der Verdacht des versuchten Mordes und der versuchten schweren Brandstiftung. Er kommt in Untersuchungshaft.

Knapp ein Jahr später verurteilt das Landgericht Landshut den Mann zu 5 Jahren und 6 Monaten Haft u.a. wegen versuchten Mordes in 56 Fällen.

*Polizei Bayern 16.10.21; SZ 16.10.21;
Polizei Bayern 18.10.21; TAG24 3.1.22;
LT DS Bayern 18/21880;
VS-Bericht Bayern 2021; SZ 4.1.22;
VS-Bericht Bayern 2022*

18. Oktober 21

Aschersleben im Salzlandkreis – Bundesland Sachsen-Anhalt. Gegen 20.15 Uhr werden zwei 17 Jahre alte und ein 23-jähriger Geflüchteter – alle aus Syrien – von zwei 35- und einem 17-Jährigen rassistisch motiviert tödlich angegriffen und verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung. Mangels hinreichendem Tatverdacht werden die Ermittlungen später eingestellt.

*LT DS SaAnh 8/749;
BT DS 20/718;
LT DS SaAnh 8/2481*

19. Oktober 21

Berlin. Gegen 2.30 Uhr dringen Polizist:innen gewaltsam in das Zimmer des 32-jährigen Diallo T. ein, überwältigen ihn und führen ihn in Fuß- und Handfesseln ab. Vom Flughafen Berlin-Brandenburg soll er über Belgien in den Senegal abgeschoben werden. Der Pilot in Brüssel weigert sich jedoch, Diallo T. mitzunehmen. Daraufhin wird er zurück nach Berlin gebracht. Sein gesamtes Hab und Gut wird jedoch in den Senegal geflogen, da es in Brüssel nicht mehr ausgeladen wurde.

Diallo T. leidet an Schizophrenie und Epilepsie, entsprechende fachliche Gutachten liegen der Ausländerbehörde vor.

Er war vor dem Abschiebeversuch medikamentös gut eingestellt. Er hat einen Deutschkurs absolviert, machte ein Praktikum als Mechatroniker und ein Angebot für einen Ausbildungsplatz lag ihm vor.

Der Abschiebeversuch führt zu einer schweren Retraumatisierung, wodurch sich sein Krankheitsbild erheblich verschlechtert. Er kommt deshalb zur Akutbehandlung in die geschützten Station einer psychiatrischen Klinik.

*FRat Berlin 9.11.21;
ND 15.11.21*

19. Oktober 21

Untergriesbach im bayerischen Landkreis Passau. Der Fahrer eines VW Tiguan versucht gegen 23.45 Uhr einer Polizeikontrolle auf der Bundesstraße Richtung Untergriesbach, nahe des ehemaligen österreichischen Grenzübergangs Oberkappel, zu entgehen. Durch die überhöhte Geschwindigkeit von 200 km/h überschlägt sich der Wagen in einer Kurve und bleibt seitlich liegen. Die vier Insassen sind verletzt, müssen von der Polizei geborgen und in umliegende Krankenhäuser gebracht werden.

Der 39-jährige syrische Fahrer verfügt über einen deutschen Reiseausweis für Geflüchtete. Ein 25 Jahre alter und ein 31-jähriger Syrer sowie ein 41 Jahre alter Mann aus dem Jemen sind dagegen nicht im Besitz gültiger Dokumente, die sie zur Einreise nach Deutschland berechtigen. Drei von ihnen sind nach zwei Tagen aus dem Krankenhaus wieder entlassen, der 26-jährige Syrer muss weiterhin stationär behandelt werden.

Gegen den Fahrer wird ein Ermittlungsverfahren wegen "Einschleusens von Ausländern unter lebensbedrohlichen Umständen" eingeleitet und er kommt in die JVA Passau in Haft.

*BPol München 21.10.21;
br24 21.10.21*

20. Oktober 21

Hansestadt Hamburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/718

21. Oktober 21

Bad Frankenhausen im Kyffhäuserkreis in Thüringen. Gegen Abend wird in der Kyffhäuserstraße ein 22-jähriger Geflüchteter aus Guinea von einem 31-jährigen Mann, der in Begleitung eines 38-jährigen Mannes ist, provozierend angesprochen. Bezugnehmend auf dessen Hautfarbe fragt er den Guineer nach den Grund seines Aufenthaltes in Deutschland. Dann schlägt er ihm eine Flasche auf den Kopf.

Die dazugelerufene Polizei erstattet Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung.

*Polizei Nordhausen 22.10.21;
BT DS 20/718*

21. Oktober 21

Am Hamburger Flughafen soll eine schwangere Iranerin mit ihren sieben und vier Jahre alten Kindern nach Kopenhagen in Dänemark abgeschoben werden.

Während der Abholung in der Unterkunft kam es zur Trennung der Familie. Da der Vater und der 14-jährige Sohn nicht angetroffen wurden, kommt die Frau alleine mit den beiden kleinen Kindern am Flughafen an.

In den Räumen der Bundespolizei bricht sie zusammen und muss notärztlich behandelt werden. Der Notarzt will je-

doch keine Auffälligkeiten entdecken, woraufhin über die Androhung, auch noch Mutter und Kinder durch einen Krankenhausaufenthalt der Mutter zu trennen, weiter Druck auf die Frau ausgeübt wird.

Die Bundespolizei bricht die Abschiebung letztlich auf Grund des schlechten gesundheitlichen Zustandes der Frau ab.
Abschiebungsbeobachtung HH 2021

22. Oktober 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Harburger Poststraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

23. Oktober 21

Boock im Landkreis Vorpommern-Greifswald – Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Gegen 9.15 Uhr stoppt die Bundespolizei einen Kleintransporter der Marke Renault Master, der vorher die polnisch-deutsche Grenze in Blankensee überquert hatte.

Als die Schiebetür geöffnet wird, stellen die Beamt:innen 31 Personen fest, die sich im Kastenbereich des Fahrzeugs auf etwa 6,5 Quadratmetern befinden. Es sind 29 Geflüchtete aus dem Irak und jeweils eine türkische und eine serbische Person: 19 Männer, zwei Frauen und zehn Kinder. Letztere tragen verschlissene, feuchte Schuhe und ihre Füße sind zum Teil mit Aluminium-Folie umwickelt, wodurch sich Scheuerwunden entwickelt haben.

Alle Geflüchteten zeigen Erschöpfungssymptome und werden zunächst zur Bundespolizeiinspektion Pasewalk gebracht. Der 34 Jahre alte polnische Fahrer kommt in Gewahrsam.

An diesem Wochenende treffen sich Neonazis aus verschiedenen Bundesländern an der polnischen Grenze, vor allem in Brandenburg. Die Gruppe "Der III. Weg" hat zu sogenannten Grenzpatrouillen gegen Geflüchtete mobilisiert. Die Polizei versucht dies zu verhindern: Allein am Sonntag werden im Raum Guben 50 Platzverweise erteilt und die Identitäten der Rechten festgestellt. Bei den Personenkontrollen können unter anderem Pfefferspray, ein Bajonett, eine Machete und Schlagstöcke sichergestellt werden.

*BPol 23.10.21;
FAZ 23.10.21; Spiegel 24.10.21;
SVZ 25.10.21; NK 25.10.21;
BT DS 20/6318*

23. Oktober 21

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Nach der Landung eines Flugzeugs aus Punta Cana (Dominikanische Republik) wird eine tote Person im Fahrwerkschacht gefunden.
BT DS 20/6318

24. Oktober 21

Rostock – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/718

26. Oktober 21

Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg. In der Buslinie 227 auf Höhe der Gottlieb-Dunkel-Straße unterhalten sich gegen 19.15 Uhr eine 60-Jährige und ihr 51 Jahre alter Begleiter

lautstark beleidigend und abfällig über geflüchtete Menschen. Als ein von den Äußerungen Betroffener sie bittet, die Beschimpfungen zu unterlassen, wird er persönlich beleidigt und getreten.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*ReachOut (Polizei Berlin 27.10.21);
LT DS Berlin 19/11009;
BT DS 20/718*

26. Oktober 21

Rackwitz im Landkreis Nordsachsen – Bundesland Sachsen. Ein geflüchteter Junge aus Syrien, der die Kita im Ort besucht, hält sich mit seiner 32 Jahre alten Mutter am Nachmittag auf einem Spielplatz auf und wird von zehn anderen Kindern beleidigt, bedrängt und gestoßen. Die anwesenden Mütter der Kinder greifen dabei nicht ein. Als die Syrerin ihrem Sohn zur Hilfe kommen möchte und die anderen Frauen zur Rede stellt, attackieren diese sie körperlich.

Die syrische Familie ist immer wieder rassistischen Übergriffen durch Bewohner:innen des Ortes ausgesetzt. Im Jahre 2020 würgte eine Nachbarin die Tochter, die die Vorschule besucht. Anfang des Jahres bespuckte ein anderer Nachbar die Mutter und versuchte ihr das Kopftuch runterzureißen.

RAA Sachsen

27. Oktober 21

Oldenburg – Niedersachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein Ast gezielt in Richtung einer Gruppe Flüchtlingskinder und ihrer Erzieher:innen geworfen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NieSa 18/10682;
BT DS 20/718*

28. Oktober 21

Dorf Ladenthin im Landkreis Vorpommern-Greifswald – Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt wird eine geflüchtete Person aus dem Irak festgestellt, die wegen einer Schwellung im Beinbereich ins Krankenhaus transportiert werden muss.

BT DS 20/6318

28. Oktober 21

Waidhaus im bayerischen Landkreis Neustadt an der Waldnaab. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt werden in einem LKW drei aus Afghanistan geflüchtete Personen festgestellt. Sie leiden an Unterkühlung, Hunger, Durst und Herzproblemen und kommen alle zunächst in ein Krankenhaus.

BT DS 20/6318

28. Oktober 21

München – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person an, indem er unvermittelt auf deren Rücken einschlägt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/21880;
BT DS 20/718*

29. Oktober 21

Brück im brandenburgischen Landkreis Potsdam-Mittelmark. Gegen 9.15 Uhr halten sich ein 14-Jähriger aus Syrien und ein 14 und ein 15 Jahre alter Geflüchteter aus der Russischen Föderation auf der Treppe des Kiosks am Bahnhof auf. Ein

circa 45 Jahre alter Mann kommt auf sie zu und beginnt, sie rassistisch zu beleidigen. Dann packt er einen der drei Jugendlichen am Hals und schlägt ihm in den Bauch und ins Gesicht. Danach steigt der Täter in einen BMW SUV mit ausländischem Kennzeichen und entfernt sich Richtung Autobahn. Die nachfolgende Fahndung bleibt erfolglos.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Beleidigung und Körperverletzung.

*MAZ 1.11.21;
LT DS Brbg 7/5139;
BT DS 20/718*

29. Oktober 21

Landkreis Görlitz Bundesland Sachsen. In den frühen Morgenstunden werden von der Bundespolizei nahe der Autobahn 4 bei Schöpstal 21 Männer und Frauen aus dem Irak festgestellt, die gerade aus einem Kleintransporter mit polnischen Kennzeichen gestiegen sind. Im Laderaum finden Beamt:innen eine leblose Person vor. Es handelt sich dabei um einen 32-jährigen Mann, ebenfalls aus dem Irak.

Die Bundespolizeidirektion Pirna nimmt noch vor Ort den 48-jährigen türkischen Fahrer des Transporters fest. Sein Begleiter flüchtet.

Die 21 unversehrten Geflüchteten werden von der Polizei dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) übergeben.

Trotz Großfahndung kann der zweite Fluchthelfer, ein 48 Jahre alter Landsmann des Fahrers erst am 11. November in einem Amsterdamer Hotel festgenommen werden.

*BPOL Pirna 29.10.21; mdr 29.10.21;
mdr 1.11.21; BPOL 12.11.21;
BT DS 20/6318*

29. Oktober 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 28 Jahre alter Bewohner aus "Palästinensischen Gebieten" einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

29. Oktober 21

Halle-Neustadt in Sachsen-Anhalt. Gegen 9.00 Uhr dringt ein Mann in ein Mehrfamilienhaus in der Hettstedter Straße ein. Er hat ein großes Messer bei sich, geht in den vierten Stock, bleibt vor der Wohnungstür einer syrischen Familie stehen und beginnt auf diese einzustechen. An die hundert Mal schlägt er das Messer gegen das dünne Türblatt und den Rahmen und stößt mehrmals die Forderung nach Geld aus. Das direkt betroffene Ehepaar, das sich mit ihrem zweijährigen Kind in der Wohnung befindet, steht Todesängste aus, wie die 24-jährige Syrerin später berichtet. Aber auch die Nachbar:innen im Hause bekommen große Angst.

Schließlich läßt der Aggressor von der Tür ab und flüchtet aus dem Haus und erreicht nach circa fünf Minuten seine Wohnung im Thaler Weg.

Die Polizei schickt ein Sondereinsatzkommando (SEK) so dass gegen Mittag der Täter in seiner Wohnung festgenommen werden kann.

*Polizei Halle 29.10.21;
mdr 29.10.21; FR 29.10.21;
TAZ24 29.10.21*

29. Oktober 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Achterdwers gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

30. Oktober 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) August-Kirch-Straße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/6886

Oktober 21

Aserbaidschan. Vier zwischen Juni und November aus Deutschland abgeschobene politische Aktivist:innen werden unter dem Vorwurf des Drogenbesitzes festgenommen. Zwei von ihnen, Mutallim Orujov und Malik Rzayev – beide Mitglieder der oppositionellen Volksfront-Partei von Aserbaidschan (APFP), waren nach der Abschiebung gemäß den Quarantänenvorschriften im olympischen Dorf untergebracht und wurden von Personen, die sie nicht zuordnen konnten, intensiv und unter Folter nach ihren politischen Aktivitäten in Deutschland befragt. Auch sollten sie andere Geflüchtete identifizieren und Auskunft über sie geben. Unterschreiben sollten sie Geständnisse bzgl. Drogenbesitzes.

Über die Verhaftungen war zu der Zeit, laut BBC-News, die Deutsche Botschaft informiert.

Alle Festgenommenen waren während ihres Aufenthaltes in Deutschland politisch engagiert, etwa für die Situation der politischen Gefangenen, gegen illegale Verhaftungen und Folter in Aserbaidschan. (siehe auch: 19. Mai 22)

*MAYDAN-TV 2.2.22;
JAMnews.net 21.5.22;
BT DS 20/4084*

Oktober 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 24 Jahre alter Bewohner aus Guinea einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

Oktober 21

Ilm-Kreis in Thüringen. Ein Geflüchteter aus dem Iran (18–29 Jahre alt) verletzt sich selbst.

LT DS Thüringen 5/5543

Oktober 21

Salle-Orla-Kreis in Thüringen. Ein Geflüchteter aus Afghanistan (18–29 Jahre alt) kündigt seinen Suizid an.

LT DS Thüringen 5/5543

Oktober 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus Somalia einen Suizidversuch durch einen Sprung vom Dach.

LT DS Hessen 20/8307

Oktober 21

Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahmeeinrichtung Karlsruhe für Asylbewerber:innen (Durlacher Allee) unternimmt ein 33 Jahre alter Mann aus Algerien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Oktober 21

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In der Erstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber:innen Schwetzingen unternimmt ein 35 Jahre alter Mann aus der Russischen Föderation einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Oktober 21

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 24 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Oktober 21

Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen (VU) unternimmt eine 19 Jahre alte Frau aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Oktober 21

Sigmaringen in Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 45 Jahre alte Frau aus Kamerun einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Oktober 21

Zollernalbkreis in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 61 Jahre alter Mann aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Oktober 21

Landkreis Rottweil in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen bzw. Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen begeht eine 47 Jahre alte Frau aus dem Irak einen Suizid.

LT DS BaWü 17/2101

Oktober 21

Ingolstadt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Moldawien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Oktober 21

Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Oktober 21

Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Oktober 21

Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft tötet sich eine Person aus Nigeria.

LT DS Bayern 18/21825

Oktober 21

Landkreis Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Schwabmünchen unternimmt eine Person aus Pakistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Oktober 21

Landkreis Donau-Ries im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Otting unternimmt eine Person aus der

Türkei einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Oktober 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwerrn unternimmt eine Person unbekannter Herkunft einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/21825

1. November 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt eine 20 Jahre alte Bewohnerin aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

1. November 21

Halberstadt im Landkreis Harz – Sachsen-Anhalt. In der Hauptstelle der Landeserstaufnahme unternimmt ein 25 Jahre alter Bewohner aus Guinea-Bissau einen Suizidversuch. Der Mann kommt mit einer Notarzt-Einweisung für insgesamt 10 Tage ins Krankenhaus Halberstadt und in die Psychiatrie Blankenburg. Danach wird er noch vier Wochen lang – bis zu seiner Umverteilung – vom psychologischen Dienst intensiv betreut.

LT DS SaAnh 8/772

4. November 21

Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Gegen 15.30 Uhr wird ein 25 Jahre alter Geflüchteter an der Friedrichstraße Ecke Kochstraße von Fans des Fußballclubs Feyenoord Rotterdam zunächst bis zum U-Bahnhof Kochstraße verfolgt. Dabei wird er von einem 52-Jährigen, der den sogenannten Hitlergruß zeigt, zunächst gegen den Rücken geschlagen oder getreten, ein anderer Mann schlägt ihm seinen Regenschirm auf die Schulter.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

Register Friedrichshain-Kreuzberg (BZ 5.11.21);

LT DS Berlin 19/11009;

BT DS 20/718

8. November 21

Arnstadt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/178

8. November 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (UmA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

9. November 21

Halle in Sachsen-Anhalt. In der Südstadt wird gegen 11.50 Uhr ein 26 Jahre alter staatenloser Geflüchteter von einem 21-Jährigen tätlich angegriffen und verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS SaAnh 8/776;

BT DS 20/718

9. November 21

Halle in Sachsen-Anhalt. Eine 26 Jahre alte geflüchtete Frau aus dem Libanon wird von einem 38-jährigen Mann rassistisch und frauenfeindlich beleidigt – dann schlägt er zu und ruft "Sieg Heil!"

Gegen den Täter wird ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung eingeleitet.

*LT DS SaAnh 8/1502;
BT DS 20/5773*

10. November 21

Vom Flughafen Hamburg soll ein 20 Jahre alter Mann mit syrischer Staatsbürgerschaft nach Wien in Österreich abgeschoben werden.

Damit die Abschiebung trotz drei zurückliegender Suizidversuche ungehindert stattfinden kann, wird er von drei sogenannten Personenbegleiter Luft (PBL) und einem Arzt begleitet. Um weitere Suizidversuche zu unterbinden, fesseln die PBL ihn bei seiner Ankunft am Flughafen präventiv im Body Cuff an den Händen, obwohl der Mann sich dem Begleitarzt zufolge, der schon bei der Abholung zur Abschiebung dabei war, bisher kooperativ verhalten habe. Eine zusätzliche Fußfesselung scheitert, da der Body Cuff nicht richtig passt.

Am Flughafen äußert der Begleitarzt diverse Urteile über die vermeintliche Unbrauchbarkeit und Integrationsunfähigkeit des Mannes, der in Deutschland nicht gebraucht werden würde.

Die Abschiebung wird nicht vollzogen, da der Pilot entscheidet, den gefesselten Mann so nicht mitzunehmen.

Abschiebungsbeobachtung HH 2021

12. November 21

Dresden-Friedrichstadt im Bundesland Sachsen. Ein Mann rempelt gegen 11.45 Uhr in einem Laden für Einrichtungsgeschäfte an der Weißeritzstraße eine 35 Jahre alte geflüchtete Frau aus Libyen so stark an, dass diese zu Boden stürzt. Kurz danach steht die Betroffene vor dem Geschäft an der Haltestelle Bahnhof Mitte und wird von einem Mann und einer Frau rassistisch beleidigt und ausgelacht.

Die Polizei beginnt mit den Ermittlungen und sucht nach Zeug:innen.

*Polizei Dresden 15.11.21;
SäZ 15.11.21;
TAG24 15.11.21*

13. November 21

Rendsburg – Schleswig-Holstein. In der Landesunterkunft für Flüchtlinge (LUK) wird ein Geflüchteter von einem Sicherheitsdienst-Mitarbeiter geschlagen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

LT DS SH 19/3531

16. November 21

Halberstadt im Landkreis Harz – Sachsen-Anhalt. In der Hauptstelle der Landeserstaufnahme unternimmt ein 29 Jahre alter Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch. Der Mann kommt für vier Tage zur stationären Behandlung in die Psychiatrie nach Blankenburg. Danach wird er noch vier Wochen lang bis zu seiner "freiwilligen" Ausreise vom psychologischen Dienst intensiv betreut.

LT DS SaAnh 8/772

16. November 21

Naumburg im Burgenlandkreis – Sachsen-Anhalt. Gegen 18.10 Uhr wird ein 23 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien auf dem Markt von Unbekannten tödlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/777;
BT DS 20/718*

18. November 21

Schwerin – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tödlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/718

18. November 21

Königs Wusterhausen im brandenburgischen Landkreis Dahme-Spreewald. Eine 35 Jahre alte Geflüchtete aus Syrien wird von einer 34-jährigen Frau – rassistisch motiviert – tödlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/5139;
BT DS 20/718*

18. November 21

Dresden im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 26 Jahre alter Bewohner aus Tunesien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

18. November 21

München – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person an, indem er sie schlägt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/21880;
BT DS 20/718*

18. November 21

AnKER-Zentrum Neu-Ulm im Regierungsbezirk Schwaben im Bundesland Bayern. Ein 24-jähriger Bewohner stirbt beim Sprung vom Dach der sechsstöckigen Unterkunft. Reanimationsversuche der Rettungskräfte sind vergeblich, er stirbt vor Ort an seinen schweren Verletzungen.

Ehrenamtliche Untersützer:innen der dort untergebrachten Geflüchteten sind sich sicher, dass es sich um einen Suizid handelt. Der aus Afghanistan geflüchtete Mann litt unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung. Er war im August nach Deutschland gekommen und seit September in der Unterkunft untergebracht. Das ehemalige Speichergebäude aus der NS-Zeit gleicht einer Internierungsanstalt: So werden die bis zu 250 dort untergebrachten Menschen bei jeder Rückkehr ins Haus vom Sicherheitspersonal durch komplette Leibesvisitationen kontrolliert.

*SWP 23.11.21;
Neu-Ulmer Ztg 3.2.22*

19. November 21

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (UmA) Feuerbergstraße gerufen,

weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

22. November 21

Oldenburg – Schleswig-Holstein. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/178

23. November 21

Bundesland Brandenburg. Der 33 Jahre alte Herr X. wird nach fast acht-jährigem Deutschland-Aufenthalt nach Tschetschenien abgeschoben, womit seine seit Jahren laufenden medizinischen und psychiatrischen Therapien abrupt abbrechen.

Herr X. ist seelisch und körperlich schwer krank. Er leidet an Epilepsie mit einem hohen Maß an Selbstgefährdung – wegen schwerer dissoziativer Krampfanfälle musste er häufig stationär behandelt werden. Seit 2014 stand er – mit kurzen Unterbrechungen – unter psychiatrischer Behandlung und Medikation mit Psychopharmaka – eng angebunden an die Psychiatrische Institutsambulanz Vivantes in Berlin.

Die schweren neurologischen Zustände haben bei ihm direkte Auswirkungen auf den Körper (somatoforme Funktionsstörungen), zudem leidet er unter gefährlich hochschnellendem Blutdruck, weswegen er öfter mit Rettungskräften ins Krankenhaus gebracht werden musste. Auch aufgrund eines erlittenen Schlaganfalls war er einen Großteil seiner Zeit in Deutschland gezwungen, sich stationären Behandlungen zu unterziehen.

Sein Asylantrag war 2018 abgelehnt worden und er war seitdem ohne anwaltliche Begleitung.

Soweit es sein Krankheitszustand zuließ, engagierte er sich ehrenamtlich beim Arbeiter-Samariter-Bund. Er absolvierte etliche Praktika (Kindergarten, Wäscherei, Ferienlager, Falkenseer Tafel) und kümmerte sich auch um seine berufliche Fortbildung (Berufsvorbereitung, Brandschutzhelfer, Wachschutz, Erste-Hilfe-Kurs). Zwei Ausbildungsplätze zum Erziehungshelfer musste er aus Krankheitsgründen wieder aufgeben.

Dreimal verweigerte die Ausländerbehörde Rathenow eine Arbeiterlaubnis für Jobs, die er selbst gefunden hatte. Im September hatte er eine weitere Bewerbung im Krankenhaus Nauen abgegeben, denn er hoffte immer noch auf die Worte in seiner Aufenthaltsduldung: "Arbeit gestattet mit Erlaubnis der Ausländerbehörde."

Er musste fast acht Jahre lang in dem Übergangwohnheim in Friesack leben, durfte nicht ausziehen, durfte sich keine eigenen Möbel anschaffen – nicht einmal einen Staubsauger, einen Kühlschrank oder eine eigene Kochplatten erlaubte ihm die Behörde.

Er hatte sich trotzdem mit viel Kraft und Durchhaltewillen eine bescheidene Lebensperspektive aufgebaut, die durch die Abschiebung abrupt zerstört wurde.

Am 22. November gegen 19.30 Uhr erschienen – für ihn völlig überraschend – sechs Polizeibeamt:innen in Begleitung eines Arztes im Wohnheim und forderten ihn auf, schnell seine Sachen zu packen. Das Handy wurde ihm abgenommen und anderweitig telefonieren durfte er nicht mehr. Es gelang ihm nur noch, einem Mitbewohner zuzurufen, dass dieser Freund:innen informieren solle.

Diese versuchten dann gemeinsam herauszufinden, wo er hingebracht wurde und erfuhren gegen 23.30 Uhr auf dem

unbeschilderten Gelände des Flughafen-Areals BER in Schönefeld, an einem Zaun des Abschiebezentrums Berlin-Brandenburg, dass er wahrscheinlich hier einsitzt. Die Freund:innen – unter ihnen sein ehrenamtlicher Rechtsbeistand (von Beruf Familienrichter in Berlin) und eine Dolmetscherin – baten die Beamt:innen mit dem Betroffenen – wenigstens telefonisch – sprechen zu dürfen, was ihnen verwehrt wurde. Es seien derzeit keine Besuchszeiten und sie sollen morgen wiederkommen. Sie bekamen allerdings die Zusage, dass Herr X. sie zurückrufen wird.

Sie warteten in der Kälte am Zaun, bis nach circa eineinhalb Stunden ein Freund aus dem Übergangsheim anrief und berichtete, dass Herr X. ihn gerade telefonisch erreicht hatte – 40 Sekunden hatte das Gespräch gedauert. Die Nachricht war, dass er kein Telefon hätte und nach Moskau ausgeflogen werden sollte.

Tatsächlich war Herrn X. verwehrt worden, in seinem eigenen Handy die Telefonnummern einzusehen, um sich bei seinen Freund:innen, die vor dem Gebäude auf den Anruf warteten, melden zu können. Die einzige Nummer, die er im Kopf hatte, war die des Freundes aus dem Wohnheim.

Schließlich wurde ihm dann doch noch ein Gespräch mit seinem Rechtsbestand gewährt. Dabei standen aber mehrere Polizist:innen um ihn herum (einer übersetzte das Gespräch), und diese beendeten das Gespräch nach circa zwei Minuten.

Weil Herr X. sich gegen die Beendigung des Telefonates wehrte, wurde er von mehreren Beamt:innen niedergerungen, in eine Einzelzelle gesperrt und ihm wurden schwerwiegende Konsequenzen angedroht, wenn er sich nicht ruhig verhielte.

Am nächsten Tag fuhr eine sehr enge Freundin in das Übergangsheim, um nach Attesten und Rezepten zu suchen, mit denen die in der Nacht engagierte Anwältin juristisch gegen die Abschiebung vorgehen könnte. Trotz persönlicher Vollmacht von Herrn X., die seine Bekannte vorlegte und die er telefonisch auch an die Einrichtung geschickt hatte, verweigerten sowohl die Leiterin als auch die Sozialarbeiterin noch über eine Woche lang den Zutritt zu seinem Zimmer – es hätten nur enge Angehörige Zutritt zu seinen Sachen, waren die Aussagen.

In dieser Nacht zum 23. November war Herr X. bereits nach zweistündiger Fahrt – auf einem Metallsitz im Polizeifahrzeug festgemacht – nach Leipzig gebracht worden. Er hatte extrem starke Kopfschmerzen und war mehrmals der Ohnmacht nahe – bekam aber keinerlei Medikamente.

Gegen 14.00 Uhr rief seine Berliner Anwältin im Abschiebezentrum BER an und wurde nicht darüber informiert, dass ihr Mandant gar nicht mehr dort war. Stattdessen wurde behauptet, dass an diesem Tag aufgrund von Computer-Problemen keinerlei Abschiebungen vom BER stattfänden. Die Juristin arbeitete also weiter an einem Eilrechtsschutzantrag.

Gegen 15.00 Uhr meldete sich Herr X. bei seinen Freund:innen und berichtet, dass er im Rahmen einer Sammelabschiebung bereits um 10.00 Uhr von Leipzig nach Moskau abgeschoben worden war. Er wurde von drei Polizeibeamt:innen begleitet, die ihn in Moskau direkt dem russischen Geheimdienst (FSB) übergaben.

Später berichtet er, dass er sich bis abends Leibesvisitationen und Verhören unterziehen musste und aufgrund der Fragen war ihm klar geworden, dass die russischen Verhörer:innen den Inhalt seines Asyl-Interviews aus Eisenhüttenstadt kannten.

Um die Weiterfahrt in seinen Herkunftsort, einem kleinen Dorf bei Grosny, muss er sich selbst kümmern. Er kommt bei seiner Mutter unter, hat jedoch keinerlei medizinische Versorgung und kann sich Medikamente oder Arzt-Besuche auch gar nicht leisten.

Zunächst erreicht ihn noch die finanzielle Unterstützung seines Freundeskreises aus Brandenburg, die aber abbricht, als aufgrund des Überfalls der Russischen Armee auf die Ukraine WesternUnion und andere Banken geschlossen werden.

Es geht ihm körperlich und seelisch immer schlechter und er verzweifelt zunehmend.

*FRat Bbg 9.12.21
Freundeskreis von Herrn X.;
Bericht des Betroffenen*

23. November 21

Landkreis Spree-Neiße im Bundesland Brandenburg. Nahe der deutsch-polnischen Grenze und nördlich von Guben – zwischen den Orten Breslack und Coschen – finden Rettungskräfte in einem Wald fünf Männer, eine Frau und einen toten 25-Jährigen – alle kommen aus dem Irak. Sie selbst haben den Notruf abgesetzt, weil es dem jungen Mann nicht gut ging. Die Sanitäter:innen können jedoch nur noch den Tod feststellen.

Bei dem Gestorbenen handelt es sich um den Kurden Baxtiyar Anwar, der in Ostkurdistan im Flüchtlingslager Altaş in der Nähe von Ramkadi im Zentralirak geboren wurde. Als er neun Jahre alt war, zog seine Familie nach Südkurdistan zurück und lebte im Barika Camp.

Ende Oktober war er nach Belarus aufgebrochen, um Europa zu erreichen. Es war sein zweiter Versuch – der erste war im September gescheitert und endete mit der Abschiebung nach Südkurdistan.

Am 13. November hatte er ein Video aus Minsk an den kurdischen Journalisten und Aktivisten Ranj Peshdari gesendet, in dem er berichtet, dass er mit einer Gruppe zur polnischen Grenze gelangen wolle. Er wirkte zuversichtlich und gesund, so Peshdari. Als er sich wieder meldete, berichtete er, dass die polnischen Behörden versuchten, sie zur Rückkehr zu zwingen. Er sei jedoch trotz "Schmerzen in seinem Herzen und in seinen Augen" entschlossen, Deutschland zu erreichen. Danach meldete er sich nicht mehr.

Die Mordkommission der Polizei-Direktion Ost nimmt Ermittlungen zu dem Todesfall auf und die Bundespolizei beginnt wegen des Verdachts der unerlaubten Einreise zu ermitteln.

Die Geflüchteten werden nach Frankfurt (Oder) gebracht, wo sie beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Asylanträge stellen.

Noch vor Abschluss der Ermittlungen deuten die Ergebnisse der rechtsmedizinischen Untersuchungen auf die hohe Wahrscheinlichkeit hin, dass die Todesursache von Baxtiyar Anwar – eine lebensgefährliche Entgleisung seines Stoffwechselsystems (Ketoacidose) – "aufgrund der Flucht mit Nahrungskarenz und/oder körperlicher Beanspruchung des Verstorbenen hervorgerufen worden sei."

Baxtiyar Anwar findet im Barika Camp seine letzte Ruhestätte.

*Welt 24.11.21; BeZ 25.11.21;
jW 25.11.21; ANF 15.12.21;
StA Frankfurt (Oder) 13.5.22;
BT DS 20/6318*

23. November 21

Kamenz im sächsischen Landkreis Bautzen. Noch in der Nacht soll Familie E. abgeschoben werden. Frau E. ist hochschwanger und hat zudem ein schweres Nierenleiden. Als Herr E. dies den Polizeibeamt:innen berichtet, wird Frau E. mit einem Notarztwagen zur Prüfung ihres Gesundheitszustandes ins Krankenhaus gefahren. Hier wird ihr ihre Flugunfähigkeit bescheinigt und eine stationäre Behandlung empfohlen. Da-

raufhin wird ihre Abschiebung und die ihrer sieben und elf Jahre alten Kinder abgebrochen. Ihr Mann allerdings wird noch am gleichen Tag vom Flughafen Leipzig/Halle nach Tschetschenien ausgeflogen. Damit ist die Familie getrennt.

Die Eheleute waren vor neun Jahren nach Deutschland gekommen – ihr jüngstes Kind ist hier geboren. Herr E. arbeitete schon längere Zeit bei einer Wachschutzfirma mit festem Vollzeitvertrag. Auch vom Sozialamt erhielt die Familie keinerlei finanzielle Unterstützung. Die Geburt seines dritten Kindes, die auf den Jahreswechsel terminiert ist, wird Herr E. nicht miterleben dürfen.

FRat Sachsen 13.12.21

23. November 21

Abschiebehafeinrichtung im bayerischen Eichstätt. Eine einsitzende Person aus Ghana versucht sich zu strangulieren.

BT DS 20/6318

24. November 21

Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Von einem Auto heraus werden Feuerwerkskörper auf die Flüchtlingsunterkunft in der Dingolfinger Straße geschossen. Als der Wachschutz sich dem Wagen nähert, entfernen sich die Angreifer:innen.

Register Marzahn-Hellersdorf

30. November 21

Delitzsch im sächsischen Landkreis Nordsachsen. Der siebenjährige Ahmad T., seit zwei Monaten Erstklässler in der Grundschule, wird nach dem Schulunterricht von draußen wartenden Polizeibeamt:innen vor den Augen seiner Mitschüler:innen und der Lehrkräfte abgefangen. Sein Klassenlehrer begleitet ihn dann zum Einsatzwagen der Polizei.

Eigentlich sollte er von seiner Bezugserzieherin zum Hort gebracht werden, diese erhält jedoch die Antwort, dass er jetzt mit seiner Mutter und seiner Großmutter nach Tschetschenien abgeschoben werde.

Seine Mutter war vor den Gewalttätigkeiten ihres Ehemannes geflohen und hatte in Deutschland Asyl beantragt. Dieser Schutz wurde ihr nicht gewährt, weil in Deutschland geschlechtsspezifische Fluchtgründe nicht anerkannt werden.

FRat Sachsen 30.11.21

November 21

Ilm-Kreis in Thüringen. Ein Geflüchteter aus dem Iran (18–29 Jahre alt) verletzt sich selbst.

LT DS Thüringen 5/5543

November 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus dem Irak einen Suizidversuch durch einen Sprung aus dem Fenster.

LT DS Hessen 20/8307

November 21

Baden-Württemberg. Im Ankunftszentrum Heidelberg für Asylbewerber:innen unternimmt ein 19 Jahre alter Mann aus Marokko einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

November 21

Baden-Württemberg. Im Ankunftszentrum Heidelberg für Asylbewerber:innen unternimmt ein 19 Jahre alter Mann aus Marokko einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

November 21

Baden-Württemberg. Im Ankunftszentrum Heidelberg für Asylbewerber:innen unternimmt eine 14-jährige Jugendliche aus Nordmazedonien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

November 21

Baden-Württemberg. Im Ankunftszentrum Heidelberg für Asylbewerber:innen begeht eine 21 Jahre alte Frau aus dem Irak einen Suizid.

LT DS BaWü 17/2101

November 21

Tübingen in Baden-Württemberg. In der Erstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 44 Jahre alte Frau aus der Türkei einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

November 21

Fürstentfeldbruck im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Tansania einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/21825

1. Dezember 21

Dresden-Gorbitz im Bundesland Sachsen. Ein weißer Kleintransporter rast gegen 19.30 Uhr auf dem Omsewitzer Ring mehrmals auf eine Gruppe Jugendlicher aus Syrien, Russland und dem Libanon zu. Die sechs Jungs im Alter von 11 bis 17 Jahren müssen dem Auto immer wieder ausweichen. Kurz danach bleibt das Fahrzeug stehen, der Beifahrer steigt aus und greift unvermittelt einen 17-Jährigen körperlich an. Während der Attacke beleidigt der Fahrer des Autos die Jugendlichen rassistisch.

Die Polizei beginnt mit den Ermittlungen wegen Bedrohung, versuchter gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung und sucht nach Zeug:innen.

*Polizei Dresden 2.12.21;
DNN 2.12.21;
TAG24 2.12.21*

1. Dezember 21

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt im Bundesland Thüringen. Neun Einsatzkräfte der Thüringer Polizei, ein Mitarbeiter der Ausländerbehörde und ein von der Zentralen Abschiebestelle beauftragter Arzt erscheinen in der Unterkunft einer afghanischen Familie, um sie – entsprechend dem Dublin-Verfahren – nach Schweden rückzuschicken.

Als der Familienvater ein Messer in die Hand nimmt, setzt die Polizei Pfefferspray gegen ihn ein. Jetzt erst beginnt er sich mit dem Messer selbst zu verletzen. Ein Rettungswagen wird gerufen; danach erfolgt die Anforderung eines Notarztes und schließlich kommt nicht nur der Mann, sondern auch seine Frau ins Krankenhaus. Eine ärztlich-psychiatrische Bescheinigung bzgl. des Gesundheitszustands der Frau (Depression, Posttraumatische Belastungsstörung, glaubhafte Suizidabsichten) liegt der Ausländerbehörde seit November 2021 vor.

Trotz des begründeten Abbruchs der Rückschiebung, droht das Landratsamt den nächsten Versuch für den 20. Januar 22 an. Auch für diesen Termin wird ein Notfallsanitäter im voraus geordert.

Im Mai 2022 stellt die Familie einen Antrag auf Wiederaufgreifen des Verfahrens und zugleich einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz, wodurch schließlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verpflichtet wird, eine Abschiebung derzeit nicht durchzuführen.

Die Familie hofft, dass das BAMF den Selbsteintritt erklärt und dadurch das Verfahren in der Bundesrepublik durchgeführt werden kann.

LT DS Thüringen 7/6290

2. Dezember 21

Dettingen an der Iller im Landkreis Biberach im Bundesland Baden-Württemberg. Gegen 0.30 Uhr versucht der Fahrer eines Opel-Kleinbusses auf der Bundesautobahn 7 – Richtung Ulm – einen Sattelschlepper zu überholen. An der Anschlussstelle Berkheim kollidiert er mit dem LKW, schleudert auf die rechte Fahrbahn, durchbricht einen Wildschutzzaun und überschlägt sich auf einem angrenzenden Acker. Die zum Unfallort gerufenen Polizeibeamt:innen finden in der Nähe des Kleinbusses eine tödlich verletzte, männliche Person. Weitere sieben Personen, die sich erst vom Unfallort entfernt hatten, dann zurückkehrten, weisen teils leichte, teils schwere Verletzungen auf. Ein Polizeihubschrauber sucht die Umgebung mit Wärmebildkamera ab, ohne weitere Personen zu finden. Die Suchmaßnahmen werden am Tag intensiv fortgesetzt. Der Fahrer des Sattelzug bleibt unverletzt.

Nach den vier Tage später vorliegenden Ermittlungsergebnissen der Bundespolizei handelt es sich bei dem 19-jährigen Fahrer des Opels und seinem 23 Jahre alten Beifahrer um indische Staatsbürger, deren Ausweise in Italien ausgestellt wurden. Auch die anderen sechs Männer, darunter der Verstorbene, werden aufgrund der Untersuchung des Gepäcks und der Ausweise als Inder identifiziert, die aus Italien nach Deutschland gebracht wurden.

Fünf von ihnen beantragen Asyl. Wegen des Verdachts der Schleusung mit Todesfolge ordnet die Staatsanwaltschaft Ravensburg für Fahrer und Beifahrer Untersuchungshaft an.

*SchwZ 6.12.21; BPol Stuttgart 2.12.21;
Illertisser Ztg 2.12.21; swr 2.12.21*

3. Dezember 21

Kempten – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/718

4. Dezember 21

Schongau – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung schlägt ein Mann eine geflüchtete Person, weil diese zum Christentum konvertierte.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/21880;
BT DS 20/718*

5. Dezember 21

Sangerhausen im Landkreis Mansfeld-Südharz – Sachsen-Anhalt. Gegen 2.50 Uhr werden ein 17 Jahre alter Syrer und ein 18-jähriger Geflüchteter aus dem Kosovo auf der Straße von zwei Männern angegriffen und verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/777;
BT DS 20/718*

5. Dezember 21

Frammersbach – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person an, indem er sie tritt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/21880;
BT DS 20/718*

5. Dezember 21

Bundesland Nordrhein-Westfalen. Nahe der Bundesautobahn A 40 – auf einem Firmenparkplatz – stellt ein 32 Jahre alter Fahrer eines Lastkraftwagens Klopfgeräusche aus dem Laderaum fest und verständigt um 3.25 Uhr die Polizei Kleve. Diese findet nach Öffnung des Kühltransporters vier Geflüchtete aus Afghanistan im Alter von 13, 16, 17 und 19 Jahren. Sie leiden an Unterkühlung, denn es herrscht zu diesem Zeitpunkt in dem Raum eine Temperatur von -1 Grad Celsius.

Es stellt sich heraus, dass die vier Personen bereits in Calais (Frankreich) in den LKW geklettert sind. In Belgien gaben sie Notrufe ab und beschrieben, dass sie in einem LKW sitzen würden. Da eine Ortung des Handys fehlschlug, gaben die belgischen Polizeibeamt:innen die Meldungen an deutsche und niederländische Kolleg:innen weiter.

Die Polizei Viersen kann schließlich bestätigen, dass es sich bei den in Not geratenen Personen um die jetzt aufgefundenen Geflüchteten handelt.

Die Minderjährigen werden in die Obhut des Jugendamtes gegeben und der 19-Jährige wird am nächsten Tag dem zuständigen Haftrichter zugeführt, weil seine Fingerabdrücke bereits in Bulgarien, Österreich und Rumänien bekannt sind. Der ukrainische LKW-Fahrer kann seine Fahrt fortsetzen.

*BPOL NRW 6.12.21;
BT DS 20/6318*

8. Dezember 21

Am Flughafen in Hamburg soll eine 39-jährige Frau mit ihren vier Kindern im Alter von sechs, neun, zwölf und dreizehn Jahren nach Istanbul in die Türkei abgeschoben werden.

Bereits in der Wohnung wurde sie gefesselt, nachdem sie versucht hatte, sich mit einem Messer in die Hand zu schneiden. Ihr wurde nach der Fesselung ein Beruhigungsmittel verabreicht. Den Weg zum Flughafen hatte sie geschrien und versucht, sich gegen ihre Abschiebung zu wehren.

Die Bundespolizei am Hamburger Flughafen entscheidet auf Grund des schlechten Zustandes der Frau, die Abschiebung nicht durchzuführen.

Abschiebungsbeobachtung HH 2021

9. Dezember 21

Magdeburg in Sachsen-Anhalt. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung unternimmt ein 41 Jahre alter Bewohner aus Georgien einen Suizidversuch. Der Mann kommt mit einer Notarzt-Einweisung ins Krankenhaus und danach für sieben Tage in die Psychiatrie nach Blankenburg. Anschließend wird er noch sieben Wochen lang – bis zu seiner Umverteilung – vom psychologischen Dienst der ZASt intensiv betreut.

LT DS SaAnh 8/772

12. Dezember 21

Landkreis Zwickau im Bundesland Sachsen. In einem Wohnprojekt unternimmt eine 49 Jahre alte Bewohnerin aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

12. Dezember 21

Landeshauptstadt Kiel vom Bundesland Schleswig-Holstein. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt wird eine geflüchtete Person aus Syrien von Bundespolizist:innen kontrolliert und gefesselt. Die Person wehrt sich

gegen die Maßnahme und schlägt dabei mit dem Kopf gegen eine Wand.

BT DS 20/6318

14. Dezember 21

Flughafen Frankfurt am Main. Um 6.40 Uhr startet eine Maschine in Richtung Islamabad mit 40 Pakistani an Bord. Die Betroffenen waren aus Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Hamburg und Rheinland-Pfalz sowie aus dem hessischen Abschiebungsknast Darmstadt abgeholt worden.

Mit im Flieger sitzt ein Mann, der vor wenigen Wochen Vater geworden ist. Mit der deutschen Mutter seines Kindes lebte er in Hessen.

Ein abgelehnter Asylbewerber aus Rheinland-Pfalz wird abgeschoben, obwohl er unmittelbar vor einer zweiten Augen-Operation steht. Sein Gesuch um Asyl hatte er mit der Gefahr um sein Leben in Pakistan begründet. Er wurde wegen einer Landstreitigkeit sowohl von Dorfbewohner:innen als auch von Verwandten bedroht. Im Juni 2022 wird er von Personen aus dieser Gruppe heraus angeschossen.

*Hum Hain Pakistan 14.12.21;
Hum Hain Pakistan 24.1.22*

15. Dezember 21

Burg im brandenburgischen Landkreis Dahme-Spreewald. Ein 35 Jahre alter Syrer wird von einer 34-jährigen Frau aus rassistischen Gründen verbal und tätlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/5139;
BT DS 20/718*

16. Dezember 21

Bundesland Bayern. Drei Polizeibeamt:innen müssen sich wegen Nötigung in besonders schwerem Fall, Hausfriedensbruchs, versuchte Körperverletzung im Amt, Geheimnisverrats und Verletzung von Persönlichkeitsrechten vor dem Amtsgericht Schweinfurt verantworten.

Zwischen November 2019 und März 2020 haben die Polizeibeamten Martin H. und Andreas J. bei Einsätzen im AnKER-Zentrum Geldersheim diskriminierende und rechtswidrige Drogenkontrollen durchgeführt. Dabei wurde ein Bewohner von Martin H. mit den Worten "I will kill you" mit dem Tode bedroht. Der Beamte bekräftigte seine Aussage mit der Geste des Kehle-Durchschneidens. Mit dieser Mord-Drohung setzte er den Geflüchteten unter Druck, ihm zu sagen, wer in der Unterkunft mit Rauschgift handle.

Ohne das Wissen der verantwortlichen Leitung der Einrichtung hatten sich die Beamten mit einem Generalschlüssel Zugang zu den Zimmern verschafft und diese durchsucht, ohne Durchsuchungsbeschlüsse zu haben.

Eine geringe Menge Cannabis, die dabei gefunden wurde, schenkten sie einem "Informanten" als Belohnung. Sie veranlassten auch einen Bewohner, als Lockvogel Drogen von einem anderen Bewohner zu kaufen. Andreas J. hat zudem Drogen für sich persönlich behalten.

Die Gerichtsverhandlung offenbart die rassistische und rechtsextreme Haltung der Beamt:innen. So haben Andreas J. und seine Kollegin Anna W. bei kaltem Wetter den Dienstwagen beschleunigt und absichtlich durch eine Pfütze gelenkt, um Umstehende "vermeintlich fremdländischer Herkunft" nass zu spritzen. Das haben sie gefilmt und über Social Media mit dem Satz: "Ich habe mir gerade einen Kindheitstraum erfüllt" kommentiert.

Ausgewertete Smartphone-Chats von Andreas J. ergaben, dass J. das Attentat von Halle mit einem Lach-Smiley und den Worten "ein paar Dönerboys weggemacht" kommentierte. Der Begriff "Kanake", ein Überraschungsei als Handgranate mit dem sinngemäßen Verweis "Sonderedition Asyl" gehörten ebenso dazu wie Bilder und Personalien von Festgenommenen. Sein Kollege Martin H. hatte ein Video verschickt und mit dem Verweis auf die Hautfarbe eines Mannes kommentiert: "Ab in die Zelle. Dem Ni**a hinterher".

Mit der Zusage, zum Tatgeschehen auszusagen, geht Anna W. auf den Vorschlag der Staatsanwaltschaft ein und erreicht damit die vorläufige Einstellung ihres Verfahrens gegen eine Geldstrafe von 5000 Euro. Sie war bereits vorher schon in eine andere Dienststelle versetzt worden. Martin H. wird zu einem Jahr und zwei Monaten Haft auf Bewährung unter anderem wegen Nötigung verurteilt. Andreas J. muss eine Geldstrafe von 5000 Euro bezahlen. Beide sind seit Beginn der Ermittlungen im Jahre 2020 ohnehin vom Dienst suspendiert.

*Br24 16.12.21
SZ 16.12.21*

18. Dezember 21

Waidhaus im bayerischen Landkreis Neustadt an der Waldnaab. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt werden in einem LKW zwei aus Marokko geflüchtete Personen festgestellt. Sie leiden an Erfrierungen und eine Person hat zudem noch einen Wirbelbruch – aufgrund der tagelangen Fahrt auf dem Fahrgestell.

BT DS 20/6318

20. Dezember 21

Königstein im sächsischen Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Als Polizeibeamt:innen am späten Abend in die Räume der sechsköpfigen Familie U. eindringen und die Abschiebung in die Russischen Föderation durchsetzen wollen, beginnen die vier Kinder in Angst und Panik zu schreien und ihre Mutter bekommt in dieser Ausnahmesituation einen epileptischen Anfall. Der Notarzt wird gerufen und er entscheidet, dass Frau U. ins Krankenhaus gebracht werden muss.

Da in diesem Moment die Polizeibeamt:innen in Aussicht stellen, dass in diesem Fall der Mann alleine mit den vier Kindern abgeschoben wird, willigt Frau U. – entgegen ärztlichen Rates – in ihre eigene Abschiebung ein, um bei ihrer Familie zu bleiben.

Als sie am nächsten Tag am Berliner Flughafen ankommen, erfahren sie, dass der Charterflug schon ausgebucht ist, und sie aus Platzgründen nicht mitfliegen können. Die Familie musste also völlig umsonst die dramatischen Stunden in Angst und Schrecken erleben und kann zunächst nach Königstein zurückkehren.

Der Sammelcharter startet um 9.40 Uhr in Richtung Moskau mit 60 Personen, die an diesem Tag abgeschoben werden.

FRat Sachsen 23.12.21

20. Dezember 21

Rudolfstadt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/718

21. Dezember 21

Brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam. Am Charlottenhof in der Zeppelinstraße wird ein 20 Jahre alter Geflüchteter

aus dem Tschad, als er aus einem Supermarkt Kaufland kommt, von einem 33-jährigen Aggressor – rassistisch motiviert – beleidigt und tätlich angegriffen. Der Täter wird kurzfristig festgenommen und ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet.

*OPP;
LT DS Brbg 7/5139;
BT DS 20/718*

25. Dezember 21

München – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person an, indem er dieser die Faust ins Gesicht schlägt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/21880;
BT DS 20/718*

31. Dezember 21

Wedel – Schleswig-Holstein. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/178

31. Dezember 21

Nürnberg – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person an, indem er dieser mehrmals mit der Faust ins Gesicht schlägt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/21880;
BT DS 20/718*

31. Dezember 21

In der saarländischen Kreisstadt St. Wendel wird gegen 21.15 Uhr an der Tankstelle Linxweilerstraße ein Syrer von einem circa 20-Jährigen angegriffen. Nach Beschimpfungen und rassistischen Beleidigungen schlägt der Mann dem Syrer mit dem Unterarm auf die Nase und verletzt ihn dadurch.

Die Polizei beginnt mit der Fahndung nach dem Täter und sucht nach Zeug:innen.

Die Rheinpfalz 2.1.22

Dezember 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine 26 Jahre alte Bewohnerin aus Nigeria einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

Dezember 21

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 39 Jahre alter Bewohner aus Marokko einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/8699

Dezember 21

Ilm-Kreis in Thüringen. Ein Geflüchteter aus dem Iran (18 –29 Jahre alt) unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Thüringen 5/5543

Dezember 21

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen. Ein Geflüchteter aus Libyen (30–49 Jahre alt) unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Thüringen 5/5543

Dezember 21

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen. Die Abschiebung eines Geflüchteten aus Afghanistan (30–49 Jahre alt) nach dem Dublin-Verfahren muss wegen seines Suizidversuchs abgebrochen werden.

LT DS Thüringen 7/5607

Dezember 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus Marokko einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

Dezember 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt eine Geflüchteter aus dem Irak einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

Dezember 21

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt eine Geflüchteter aus dem Irak einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

Dezember 21

Landkreis Göppingen in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen (VU) unternimmt eine 39 Jahre alte Frau aus Indonesien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Dezember 21

Landkreis Heilbronn in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 38 Jahre alte Frau aus Nordmazedonien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Dezember 21

Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen (VU) unternimmt eine 41 Jahre alte Frau aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Dezember 21

Landkreis Schwäbisch Hall in Baden-Württemberg. In einer Unterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt ein 29 Jahre alter Mann aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Dezember 21

Gemeinde Poing im bayerischen Landkreis Ebersberg. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Pakistan einen Suizidversuch.

LT DS Bayern 18/21825

Dezember 21

Eching im bayerischen Landkreis Freising. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Dezember 21

Bad Aibling im bayerischen Landkreis Rosenheim. In einer

Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus der Ukraine einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/21825

Dezember 21

Regensburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizid durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/21825

Dezember 21

Landkreis Lichtenfels im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Weismain unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Dezember 21

Ansbach im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Dezember 21

Nürnberg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/21825

Dezember 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geldersheim unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/21825

Dezember 21

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwern unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/21825

Dezember 21

Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS Bayern 18/21825

Dezember 21

Landkreis Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Neu-Ulm tötet sich eine Person aus Afghanistan durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/21825

4. Quartal 21

Stadt Gera in Thüringen. Die Abschiebung einer Geflüchteten aus Afghanistan (18–29 Jahre alt) nach dem Dublin-Verfahren muss wegen ihrer Selbstverletzung abgebrochen werden.

LT DS Thüringen 7/5607

4. Quartal 21

Stadt Gera in Thüringen. Die Abschiebung eines Geflüchteten aus Afghanistan (30–49 Jahre alt) nach dem Dublin-Verfahren muss wegen seiner Selbstverletzung abgebrochen werden.

LT DS Thüringen 7/5607

4. Quartal 21

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen. Die Abschiebung einer Geflüchteten aus Afghanistan (18–29 Jahre alt) nach dem Dublin-Verfahren muss wegen ihrer Selbstverletzung abgebrochen werden.

LT DS Thüringen 7/5607

2. Halbjahr 21

Innerhalb der letzten sechs Monate mussten am Flughafen Berlin-Brandenburg zwei Abschiebungen wegen versuchter Selbstverletzung oder versuchtem Suizid abgebrochen werden. Davon war eine Rückschiebung entsprechend dem Dublin-Verfahren geplant.

BT DS 20/890

2. Halbjahr 21

Innerhalb der letzten sechs Monate musste am nordrhein-westfälischen Flughafen Düsseldorf eine Abschiebung entsprechend dem Dublin-Verfahren wegen versuchter Selbstverletzung oder versuchtem Suizid abgebrochen werden.

BT DS 20/890

2. Halbjahr 21

Innerhalb der letzten sechs Monate mussten am hessischen Flughafen Frankfurt am Main zwei Abschiebungen wegen versuchter Selbstverletzung oder versuchtem Suizid abgebrochen werden.

BT DS 20/890

2. Halbjahr 21

Innerhalb der letzten sechs Monate musste am bayerischen Flughafen München eine Abschiebung entsprechend dem Dublin-Verfahren wegen versuchter Selbstverletzung oder versuchtem Suizid abgebrochen werden.

BT DS 20/890

Im Jahre 2021

Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landesregierung wurde in sechs Fällen die Polizei gerufen, weil Geflüchtete sich selbst töteten – in zehn zusätzlichen Fällen handelte es sich um Suizidversuche.

LT DS MeckPom 8/615

Im Jahre 2021

Nach Auskunft der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales haben sich drei geflüchtete Personen selbst getötet. (Ein Suizid ist hier bereits dokumentiert)

Abgeordnetenhaus Berlin 19/11911

Im Jahre 2021

Nach Auskunft der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales haben sich 17 Geflüchtete selbst verletzt oder versucht, sich umzubringen.

(Zwei Selbstverletzungen ist hier bereits dokumentiert)

Abgeordnetenhaus Berlin 19/11911

Im Jahre 2021

Bundesland Sachsen-Anhalt. Das Innenministerium gibt bekannt, dass es im Rahmen von Abschiebungen zu zwei Suizidversuchen von Betroffenen gekommen ist.

LT DS SaAnh 8/814

Im Jahre 2021

Schleswig-Holstein. Laut Auskunft des Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleich-

stellung haben sich in 43 Fällen Bewohner:innen von Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber:innen selbst verletzt oder versucht, sich zu töten.

Sozialministerium S-H 1.6.23

Im Jahre 2021

Bundesland Niedersachsen. Die Landesregierung teilt mit, dass an den Standorten und Außenstellen der Landesaufnahmebehörde Bad Fallingb., Oldenburg, Bramsche und Osnabrück sieben Suizidversuche von sechs Männern und einer Frau im Alter von 19 bis 44 Jahren unternommen wurden. Die Herkunftsregionen der Betroffenen sind Naher Osten, Kaukasus, Balkan und Nord- und Westafrika.

(Ein Suizidversuch in Bramsche ist hier bereits dokumentiert)

LT DS NieSA18/8966;

LT DS NieSa 18/10908

Im Jahre 2021

Bundesland Niedersachsen. Die Landesregierung teilt mit, dass in kommunalen Flüchtlingsunterkünften in den Landkreisen Cloppenburg, Osnabrück, Gifhorn, Göttingen, Hannover sowie in der Region Hannover elf Suizidversuche von neun Männern und zwei Frauen im Alter von 20 bis 46 Jahren unternommen wurden. Die Herkunftsregionen der Betroffenen sind Naher Osten, Kaukasus, Nord- und Westafrika, Zentralasien und die Russischen Föderation. Die Verletzungsarten waren Teildurchtrennung der Sehne, Aufschneiden der Pulsader oder der Arme, Ritzen der Arme, Einnahme von Tabletten, Selbstverbrennung oder -verletzung.

Eine Person hat sich in einer kommunalen Unterkunft selbst getötet.

LT DS NieSa 18/10908

Im Jahre 2021

Bundesland Niedersachsen. Die Landesregierung teilt mit, dass von Asylbewerber:innen, die dezentral in Wohnungen untergebracht waren, drei Suizide begangen und sieben Suizidversuche unternommen wurden.

LT DS NieSa 18/10908

Im Jahre 2021

Bundesland Niedersachsen. Die Landesregierung teilt mit, dass während des Vollzugs einer Abschiebeanordnung von Personen im Alter von 22 bis 35 Jahren fünf Suizidversuche unternommen wurden. Dies geschah in den Ortschaften Göttingen, Aurich, Hemmingen, Hannover und Seelze. Die Männer und eine Frau im Alter von 19 bis 44 Jahren waren alle aus ihren Wohnungen abgeholt worden.

Nach den Selbstverletzungen wurden die Abschiebungen abgebrochen und die Betroffenen blieben entweder im Krankenhaus oder konnten in ihre Wohnungen zurückkehren.

LT DS NieSa 18/10908

Im Jahre 2021

Bundesland Niedersachsen. Die Landesregierung teilt mit, dass eine Person im Polizeigewahrsam der Direktion Lüneburg und zwei Männer in der Direktion Hannover Suizidversuche unternahmen.

LT DS NieSa 18/10908

Im Jahre 2021

Bundesland Niedersachsen. Die Landesregierung teilt mit, dass in den Justizvollzugsanstalten Oldenburg, Uelzen, Rosdorf, Hannover und Sehnde sechs Suizidversuche von männlichen Geflüchteten im Alter von 18 bis 34 Jahren unternommen wurden. Die Herkunftsregionen der Betroffenen sind Naher

Osten und Afrika. Die Verletzungsarten waren Schnittverletzungen an Hals, Gesicht, Beinen oder Handgelenken und Strangulationsversuche mit einer aus Bettzeug gefertigten Schlinge.

LT DS NieSa 18/10908

Im Jahre 2021

Bundesland Niedersachsen. Die Landesregierung teilt mit, dass sich zwei geflüchtete Personen selbst getötet haben, die in Mietwohnungen untergebracht waren.

LT DS NieSa 18/10908

Im Jahre 2021

Nordrhein-Westfalen. Die Abschiebungsbeobachtung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dokumentiert folgendes Geschehnis: Eine Frau soll mit ihrem Sohn nach Albanien abgeschoben werden. Schon während der Abholung aus der Unterkunft durch die Polizist:innen hatte sie sich mit einer Rasierklinge durch einen Schnitt in den rechten Oberschenkel verletzt. Jetzt wird sie liegend im Krankenwagen zum Flughafen transportiert. Ihr Sohn wird getrennt von ihr in einem Polizeiwagen zum Terminal gebracht. Da der Mann und Vater während der Abholung nicht in der Wohnung anwesend war, kommt es durch die Abschiebung zur Familientrennung.

Die Frau leidet an einer Posttraumatischen Belastungsstörung und ist suizidal. Der Flugarzt begutachtet die Wunde und veranlasst, dass die Verletzte in ein nahegelegenes Krankenhaus gebracht wird, da die Schnittwunde chirurgisch behandelt werden muss. Nach der Versorgung der Wunde wird die Frau, erneut im Liegen, zum Flughafen zurückgebracht.

Dort schreit sie immer wieder und gibt an, große Angst um ihren Sohn zu haben, weil ihm in Albanien der Tod drohe. Sie wird im Rollstuhl in das Terminal gefahren und dort mit einem Bodycuff und Plastikfesseln an den Füßen fixiert. Trotz Fesselung versucht sie mehrfach an ihre Wunde zu greifen, was vier Polizist:innen, die sie bewachen, verhindern können. Der Sohn wird zur Mutter gebracht und von den anwesenden Polizeikräften immer wieder gebeten, zu übersetzen, was seine Mutter auf Albanisch äußert. Er übersetzt, dass seine Mutter Angst habe, nach Albanien zurückzukehren, da ihm dort der Tod drohe. Auch er selbst habe Angst, dass er in Albanien keine Zukunft habe.

Im weiteren Verlauf erschwert sich die Atmung der Mutter, sie hustet und klagt über Atemnot und der Sohn macht einen verstörten Eindruck. Während des Boardings wird der Frau, trotz ihrer Atemnot, eine Spuckschutzhaube aufgesetzt.

Abschiebungsbeobachtung NRW 2021

Im Jahre 2021

Nordrhein-Westfalen. Die Abschiebungsbeobachtung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dokumentiert folgendes Geschehnis: Eine Familie wird nach Albanien abgeschoben, obwohl beide Elternteile über eine Fluguntauglichkeitsbescheinigung verfügen und bei ihrer 16-jährigen Tochter eine attestierte Risikoschwangerschaft vorliegt – die zuständige Ausländerbehörde ist in Besitz der verschiedenen Bescheinigungen. Ein Arzt begleitet den Transport zum Flughafen.

Als die Familie ins Terminal gebracht wird, klagt die schwangere Tochter über Bauchschmerzen. Sie berichtet, dass die Polizist:innen beim Zugriff in der Unterkunft eine Tür eintraten, hinter der sie sich zu dem Zeitpunkt befand und von der Tür stark am Bauch getroffen wurde. Der anwesende Flugarzt untersucht das Mädchen und gibt an, keine äußerlichen Verletzungen festzustellen.

Die Abschiebungsbeobachtung wird dann von einer Beraterin kontaktiert, die die Familie schon länger begleitet.

Sie berichtet, dass die Tochter eine geistige Behinderung habe und eine Förderschule besuche. Hierzu lägen auch zwei aktuelle Gutachten vor, die den geistigen Entwicklungsstand der Betroffenen mit dem einer Acht- bis Neunjährigen vergleichen. Die Beraterin schickt die Gutachten zu, woraufhin der Flugarzt die Gynäkologin der Schwangeren kontaktiert. Diese äußert auf Rückfrage, dass nichts gegen die physische Flugreisetauglichkeit der 16-jährigen spräche. Dann wird die Familie abgeschoben.

Nach der Ankunft in Tirana geht es der 16-Jährigen so schlecht, dass sie in ein Krankenhaus kommt. Dort wird der Familie gesagt, dass nicht sicher sei, ob das ungeborene Kind überleben wird. Durch das Trauma ist die Gebärmutter stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Ob es sich um ein physisches Trauma durch den Schlag mit der Tür oder ein psychisches durch den Stress der Abschiebung handelt, kann zu dem Zeitpunkt nicht geklärt werden. Weiter vermisst die Familie ihre Handys, die nicht – wie von der Behörde angegeben – in ihrem Gepäck sind. Auch die medizinischen Unterlagen und Gutachten sind der Familie nicht mitgegeben worden.

Abschiebungsbeobachtung NRW 2021

Im Jahre 2021

Nordrhein-Westfalen. Die Abschiebungsbeobachtung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dokumentiert folgendes Geschehnis: Eine Familie wird zur Abschiebung an den Flughafen gebracht.

Ihre 15-jährige Tochter lebt getrennt von ihnen in einer Jugendhilfeeinrichtung, weil es einen schwerwiegenden Konflikt mit der Familie gibt. Ihre Abholung aus der Jugendhilfeeinrichtung erfolgt mitten in der Nacht. Die Jugendliche wird von den Polizeibeamt:innen in ihrem Zimmer geweckt und aufgefordert, zu packen und im Anschluss zum Flughafen gebracht.

Die 15-jährige lebt seit vier Jahren in Deutschland und geht zur Schule. Im Herkunftsland hat sie keinerlei Kontakte und wo sie nach der Ankunft leben kann, weiß sie nicht. Lediglich die Eltern bekommen ein Handgeld ausgezahlt – die Jugendliche bleibt mittellos.

Abschiebungsbeobachtung NRW 2021

Im Jahre 2021

Nordrhein-Westfalen. Die Abschiebungsbeobachtung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dokumentiert folgendes Geschehnis: Ein Mann wird direkt aus einem Krankenhaus zum Flughafen Köln/Bonn transportiert, von wo aus die Abschiebung nach Guinea erfolgen soll. Er trägt noch Krankenhaus-Kleidung und darf sich erst später umziehen. Er hatte in der Vergangenheit eine große Bauch-Operation. Zudem leidet er an einem starkem Augenhochdruck (Glaukom), der bei Nichtbehandlung innerhalb der nächsten Jahre zur Erblindung führt.

Der Flugarzt, der den Mann untersucht, verteidigt seine Flugtauglichkeitsbescheinigung der Abschiebungsbeobachterin gegenüber mit den Worten: "Aber wir können ja nicht ganz Afrika retten". Zudem führt er weiter aus: "Die sind hier ja auch so ein bisschen minderbemittelt". Auf Nachfrage der Beobachterin, ob er diese Aussage an einem medizinischen Befund festmache, gibt der Arzt an: "Nein, aber die sind auch alle faul und wollen nicht arbeiten". Der Flugarzt behauptet weiter, dass die Rückzuführenden "ein schlechtes Elternhaus" gehabt hätten und sich "ihre Faulheit" darin begründe, dass sie nicht gelernt hätten, etwas zu tun.

Die Abschiebung wird durchgeführt.

Abschiebungsbeobachtung NRW 2021

Im Jahre 2021

Bundesland Hessen. Frau J. aus Afghanistan ist chronisch krank und nimmt Medikamente, die ihr Immunsystem schwächen. In der Erstaufnahmeeinrichtung steckt sie sich trotz wochenlanger Isolation in ihrem Zimmer mit dem Coronavirus an. Frau J. erkrankt schwer, muss auf der Intensivstation behandelt und beatmet werden. Nach mehreren Wochen wird sie aus dem Krankenhaus entlassen und zurück in die Erstaufnahmeeinrichtung geschickt.

Fallbeispiele Hessen 8.9.21

Im Jahre 2021

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Schon bei der Abholung einer Familie aus Sachsen-Anhalt wird behördlich angeordnet, dass die Mutter mit den kleineren Kindern und der Vater mit den älteren Kindern in separaten Flügen abgeschoben werden sollen.

Allein durch ihren Widerstand kann die Frau verhindern, dass sie und ihre jüngeren Kinder an diesem Tag nicht abgeschoben werden.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2021

Im Jahre 2021

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Bereits bei der Abholung einer Familie wird vonseiten der Beamt:innen festgelegt, dass die Mutter mit den zwei jüngeren Kindern im Alter von drei und acht Jahren und der Vater mit den zwei älteren Kindern im Alter von neun- und elf Jahren getrennt transportiert werden.

Die Frau leidet an einer posttraumatischen Belastungsstörung und Depressionen. Da am Flughafen keine Übersetzer:innen zur Verfügung stehen, wird das achtjährige Kind angewiesen, zu übersetzen. Dieses ist offensichtlich von der dramatischen Situation völlig überfordert. Auch für die Geschwister ist diese staatliche Maßnahme eine traumatisierende Krise. Ein Arzt ist zugegen, jedoch stellt die Abschiebungsbeobachterin fest, dass die medizinische Behandlung der Mutter aufgrund fehlender Verständigungsmöglichkeiten nicht gewährleistet ist.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2021

Im Jahre 2021

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Es findet eine Chartermaßnahme statt. Eine Frau aus Aserbaidschan berichtet der Abschiebungsbeobachterin, dass sie und ihre Kinder um 1.00 Uhr in Mecklenburg-Vorpommern von ihrem Mann und Vater der Kinder getrennt wurden.

Sie hat panische Angst vor der Abschiebung nach Baku.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2021

Im Jahre 2021

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Es wird eine Mutter mit ihren vier Töchtern im Alter von sechs, neun, zehn und zwölf Jahren von der Polizei zur Abschiebung gebracht. Ihr Mann und Vater der Kinder wurde bei der Abholung aus der Unterkunft nicht vorgefunden.

Da die Frau sich aufgrund einer Rückenwirbel-Verletzung nur an Gehhilfen bewegen kann, muss sich die älteste Tochter sowohl um die Schwestern als auch um die Mutter kümmern. Eine ärztliche Begleitung fehlt – ebenso Informationen, wo die Familie im Zielland unterkommen soll.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2021

Im Jahre 2021

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Im Rahmen einer Abschiebung entsprechend dem Dublin-Verfahren wird eine 42-jährige Geflüchtete aus Syrien mit ihrem 10-jährigen Sohn nach Sofia (Bulgarien) abgeschoben. Damit ist sie von ihren beiden älteren Töchtern und ihrem Mann getrennt, weil diese bei der Abholung in der Unterkunft nicht anwesend waren.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2021

Im Jahre 2021

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Ein 15 Jahre alter allein reisender Geflüchteter wird nach acht Jahren Deutschland-Aufenthalt in Begleitung von drei Bundespolizist:innen nach Ghana abgeschoben. Seine Mutter war bereits zwei Monate zuvor ausgeflogen worden.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2021

Im Jahre 2021

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Im Zuge einer Sammelabschiebung wird eine psychisch kranke Frau im Nachthemd zusammen mit ihrem volljährigen Sohn zur Abschiebung am Flughafen angeliefert. Als der Corona-Test für den Sohn positiv ausfällt, werden beide getrennt, was die Frau in Verzweiflung stürzt. Sie beginnt daraufhin sich zu wehren. Sie ruft immer wieder verzweifelt nach ihrem Sohn und wird schließlich gefesselt ins Flugzeug getragen. Die Beamt:innen hatten ihr wider besseren Wissens gesagt, dass ihr Sohn mitfliegen würde, was allerdings aufgrund des Corona-Test-Ergebnisses nicht in Frage kam.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2021

Im Jahre 2021

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Eine Angolanerin wird mit ihrer dreijährigen Tochter entsprechend dem Dublin-Verfahren nach Portugal abgeschoben. Das kleine Kind leidet unter einer Sichelzellanämie. Ein begleitender Arzt stellt einen Flugfähigkeitsbescheid aus, obwohl er das Kind zum ersten Mal sieht und es auch nicht untersucht. Er bejaht zudem die Frage der Abschiebungsbeobachterin, ob eine Anschlussbehandlung des Kindes und eine Unterkunft in Portugal organisiert seien.

Das erscheint den Beobachterinnen im Hinblick auf den derzeitigen Corona-Lockdown als äußerst fragwürdig – eher kommt der grundsätzliche Interessenskonflikt des Arztes als Motivation dieser Aussage in Frage: Die Begutachtung der Flugreisefähigkeit der Patient:innen und der Tätigkeit der Begleitärzt:innen (Auftrag der Behörde) ist eine Verquickung diametraler Interessen. Zusammen mit der Tatsache, dass die Ärzt:innen oft zeitabhängig bezahlt werden und somit die Ausstellung einer Flugtauglichkeitsbescheinigung letztlich über die Begleitung des Fluges und somit die Höhe des Honorars der Ärzt:innen entscheidet, werden diese Papiere oft vor Ort unter Missachtung des Kindes- oder Menschenwohls blanko ausgestellt. (VG Baden-Württemberg 10.8.2017: "...fachlich-ethische und handfeste monetäre Interessen in Konflikt geraten können.")

Abschiebungsbeobachtung FFM 2021

Im Jahre 2021

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Im Zusammenhang mit einer Charter-Abschiebung nach Ägypten wird beobachtet, dass ein Mann, der abgeschoben werden soll, aufgrund seines Widerstands in Hand- und Fußfesseln gelegt

und ihm zudem ein Kopf-Beiß-Schutz-Helm aufgesetzt wird. Da er aufgrund der Fesselung nicht mehr laufen kann, muss er getragen werden.

Ein begleitender Arzt, der den Mann untersucht, verabreicht ihm nach erfolgloser Ansprache – eigeninitiativ – das Beruhigungsmittel Midazolam über die Nase.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2021

Im Jahre 2021

Trier im Bundesland Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Landesregierung kam es in der hiesigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) bei den Bewohner:innen zu acht Selbstverletzungen.

LT DS RhPf18/6023

Im Jahre 2021

Kreisstadt Kusel im Bundesland Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Landesregierung kam es in der hiesigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) bei den Bewohner:innen zu sechs Suizidversuchen.

LT DS RhPf18/6023

Im Jahre 2021

Hermeskeil im Landkreis Trier Saarburg – Bundesland Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Landesregierung kam es in der hiesigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) bei den Bewohner:innen zu sechs Suizidversuchen beziehungsweise Selbstverletzungen.

LT DS RhPf18/6023

Im Jahre 2021

Enzkreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 37 Jahre alte Frau aus Georgien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Im Jahre 2021

Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein Mann aus der Türkei einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Im Jahre 2021

Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringungen für Asylbewerber:innen unternahmen zwei Männer im Laufe des Jahres Suizidversuche.

LT DS BaWü 17/2101

Im Jahre 2021

Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. In Unterkünften für Asylbewerber:innen unternahmen vier Personen im Laufe des Jahres Suizidversuche. Es handelt sich um einen 38 Jahre alten Mann aus dem Iran, einen 25 Jahre alten Mann aus Guinea, eine 40 Jahre alte Frau aus Afghanistan und eine 40 Jahre alte Frau aus Ghana.

LT DS BaWü 17/2101

Im Jahre 2021

Ortenaukreis in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen bzw. Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 33 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

Im Jahre 2021

Ortenaukreis in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen bzw. Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 25 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/2101

In den Jahren 2019 bis 2021

Nordrhein-Westfalen. Laut Aussage des Innenministeriums gab es in diesen Jahren drei vollendete Suizide von Geflüchteten in Unterbringungseinrichtungen. Zwei Männer und eine Frau töteten sich selbst.

(Ein Suizid ist hier dokumentiert: Anfang Januar 2019)

Innenministerium NRW 13.6.23

Zusammenfassung des Jahres 2021

*Mindestens sieben Personen starben
auf dem Wege in die BRD oder an den Grenzen,
71 Geflüchtete verletzten sich
auf dem Wege in die BRD oder an den Grenzen.*

*44 Menschen töteten sich selbst angesichts
ihrer drohenden Abschiebung
oder starben beim Versuch,
vor der Abschiebung zu fliehen.*

*Mindestens 497 Geflüchtete verletzten sich selbst
oder versuchten sich umzubringen und
überlebten z.T. schwer verletzt.
Davon befanden sich 19 Personen in Haft.*

*22 Geflüchtete wurden durch
Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen
während der Abschiebung verletzt.*

*11 Geflüchtete wurden nach der Abschiebung
mißhandelt oder hilflos sich selbst überlassen.
Ein Afghane starb in seinem Dorf durch
einen Granaten-Anschlag.*

*Bei Maßnahmen wie Abschiebungen, Festnahmen,
in der Haft, in Behörden oder auf der Straße
durch Polizei, anderes Bewachungspersonal
oder Verantwortliche
wurden 31 Geflüchtete verletzt.
Davon befanden sich zwei Personen in Haft.
Zwei Personen starben durch Polizeikugeln.*

*Durch unterlassene Hilfeleistung
starben zwei Personen in Polizeigewahrsam.*

*Bei Bränden und Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte
und durch sonstige Umstände in Lagern wurden
23 Personen z.T. erheblich verletzt oder erkrankten.
Eine Person starb in den Flammen.*

*Bei rassistischen Attacken im öffentlichen Bereich
wurden 285 Geflüchtete tätlich angegriffen
und dabei z.T. schwer verletzt.*

Familienzusammenführung ?

Die Betroffenen verzweifeln am Nichtstun deutscher Behörden

Seit August 2018 gilt die Neuregelung des Gesetzes des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten, nachdem zuvor der Familiennachzug über zwei Jahre ausgesetzt war. Subsidiär Schutzberechtigte sind Bürgerkriegs- und Kriegsflüchtlinge sowie vor Folter und Todesstrafe Geflohene. Sie haben nun keinen grundsätzlichen Anspruch mehr auf Familiennachzug, sondern sind dem behördlichen Ermessen ausgeliefert.

Neu ist auch die Einbeziehung des Bundesverwaltungsamts in das Verfahren und eine Begrenzung der Visaerteilung maximal 1000 Personen pro Monat. Anstelle der intensiven humanitären Einzelfallprüfung läuft die Visumsvergabe nun rein chronologisch und schematisch nach Antragszugang ab. Das bedeutet eine de facto Sinnentleerung des menschenrechtlich verankerten Schutz von Familie. Außerdem wird das ohnehin schon kleine Kontingent wegen Personalmangels,

Verschleppung oder restriktiver Vergabe nicht ausgeschöpft. So hätten in 2020 maximal 29.000 Visa vergeben werden können, ausgestellt wurden aber nur 19.056, also rund 10.000 zu wenig. Die Vergabeverfahren ziehen sich obendrein noch unverhältnismäßig lange hin. Insbesondere für unbegleitete Minderjährige hat eine so lange Wartezeit schwerwiegende Folgen. *In einem Fall hat ein 10-jähriger, unbegleiteter Kurde in 2017 subsidiären Schutz erhalten, konnte seine Eltern aber erst fünf Jahre später wiedersehen. Seine Eltern scheiterten dreimal mit Visumsanträgen u.a. aufgrund der von 2016 bis August 2018 ausgesetzten Nachzugserlaubnis. Als die Kontingentierung 2018 in Kraft trat, stellte die Familie ihre Terminanfrage. Den Termin erhielt sie schließlich im Februar 2019. Bis das gesamte Verfahren abgeschlossen war, war Oktober 2020 und der Sohn inzwischen 15 Jahre alt.*

Ein Lotteriespiel mit verdeckten Karten.

Der Verfahrensablauf selbst ist ein langwieriger, undurchschaubarer Hürdenlauf. Um die Chance auf ein Visum zu erhalten, müssen Familienangehörige bei einer Auslandsvertretung (Konsulate oder Botschaften) eine Terminanfrage stellen. Diese wird in einem Zentralregister im Auswärtigen Amt gespeichert. Bis allerdings dann ein Termin vergeben wird, dauert es bis zu einem Jahr. *In Nairobi warten Betroffene sogar bis zu 18 Monate allein auf einen "Vorsprachetermin" für den Visumsantrag.* Dann müssen sie offizielle Belege zu Abstammung, Elternschaft, Eheschließung einreichen, was oftmals unüberwindbare Hindernisse sind, weil in den Herkunftsländern staatliche Strukturen fehlen, wie z. B. in Somalia und Eritrea, oder sich die Betroffenen dafür in Gefahr bringen müssen. Die Auslandsvertretung prüft die Unterlagen und leitet sie dann zur weiteren Prüfung an die lokale Ausländerbehörde in Deutschland.

Damit geht das zermürbende Warten für die Betroffenen weiter, denn sie haben kein Recht auf eine Information zum Stand und zur Dauer des Verfahrens. Die Ausländerbehörde prüft wiederum, ob humanitäre Gründe für einen Familiennachzug und ob Integrationsaspekte wie Sprachkenntnisse vorliegen. Schlussendlich geht der Antrag ans Bundesverwal-

tungsamt, das die Auswahlentscheidung zu dem Kontingent trifft, bevor die Auslandsvertretung schließlich das Visum erteilt. Bezeichnenderweise sind die Kriterien zum Verfahrensablauf beim Bundesverwaltungsamt unter Verschluss. Klingt nach Satire? Ist leider bundesdeutsche Realität!

Für die Betroffenen ist der Prozess belastend und zermürbend. Statt ihren Ermessensspielraum humanitär auszunutzen, handhaben die Ausländerbehörden ihn restriktiv, nicht nur bei Integrationsaspekten. *In einem Fall verweigerte die Behörde den Nachzug einer Mutter und ihrer Kinder aus Syrien zum Ehemann wegen eines fehlenden Sprachzertifikats. In einem anderen Fall beantragte ein Ehepaar den Nachzug ihrer Kinder. Die Ausländerbehörde verlangt die Sicherung von angemessenem Wohnraum bereits während des Antragszeitraums, obwohl die Kinder noch gar nicht in Deutschland sind.* Beratungsstellen berichten von nicht erteilten Zustimmungen, auch wenn kein gesetzlicher Hinderungsgrund besteht, weil z. B. Unterlagen über ausreichenden Wohnraum fehlen, so dass die Auslandsvertretung dann kein Visum erteilt. Dabei hat das Bundesinnenministerium am 8. Januar 2019 die Länder ausdrücklich angewiesen, dass gesicherter Wohnraum nicht zwingend für den Familiennachzug erforderlich ist.

Verschleppung und Willkür

In einem Rechtsgutachten von Pro Asyl von März 2021 ist die gängige Praxis der behördlichen Verfahrensverschleppung und Willkür offen gelegt. Das Gutachten zeigt, dass die bestehende Regelung mit dem grundgesetzlichen, europäischen und völkerrechtlichen Vorgaben nicht vereinbar ist. Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention verlangen den Schutz von Familie und eine Abwägung im Einzelfall. Die EU-Richtlinie zum Recht auf Familienzusammenführung legt klar fest,

dass eine Familienzusammenführung nicht scheitern darf, weil keine "amtlichen Unterlagen" vorliegen. Statt dessen erfolgen durch bürokratische Schikanen die Abwehr, Abschreckung und Zermürbung aller Betroffenen.

In ihrer Verzweiflung versuchen Familienangehörige dann, ohne offizielle Erlaubnis nach Deutschland zu kommen. Das ist ein teurer, kriminalisierter, gefährlicher und für viele tödlicher Fluchtweg.

Quelle: Zerrissene Familien, März 2021

Tödliche Folgen siehe hierzu: in dieser Dokumentation:

12. April 05; 30. Januar 16; 22. September 16; Anfang März 17; 24. März 17; 16. Februar 21

